



Darf's ein bisschen mehr sein?

Von der Wachstumsgesellschaft und
der Frage nach ihrer Überwindung



Darf's ein bisschen mehr sein?

Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung

Herausgeber:

Brot für die Welt, www.brot-fuer-die-welt.de

Evangelischer Entwicklungsdienst e.V., www.eed.de

Konzept: Julia Steffen (EED)

Projektkoordination: Johannes Küstner (Brot für die Welt) und Julia Steffen (EED)

Redaktion: Michael Frein (EED), Johannes Küstner (Brot für die Welt), Julia Rode (EED),

Julia Steffen (EED)

Übersetzungen: Sebastian Landsberger (S. 16-17, 34-35), Johannes Küstner (S. 8, 14-15, 20),

Inna Belous, Angelika Kühl (S. 18-19)

Lektorat: Bettina Hoyer (S. 16-17, 34-35)

Bildnachweis: Julia Steffen (Titel), Christoph Püschner / Brot für die Welt (U2), Global Footprint

Network (S. 8), Jörg Böhling / Brot für die Welt (S. 15), Christof Krackhardt / Brot für die Welt (S. 17,

S. 19), Peter Williams / ÖRK (S. 30)

Vorwort

2 Wachstum. Ein Begriff hat Konjunktur

Einleitung

- 3 Ausgewachsen? Von den Grenzen der Wachstumsgesellschaft** *Michael Frein*

Kernthemen

- 6 Hat das Bruttoinlandsprodukt ausgedient?** *Hans Diefenbacher*
- 8 Die „peak everything“-Wirtschaft vorbereiten** *Mathis Wackernagel*
- 9 Die „Dritte Industrielle Revolution“ – ein moderner Mythos?** *Martin Gück*
- 10 Das Janusgesicht der Postwachstumsökonomie** *Joachim H. Spangenberg*

Südperspektiven – Am Wachstum hängt, zum Wachstum drängt ...?

- 14 Indien: Wirtschaftswachstum um jeden Preis oder Aufbau einer post-fossilen Gesellschaft?** *Nafisa Goga D´Souza*
- 16 Bangladesch: Was ist Wachstum und wem dient es?** *Farida Akhter*
- 18 Burkina Faso: Für ein Wachstum, das auch die Armen erreicht** *Etienne Bazié*
- 20 Kenia: Wie kann Wachstum Armut lindern?** *Agnes Abuom*

21 Aktuelle Stichworte, Themen, Entwicklungen

Ausflug in die Welt angrenzender Fachthemen

- 25 Ethisches Investment: Geht Geld vermehren auch anders?** *Karin Bassler*
- 26 Mit Emissionen handeln: Licht und Schatten** *Richard Brand*

Theologische Zugänge

- 28 Umkehr zu einer Ethik des Genug** *Ruth Gütter*
- 30 Ökumenische Impulse zur Diskussion über Wachstum** *Konrad Raiser*

Eine Runde Visionen spinnen

- 32 Ein Blick in die Postwachstumsgesellschaft** *Irmi Seidl, Angelika Zahrnt*
- 34 El Buen Vivir: „Gutes Leben“ als Chance für einen anderen Entwicklungsweg** *Alberto Acosta*
- 36 Wie man das Richtige zum Gedeihen bringt und dennoch vom Wachstumsdogma Abschied nehmen kann** *Reinhard Loske*
- 37 Wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung schließen sich aus** *Niko Paech*

42 Anregungen: Anders wirtschaften ist möglich ...

45 Weiterführende Hinweise

Wachstum. Ein Begriff hat Konjunktur



„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, Fischer Taschenbuch Verlag, 660 Seiten, 14,95 Euro. Erhältlich im Buchhandel, bei der Bundeszentrale für politische Bildung und bei „Brot für die Welt“, Art. Nr. 117 302 010

Wachstum. Wenn es einen Begriff, ein Konzept gibt, auf das man sich lange Zeit so ziemlich überall auf der Welt einigen konnte, dann „Wachstum“, Wirtschaftswachstum. Es wird nach wie vor vielfach assoziiert mit materiellem Wohlstand, sozialem Zusammenhalt, Entwicklung, Stabilität, Arbeitsplätzen, Verringerung der Armut im eigenen Land und in den Entwicklungsländern. Es hat in Deutschland quasi den Rang eines Staatsziels, es wird in Regierungserklärungen ebenso bemüht wie von Unternehmern und Gewerkschaften.

Gemessen wird Wirtschaftswachstum mit der (positiven) Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Steigerung des BIP ist primäres Ziel der Wirtschaftspolitik, nicht nur in Deutschland. Denn das Wachstum des BIP signalisiert, dass wir unseren Wohlstand mehren. Dass ein Indikator, der wertfrei den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen innerhalb eines Zeitraums angibt, tatsächlich die Leitlinie für das wirtschaftliche Handeln einer Gesellschaft sein soll, mag verwundern. Denn die Folgen eines Autounfalls lösen wirtschaftliche Aktivität aus und generieren so Wachstum, mit Wohlergehen hat das aber wenig zu tun.

Zudem ist ungewiss, ob wirtschaftliches Wachstum angesichts des Klimawandels überhaupt noch ein sinnvolles Konzept darstellt. Ein Deutscher emittiert durchschnittlich jährlich ca. zehn Tonnen CO₂, ein US-Amerikaner zwanzig, ein Chinese hingegen nur vier und ein Inder gerade mal eine. Zwei Tonnen CO₂-Emission pro Kopf ist das, was in der internationalen Klimadiskussion als vielleicht noch eben so verträglich bezeichnet wird. Dafür müssen wir in Deutschland ca. 80 Prozent unserer CO₂-Emissionen einsparen. Wie das unter dem Druck wirtschaftlichen Wachstums gelingen soll, was für Folgen das für unser Zusammenleben und die sozialen Sicherungssysteme hat, ist für uns nur schwer

vorstellbar – aber für die Zukunft vieler Menschen in Entwicklungsländern eine Frage des Überlebens. Hinzu kommt die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ist es fair, dass sich der globale Ressourcenverbrauch in den Industrieländern konzentriert, während die meisten Menschen in Entwicklungsländern weiterhin in bitterster Armut leben?

Wir haben unsere Partner aus dem globalen Süden eingeladen, ihre Sicht auf verschiedene Facetten der Wachstumsproblematik einzubringen. Ihre Erfahrungen und Ideen sind uns wichtig. Es führt in die Irre zu glauben, die entscheidenden Debatten, Erfahrungen und Lösungen werden ausschließlich im Norden geführt, gemacht und erarbeitet. Wer nach neuen Wegen für eine Gesellschaft sucht, die sich nicht ausschließlich über Wachstum – und schon gar nicht über Wachstum, wie wir es bisher kennen – definiert, sondern andere Werte verstärkt in den Blick nimmt und sich ein Stück weit neu erfindet, ist mehr denn je auf den Austausch von Fragen, Ideen und Erfahrungen aus anderen Teilen unserer Welt angewiesen.

Entstanden ist diese Broschüre auf der Basis der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, die im Jahr 2008 von „Brot für die Welt“, dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) herausgegeben worden ist. Sie hat – insbesondere innerhalb der Kirchen – eine breite Debatte über nachhaltige Entwicklungswege in Deutschland angestoßen. Die zentrale Bedeutung der Wachstumsproblematik rückte dabei immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen. Wir wollen dazu beitragen, dass diese Auseinandersetzung innerhalb der Kirchen und darüber hinaus fortgeführt wird.

Mit den Meinungsbildern der Autorinnen und Autoren bieten wir Anstöße für ein kritisches Nachdenken über das Wachstumsparadigma. Wir sind uns bewusst, dass die damit zusammenhängenden Fragen komplex sind. Wir laden Sie ein zu stöbern, sich selbst und anderen Fragen zu stellen und sich an der Diskussion um unser künftiges Wirtschaften zu beteiligen – und dadurch einen Beitrag für ein zukunftsfähiges Deutschland zu leisten.

Die Redaktion, Bonn/Stuttgart im Mai 2011

In dieser Broschüre werden Sie sehr unterschiedliche Texte finden, die den Wachstumsbegriff hinterfragen, einordnen und Bilder vom „besser-anderweniger“ zeichnen. Sie bauen nicht aufeinander auf, es kann auch „quergelassen“ werden. Die Mittelseite ist als Sammelbecken für aktuelle Stichworte konzipiert. Wenn Sie also beispielsweise einen Themenabend in Ihrer Gemeinde planen, könnten Sie diese Doppelseite herausnehmen, großkopieren und die Teilnehmenden eigene Beobachtungen und Fragen ergänzen lassen und so ins Gespräch kommen über ein Thema, in dem jede und jeder Expertein und Experte in eigener Sache ist.

Einleitung

Ausgewachsen? Von den Grenzen der Wachstumsgesellschaft

Das Auto. Der erste Fernseher, zunächst noch schwarz-weiß, dann in Farbe. Das Telefon. Es ging aufwärts. In den goldenen Sechzigern schien es zumindest in Westdeutschland nur einen Weg zu geben: den nach oben. Die Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit hatte man endgültig hinter sich gelassen. Es regierte die bunte Warenwelt, man leistete sich etwas, lernte in Italien Pizza und Pasta kennen und samstags, so hieß es bald, gehöre Papi nicht der Arbeit, sondern der Familie.

Wirtschaftswachstum war ungefähr so selbstverständlich wie der morgendliche Sonnenaufgang. Es war weithin akzeptiert, dass größeres Wachstum zu mehr Wohlstand für alle führen würde, der politische Streit in der sozialen Marktwirtschaft ging um Fragen der gerechten Verteilung und der Verantwortung des Staates für sozialen Ausgleich.

Das änderte sich in den Siebzigern, insbesondere nach der ersten Ölkrise von 1973, und den achtziger Jahren. Das Wirtschaftswachstum stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg und die Sozialsysteme gerieten bedenklich ins Wanken. Mit der Ölkrise, die 1979 zum zweiten Male die Industrieländer heimsuchte, dämmerte so manchem, dass die Konsumgesellschaft auf wackligen Füßen stand. Vereinzelt gab es bereits Stimmen, die einfachere, ökologisch verträglichere Lebensstile anmahnten und praktizierten.

Die Mehrheit der Bevölkerung reagierte irritiert auf solche „Aussteiger“, ihre Erwartungen richteten sich auf den Aufschwung. Wahlen wurden von denen gewonnen, die glaubhaft vermitteln konnten, die beste Rezeptur in der Tasche zu haben, um den ersehnten Aufschwung schnell herbeiführen zu können. Die neuen Bundesländer wurden in dieses Konzept in den neunziger Jahren mühelos integriert, „blühende Landschaften“ war dafür das Stichwort.

Das setzte sich mehr oder weniger bruchlos bis 2008 fort, als die durch billige Kredite in den USA angeheizte Immobilienkrise zum Zusam-

menbruch von Lehman Brothers, einem der mächtigsten Bankhäuser der Welt, und in der Folge zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise führte. Aber auch dieses Mal konzentrierte sich die politische und gesellschaftliche Debatte nach kurzer Irritation schnell wieder darauf, welches der kürzeste Weg sei, um wieder auf den Pfad des Wirtschaftswachstums einzuschwenken.

Wachstum ist für alle da?

2010 war dann wieder ein Jahr des Wachstums. Das wurde allenthalben als Erfolg gefeiert. Tatsächlich macht sich bei nicht wenigen so ein warmes Gefühl in der Bauchgegend breit, wenn in den Nachrichten Prognosen oder Daten verkündet werden, die ein hohes Wirtschaftswachstum bedeuten. Wirtschaftswachstum, dieser Begriff ist, bei den meisten Menschen zumindest, erst einmal positiv besetzt. Es macht Hoffnung, wenn der Kuchen, der verteilt wird, wächst – und damit auch die Aussicht, ein größeres Stück davon abzubekommen.

Ohne Wachstum, so scheint es, geht es uns schlecht. Mit Wachstum, so könnte man schlussfolgern, wird alles besser.

Jedoch: Der Schein trügt. Wirtschaftliches Wachstum führt keineswegs dazu, dass es allen besser geht. Im Gegenteil: So beklagt etwa der Deutsche Kinderschutzbund, dass die Kinderarmut in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre gewachsen ist. Was wächst, ist also nicht nur das Bruttoinlandsprodukt. Suppenküchen und Tafeln erleben einen wahren Boom. Auch die Lohnentwicklung wächst keineswegs in gleichem Maße wie die Wirtschaft. Während viele Menschen mit prekären Arbeitsverhältnissen und Niedriglöhnen um ihre Existenz kämpfen, erfreuen sich andere zunehmenden Wohlstands: zum Telefon kommt das Handy, zum Fernseher der Computer, zum Auto der Zweitwagen.

Das ist alles ganz normal, Alltag. Stagnation ist ein übles Wort, Fortschritt klingt da ganz anders. Neue Medien erobern die Märkte, die virtuelle Welt sozialer Netzwerke gehört



Michael Frein

Referent für Welthandelspolitik und Internationale Umweltpolitik beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)

nicht nur zum Habitus global orientierter Milieus, sie erweist sich auch als nützliches Werkzeug im Kampf gegen Diktaturen und für mehr Demokratie. Vor allem aber hat sich das Internet zum neuen Absatzmarkt für Produkte aller Art entwickelt. Was vor noch nicht allzu langer Zeit im miefigen Katalog daher kam, ist heute als schicke Verkaufsplattform täglich für 24 Stunden geöffnet – ohne Mittagspause und Überstundenregelungen. Scheiterte der Einkauf früher hin und wieder an der Bequemlichkeit, so genügt heute ein Mausklick vom heimischen Sofa.

Nicht nur der Mausklick gehört zu den neuen Zeichen wirtschaftlicher Prosperität. Der Wachstumszwang greift vielfach in den Alltag über. Es werden enorme Flexibilitäten verlangt: Räumlich etwa, man wohnt am Arbeitsplatz, man arbeitet immer seltener am Wohnort. Alternativ pendeln viele Menschen zum Arbeitsplatz, entweder täglich über lange Strecken oder am Wochenende. Dass Papi dann samstags der Familie gehört, ist dann nicht der Lohn, sondern der Preis des Wachstums.

Andere Phänomene sind Nacht- und Schichtarbeit, (unbezahlte) Überstunden, prekäre Arbeitsverhältnisse, stressbedingte Krankheiten. Die Wachstumsgesellschaft zeichnet sich durch mehr aus als ein steigendes Konsumniveau. Wie ein Krake greift sie in die Lebenssituation vieler Menschen und ihrer Familien ein. Alles wird dem Einkommenserwerb untergeordnet – nicht etwa, weil man besonders gierig ist, sondern weil die Umstände so sind, weil Sachzwänge tatsächlich oder vermeintlich keine anderen Lösungen zulassen.

Dabei sind diejenigen, die sich den Sachzwängen anpassen können, zweifelsohne im Vorteil. Wer durch ein gewisses Maß an Bildung und Ausbildung einen Job findet, wird dafür

vielleicht gerne umziehen oder pendeln. Andere, die keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben, würden diese Möglichkeit vermutlich als Luxus empfinden. Auch viele Menschen in Entwicklungsländern, die im globalen Wettbewerb entweder keine Rolle spielen oder aber an den verlängerten Werkbänken der Konsumgesellschaften unter unwürdigen Bedingungen ein bescheidenes Auskommen finden, fänden ein bisschen Pendeln vermutlich nicht so schlimm – zumal Arbeitsmigration in Entwicklungsländern keineswegs ein Randphänomen darstellt.

Global gesehen sorgt die Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft in erheblichem Maße für Wachstum – nicht zuletzt auch in den Industrieländern. Natürlich hat Unterentwicklung viele Gründe, jedoch tragen ungerechte Handelsbedingungen nicht eben dazu bei, die sozialen und ökonomischen Probleme in armen Ländern zu lösen. Wenn die Industrieländer die Märkte in Afrika, Asien und Lateinamerika für ihre Exporte öffnen, ohne den Entwicklungsländern ausreichende Möglichkeiten zu Schutz und Förderung ihrer heimischen Wirtschaft zu belassen, so mag dies im globalen Maßstab zu Wachstum führen. Die Leidtragenden einer solchen Politik sind die Armen, die ohnehin Benachteiligten. Sie sehen sich einer überlegenen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert, ihre Möglichkeiten, am Tisch des globalen Wettbewerbs einen Platz zu ergattern und damit ein Stückchen vom großen Kuchen abzubekommen, sind gering.

Der Klimawandel als Spaßbremse?

Neben den vielen sozialen Gründen, die einen Abschied vom Wachstum oder zumindest eine Überprüfung der einseitigen ökonomischen Orientierung auf Wachstum nahe legen, kommt ein weiterer hinzu: Das Klima droht zu kollabieren.

Dass ein „Immer Schneller, Höher, Weiter“ in einer endlichen Welt irgendwann an Grenzen stoßen muss, scheint unmittelbar einsichtig. Das Gegenargument, wonach die technische Entwicklung die Wachstumsgrenze immer weiter verschiebe, vermag nur begrenzt zu überzeugen. Unstrittig ist, dass technologischer Fortschritt zu mehr Klimaschutz und weniger Ressourcenverbrauch führen kann – er kann

Dennoch sind die Zeiten vorbei, in denen man sich von mehr Wirtschaftswachstum ein besseres Leben erwarten konnte – jedenfalls in den wohlhabenden Ländern. Zwar war man noch nie gut beraten, eine hohe Produktionsmenge mit einer zivilisierten Gesellschaft zu verwechseln, doch ist unterdessen der Wachstumsimperativ zu einer öffentlichen Gefahr geworden. (...) Es mehren sich die Anzeichen, dass Wachstum mehr Nachteile als Vorteile produziert (...). Die Destabilisierung des Klimas sowie die soziale Aufspaltung vieler Gesellschaften sind dafür die herausragenden Beispiele.

aber auch das Gegenteil bewirken. So hat der Siegeszug von Computern den Papierverbrauch nicht reduzieren können. Statistisch gibt es in Deutschland 1,3 Handyverträge pro Person, hinzu kommen ungefähr 20 Millionen Prepaid-Karten.

Und ein 30-PS-Motor in einem VW Käfer Baujahr 1955 schluckt 7,3 Liter Normalbenzin auf 100 Kilometern. Ein VW Golf neuester Bauart verbraucht mit 105 PS hingegen nur 5,2 Liter. So weit die gute Nachricht. Nun die schlechte: Nach Angaben des ADAC gab es in Deutschland im Jahre 1950 neun Pkw pro 1.000 Einwohner, im Jahre 2010 bereits 511,8. Das bedeutet eine Steigerung um den Faktor 56. Mit anderen Worten: Wenn es immer mehr Autos gibt, wird auch ein noch so rasanter technischer Fortschritt nicht zu einer Minderung der CO₂-Emissionen führen.

Damit wird Autofahren, zumindest ökologisch gesehen, zum Luxus. Es wird in Deutschland kaum trösten, wenn man in Erinnerung ruft, dass Mobilität für den weitaus größten Teil der Menschheit ohnehin Luxus darstellt. Denn es stellt sich die Frage: Wer darf fahren, wer nicht? Es geht nicht nur ums Autofahren, es geht ums Wohnen, um Ernährung und um Zugang zu Energie für Elektro- und Elektronikgeräte. In all diesen Bereichen liegt der Verbrauch in Deutschland im globalen Maßstab zu hoch – und wo Effizienz nicht greift, muss über kurz oder lang Suffizienz, also Verzicht, zu den erforderlichen Einsparungen führen.

Damit rücken Verteilungsfragen wieder ins Blickfeld. Diese werden durch eine zusätzliche Erkenntnis verschärft. Was für das Klima gut sein mag, ist oftmals Gift für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Der Kuchen, der verteilt werden kann, wird in dieser Perspektive eher kleiner als größer. Was droht, ist also weniger zu konsumieren, Verzicht auf materiellen Wohlstand. Aber wer verzichtet schon gerne? Weniger Konsum zu versprechen, ist nicht populär – und kaum der Königsweg, um Wahlen zu gewinnen.

Glücklich sein statt wachsen?

Im Herbst 2008 veröffentlichten „Brot für die Welt“, der EED und der BUND die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Die Grundfrage der Studie war: Wie müsste ein zukunftsfähiges Deutschland aussehen, dessen Wohlstand weder auf Kosten der Umwelt noch auf Kosten anderer

Menschen gründet? Das Wuppertal Institut, das die Studie verfasste, machte die einseitige Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum als einen der Stolpersteine auf dem Weg dahin aus. Zukunftsfähigkeit bedeutet demzufolge, die Bewahrung der Schöpfung und soziale Gerechtigkeit nicht dem Imperativ des Wirtschaftswachstums unterzuordnen.

Vorfahrt für den Klimaschutz, eine gerechte Handelspolitik, Schluss mit der Wegwerfgesellschaft, neue Konsum- und Lebensstile – so lauten einige Überschriften aus dem Programm für Zukunftsfähigkeit. Es geht um die Stärkung des Regionalen, aber auch eine neue Verteilung der Erwerbsarbeit. Kurze Vollzeit für alle, so lautet das Schlagwort, das eine 30-Stunden-Woche als maximal für die Erwerbsarbeit aufzuwendende Zeit beschreibt. Stress, Hetze, die absolute Unterordnung des Alltags unter das Diktat der Sachzwänge des Broterwerbs – das wäre Vergangenheit. Vergangenheit wäre allerdings auch unser gegenwärtiger Lebens- und Konsumstil. Letztlich geht es um die Frage: Wie können wir glücklich leben und wie viel materiellen Wohlstand brauchen wir dafür?

Deutlich wird eines: Eine Abkehr vom Wachstumszwang hin zu einer zukunftsfähigen Entwicklung bedeutet mehr als das Feinjustieren von ein paar Stellschrauben. Es mahnt eher an eine Revolution. Die Frage, die es zu beantworten gilt, ist: Wie können wir das schaffen?

Hat das Bruttoinlandsprodukt ausgedient?



Prof. Dr. Hans Diefenbacher
Stellv. Leiter der Forschungs-
stätte der Ev. Studiengemein-
schaft, Heidelberg;
Beauftragter des Rats
der Evangelischen Kirche
in Deutschland (EKD) für
Umweltfragen

Warum sollten wir uns um neue Messkonzepte für Wachstum und Wohlfahrt bemühen? Ist das überhaupt ein sinnvolles Unterfangen? Wissen wir nicht genug über unsere Wirtschaft und über unser Wohlergehen in ökonomischer Hinsicht, wenn wir uns regelmäßig das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Arbeitslosenquote, unsere Außenhandelsbilanz und die Inflationsrate ansehen?

Einige Gründe sprechen dafür, dass das nicht ausreicht. Denn in den letzten Jahrzehnten hat das BIP in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit eine immer größere Aufmerksamkeit erfahren. Die Wachstumsprognosen der Sachverständigenräte und Wirtschaftsforschungsinstitute werden auf eine Art und Weise der Öffentlichkeit präsentiert, als hinge das Wohl und Wehe des Landes, ja jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin ausschließlich von dieser Zahl ab. Und da die Medien offenkundig so aufnahmebereit sind, ist man seit einiger Zeit dazu übergegangen, auch Quartalszahlen des BIP zu veröffentlichen.

Die Wahrnehmung der Ökonomie hat sich auf diesem Wege sehr stark auf das BIP konzentriert. Statistiker und Wirtschaftswissenschaftler haben dabei nie behauptet, dass das BIP die Lebensqualität oder den Wohlstand in einem Land im umfassenden Sinne abbildet. Aber sie haben auch nicht sehr energisch widersprochen, wenn das BIP immer häufiger, quasi stellvertretend, auch als indirektes Maß für die Wohlfahrt verwendet wurde.

Die Gründe, weshalb diese Gleichsetzung gefährlich sein kann, sind mittlerweile wohl bekannt. Das BIP erfasst nur die über den Markt vermittelte Wertschöpfung – Hausarbeit und ehrenamtliche Arbeit werden im BIP nicht berücksichtigt. Die Verteilung der Einkommen geht in die Berechnung des BIP nicht ein – dies ist aber eine ganz entscheidende Frage für eine Beurteilung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt in einem Land. Das BIP ist blind gegenüber der Frage, ob die Produktion in einem Land auf der Ausplünderung des Naturvermögens beruht oder ob in der Ökonomie eher in

Kreisläufen gewirtschaftet wird. Und schließlich wird im BIP nicht unterschieden, ob ein bestimmtes Gut die Lebensqualität der Menschen direkt steigert oder ob nur produziert wird, um Schäden zu beseitigen, die durch andere wirtschaftliche Aktivitäten entstanden sind: Die Lärmschutzwand längs der neuen Schnellstraße, die Kosten für medizinische Behandlungen nach hohen Schadstoffbelastungen in der Luft sind oft angeführte Beispiele. Entscheidend ist nun, wie das volkswirtschaftliche Rechnungswesen mit diesen Kosten umgeht: Werden sie positiv verbucht wie im BIP oder werden sie subtrahiert, was einem Wohlfahrtsmaß viel eher entsprechen würde?

Dabei muss besonders beachtet werden, dass viele dieser Kosten, die durch das heutige Wirtschaften entstehen, zum Teil erst weit in der Zukunft anfallen werden: Der Klimawandel wird durch die durch menschliche Aktivitäten bedingten Kohlendioxid-Emissionen heute mitverursacht, aber die Belastungen werden vor allem künftige Generationen tragen müssen. Wenn wir das Verursacherprinzip als Kriterium für Gerechtigkeit in der Ökonomie ernst nehmen würden, dann müssten wir heute eine sehr gut ausgestattete „Sparkasse“ anlegen, die künftige Generationen in die Lage versetzen müsste, die heute verursachten, aber erst in Zukunft auftretenden Schäden zu beseitigen. Diese Finanzmittel – vorsichtige Schätzungen gehen zum Beispiel von mindestens 70 Euro pro Tonne CO₂ aus – stünden uns heute nicht zur Verfügung und müssten in einem Wohlfahrtsmaß daher ebenfalls subtrahiert werden.

Der Autor dieser Zeilen hat in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit Roland Zieschank vom Forschungszentrum Umwelt der Freien Universität Berlin einen neuen „Nationalen Wohlfahrtsindex“ (NWI) entwickelt, der als alternatives Wohlfahrtsmaß in Ergänzung des BIP verstanden werden kann. Im NWI wird der private Verbrauch mit der Einkommensverteilung gewichtet, Hausarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten werden hinzuaddiert. Der NWI berücksichtigt außerdem eine Reihe so-

zialer Faktoren, etwa wohlfahrtsfördernde Ausgaben des Staates für Gesundheit und Bildung (positiv) oder Kosten von Kriminalität und Verkehrsunfällen (negativ). Schließlich werden eine Reihe ökologischer Faktoren erfasst: Ausgaben zur Kompensation von Umweltschäden, Kosten für – nicht beseitigte – Schäden durch unterschiedliche Umweltbelastungen und Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen.

Der Vergleich der Kurven bietet Anlass zur Besorgnis. Während das BIP in den letzten zwanzig Jahren nahezu kontinuierlich wächst (ausgenommen 2009, dem Jahr der globalen Finanzkrise) erreicht der NWI um die Jahrhundertwende seinen Höhepunkt und nimmt in den Jahren danach kontinuierlich ab. Dafür verantwortlich sind vor allem die deutliche Veränderung der Einkommensverteilung in Richtung einer zunehmenden Ungleichheit und die negativen externen Effekte im Umweltbereich.

Rechenübungen dieser Art sind nun alles andere als weltferne akademische Experimente. Denn da das BIP so „prominent“ ist, gilt seine Steigerung in der Politik als einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren; Politiker und Politikerinnen richten ihre Instrumente und Maßnahmen auch nach ihrem potenziellen Einfluss auf das BIP aus. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hielt eine Rede zur Vorstellung der Ergebnisse der so genannten Stiglitz-Kommission, der drei Nobelpreisträger der Ökonomie angehörten und die Vorschläge zu einer Reform des französischen volkswirtschaftlichen Rechnungswesens ausarbeiten sollte. In dieser Rede führte Sarkozy aus, dass die Politik ein Legitimationsproblem bekäme, wenn sie sich an Messgrößen orientiere, die die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung nicht mehr korrekt wiedergeben würden. Genau das kann aber zum Beispiel der Fall sein, wenn das BIP ständig wächst, aber aufgrund einer immer ungleicher werdenden Einkommensverteilung diese Zuwächse bei einem Großteil der Bevölkerung gar nicht mehr ankommen.

Ein zweiter Grund ist als Argument für eine Korrektur der gesellschaftlichen Berichterstattungssysteme noch von erheblich größerer Bedeutung. Ein Umbau der Wirtschaft in Richtung auf das Leitbild einer zukunftsfähigen, dauerhaft umweltgerechten Entwicklung lässt sich im Blick auf ihre voraussichtliche Wirkung auf das BIP kaum kalkulieren. Sicher wird es so

etwas wie „grünes Wachstum“ geben. Bestimmte Bereiche der Ökonomie müssen ausgebaut werden, etwa um die energetische Sanierung von Altbauten oder den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bewältigen. Aber andere Bereiche der Wirtschaft werden schrumpfen, insbesondere dann, wenn der Gedanke einer „Ökonomie der Genügsamkeit“ bei einer steigenden Zahl von Menschen in einem reichen Land wie Deutschland stärkere Verbreitung finden würde. Der Netto-Effekt auf das BIP – „grünes Wachstum“ auf der einen, Abbau umweltschädlicher Produktion und das Leitbild der Genügsamkeit auf der anderen Seite – ist ganz ungewiss. Ein leichtes Schrumpfen des BIP wäre als Folge einer sehr wünschenswerten Politik mit diesen Zielen aber recht wahrscheinlich. Wie aber soll ein Politiker, eine Politikerin eine solche Politik „verkaufen“, wenn er oder sie sich am BIP messen lassen will – oder muss?

Eine Politik, deren Ziel die Steigerung eines alternativen Wohlfahrtsindikators wäre – etwa des NWI, aber da gäbe es durchaus auch Varianten – könnte, ja, müsste dagegen ganz anders aussehen als eine Politik, die das BIP erhöhen will. Woran würde sich eine solche Politik orientieren? Der NWI steigt, wenn sich die Einkommensverteilung verbessert – in Deutschland müssten daher die Armutseinkommen angehoben werden. Ehrenamtliche Arbeit würde durch infrastrukturelle Maßnahmen gefördert werden, der Abbau von Umweltbelastungen und ein sparsamer Umgang mit Ressourcen würden sich direkt als Steigerung des Wohlfahrtsindex niederschlagen.

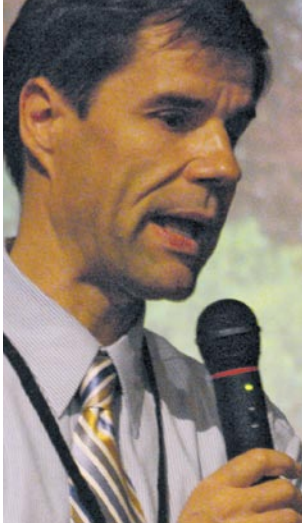
Eine Utopie? Für den Augenblick – vielleicht. Aber dass das BIP in die falsche Richtung weisen könnte, ist als beunruhigender Gedanke nicht nur in der Politik, sondern auch in der traditionellen Ökonomie und vielleicht sogar in der amtlichen Statistik angekommen. Bleibt zu hoffen, dass all die Kommissionen und Ausschüsse, die derzeit an diesem Problem arbeiten, nicht allzu lange tagen, bevor verwertbare Ergebnisse dann auch umgesetzt werden.

www.fest-heidelberg.de



Hans Diefenbacher/
Roland Zieschank
Woran sich Wohlstand
wirklich messen lässt
Oekom-Verlag

Die „peak everything“-Wirtschaft vorbereiten



Dr. Mathis Wackernagel
Präsident des Global Footprint
Network mit Sitz in Oakland,
Genf und Brüssel



Mathis Wackernagel &
Bert Beyers
Der Ecological Footprint
eva Verlag,
bei „Brot für die Welt“:
Art. Nr. 119 303 160

Expandierende Budgets und Ökonomien machen Politik und Wirtschaftstätigkeit einfach. Anstatt schwierige Umverteilungskonflikte angehen zu müssen, liefert Wachstum mehr für alle. Es erlaubt Entscheidungsträgern, eine Interessensgruppe zufrieden zu stellen, ohne einer anderen etwas wegnehmen zu müssen. Mehr ist besser. Aber das Problem entsteht durch die physikalische Tatsache, dass dieses „Mehr“ produziert wird, indem an anderer Stelle noch größere Kosten generiert werden: Wir übernutzen und beseitigen die Ressourcenbasis, die am Beginn jeder Wertschöpfungskette steht. Das gefährdet die Funktionsfähigkeit der Ökonomien. Unsere Schätzungen zeigen, dass die Menschheit die ökologischen Dienstleistungen der Biosphäre eineinhalb Mal so schnell beansprucht, wie diese sich regenerieren (www.footprintnetwork.org/overshoot). Die Folge ist eine beständige Aufzehrung des natürlichen Vermögens der Erde. Dabei wird kein Ersatz für den schwindenden Bestand geschaffen – und es ist äußerst fraglich, ob es überhaupt möglich ist, für diese Guthaben Ersatz zu schaffen, insbesondere in der Geschwindigkeit, mit der sie verbraucht werden.

Physikalisch führt uns diese Übernutzung der ökologischen Guthaben in eine neue Ära, die Richard Heinberg treffend „peak everything“¹ nennt. Die Auswirkungen von abnehmender ökologischer Kapazität mögen zu Beginn schleichend sein. Wälder schrumpfen, Biodiversität nimmt ab, Fischbestände kollabieren, CO₂ beginnt sich in der Atmosphäre zu sammeln. Es kann lange dauern, bis Preissignale die Realität des schwindenden Bestandes widerspiegeln. Doch alle Wertschöpfungsketten hängen von diesem ökologischen Kapital ab. Wenn das Angebot weiter schwindet und die Nachfrage steigt, wird die Übernutzung zu starken Preisschwankungen führen und die wirtschaftliche Stabilität bedrohen.

Die Politik der Konjunkturstimulierungen, die wir seit Oktober 2008 erlebt haben, ist in einer „peak everything“-Ära besonders unklug. Paradoxe Weise reagieren diese politischen Maßnahmen auf die verheerenden Folgen des Überkonsums (teilweise bedingt durch steigende Schuldenlast durch Hypothekenver-

gabe in den USA), indem sie Konsum anregen. Und sie versuchen, Blasen der Überliquidität (entstanden durch weltweit steigenden Schuldenstand) zu heilen, indem sie mehr Geld in die Wirtschaft pumpen. Diese Therapien funktionierten in Zeiten, als der Zugang zu überreichlich verfügbaren ökologischen Ressourcen der limitierende Faktor war. Heute ist der begrenzende Faktor nicht der Zugang, sondern das zugrunde liegende Angebot. Beschleunigter Ressourcenverbrauch – und schließlich Substanzverzehr – macht uns ärmer, nicht reicher.

Es ist doch beachtlich: Ohne die massive Staatsverschuldung hätten die USA schon seit 2001 ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet, so der Ökonom Hannes Kunz vom IIER (Institute for Integrated Economic Research). Im Jahr 2009 wäre das Bruttoinlandsprodukt gar um 10 Prozent geschrumpft. Wir haben diese Kluft überbrückt, indem wir bei zukünftigen Erträgen „geborgt“ haben.

Unsere gegenwärtigen Linderungsversuche gefährden das Potential unserer Wirtschaften, in Zukunft leistungsfähig zu bleiben. Diese Investitionen haben uns nicht geholfen billige, reichlich vorhandene Ressourcen zu erschließen (die es nicht länger gibt), sondern sie haben uns weiter in „peak everything“ hineingebracht. Somit ist die Frage nicht: „Wollen wir Wachstum?“ oder „Wie viel Wachstum ist wünschenswert?“ Vielmehr ist zu fragen: Was werden die Konsequenzen eines ressourcenbedingten Endes des Wachstums sein? Wie können Wirtschaften veränderte Rahmenbedingungen wie unerwartete Schrumpfungen verkraften? Wie können wir ungleichmäßige Abschwünge vermeiden, die zu sozialen Unruhen führen würden? Wie können Wirtschaften in einer „peak everything“-Welt stabil und erfolgreich sein?

Eines ist klar: Wir müssen uns von einer Wirtschaft, die Materialdurchsatz maximiert, zu einer Wirtschaft bewegen, die den Vermögensbestand maximiert, einschließlich des Reichtums der Natur. Auf lange Sicht mag „Mehr“ besser sein – aber das Mehr, nach dem wir streben, ist der zugrunde liegende ökologische Reichtum, der all unsere wirtschaftlichen Entwicklungen ermöglicht.

www.footprintnetwork.org

¹ Der Begriff „peak oil“ bezeichnet das globale Ölfördermaximum. In Anlehnung an diesen Begriff bezeichnet „peak everything“ die Verknappung aller Ressourcen.

Die „Dritte Industrielle Revolution“ – ein moderner Mythos?

In Anbetracht der vielfältigen, immer bedrohlicher werdenden globalen Umweltveränderungen hat der einstmals rein quantitativ definierte Wachstumsimperativ allenthalben eine Ergänzung um Attribute wie „qualitativ“, „nachhaltig“ oder „grün“ erfahren. Galt Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit – trotz fehlender empirischer Belege – als das Patentrezept zur Lösung ökonomischer und sozialer Probleme, wird ihm nunmehr auch noch die Rolle als entscheidender Impulsgeber für die Rettung des Planeten zugewiesen. Im Zentrum dieser neuen Diktion von Wirtschaftswachstum steht die „Dritte Industrielle Revolution“: Mittels einer sprunghaften Verbesserung bei der Energie- und Ressourceneffizienz sollen umwelt- und rohstoffschonende Technologien die Rolle einer Leitindustrie übernehmen. Von dieser ausgehende Anstoß-, Multiplikator- und Beschleunigungseffekte sorgen dann, so die Überzeugung, für eine umfassende Dematerialisierung und Dekarbonisierung der Volkswirtschaften, schaffen so die bisherigen Zielkonflikte zwischen (wachsender) Ökonomie und (endlicher) Ökologie aus der Welt und avancieren somit zu neuen Quellen von Beschäftigung und Wohlstand.

„Kein Verzicht, nur ein anderes Wachstum“ – so lautet denn im Kern die von Parteien, Wirtschaft und Wissenschaft in weitgehendem Einvernehmen ausgegebene Losung für eine umweltverträgliche und zugleich gerechte(re) Zukunft. Dieser „common sense“ in der öffentlichen Diskussion dürfte insbesondere darauf zurückgehen, dass das Konzept eines grünen Wachstums in der Tat eine unbestreitbare normative Attraktivität besitzt. Indes ist dieses zentrale Zukunftsprojekt zweifelsohne auch ungemain voraussetzungsreich¹. Aus diesem Grund mutet es umso bedenkenswerter an, dass seine Konturen bislang nur sehr abstrakt angedeutet und die Bedingungen für seine Durchsetzung höchst ungenau entwickelt sind. Es mangelt aber nicht allein an einer elaborierten Theorie für ein ökologisch nachhaltiges, kontinuierliches Wachstum in einer Welt mit neun Milliarden Menschen im Jahr 2050. Auch steht ein sachlich belastbarer Nachweis dafür, dass Green Growth im Sinne der gebotenen „absoluten

Entkopplung“ zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen und Umweltinanspruchnahme sowie Umweltbelastung auf der anderen Seite überhaupt möglich ist, noch aus.

Derzeit weiß niemand genau, wie groß das Potenzial an ökologisch-technischem Fortschritt ist. In diesem Licht regiert unter den Befürwortern grünen Wachstums offenbar allein das „Prinzip Hoffnung“: Deren mit geradezu gebetsmühlenartiger Penetranz vorgetragenes Credo ist darauf beschränkt, ebenso pauschal wie nebulös die bahnbrechende (Heils-)Wirkung technologischer Prozess- und Produktinnovationen zu beschwören. Indes erscheint diese von großem Technikoptimismus getragene Vision grünen Wachstums nach derzeitigem Ermessen als reine Illusion. Selbst noch so ambitionierte Anstrengungen zur Beschleunigung technologischer Innovation dürften künftig kaum dazu verhelfen, dass die Wirtschaft weiter wachsen kann, während gleichzeitig der Ressourcenverbrauch und die Emissionen abnehmen. Zu diesem Ergebnis gelangen umfangreiche Untersuchungen des renommierten britischen Ökonomieprofessors Tim Jackson zum Zusammenhang von Wachstum und globaler Erwärmung. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei Wirtschaftswachstum und Bevölkerung bräuchte es Jackson zufolge künftig weltweit Jahr für Jahr eine durchschnittliche Effizienzsteigerung bei fossilen Energieträgern um sieben Prozent – und damit einer mindestens zehnmals schnelleren Absenkung der „Kohlenstoffintensität“ als in der jüngeren Vergangenheit – um einen gefährlichen Klimawandel bis zum Jahr 2050 noch abwenden zu können. Und selbst in einer stagnierenden Weltwirtschaft und ohne weiteres Bevölkerungswachstum wäre die Herausforderung gigantisch: Die Produktivitätszuwächse müssten sich auf jährlich 4,9 Prozent belaufen.



Martin Gück

Diplom-Volkswirt; Mitarbeiter des Heidelberger Büros von KAIROS Europa e. V.



Martin Gück
Dekarbonisierung und Grenzen des Wachstums
„Brot für die Welt“:
Art. Nr. 129 600 560

1 Aus Platzgründen soll hier exemplarisch allein darauf verwiesen werden, dass eine ökologisch nachhaltige Transformation der Wirtschaft nur dann auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen wird, wenn sie auch sozial nachhaltig ist. Eine unabdingbare Voraussetzung hierfür ist, die Kollateralfolgen der angestrebten „schöpferischen Zerstörung“ sozialverträglich aufzufangen – etwa im Blick auf die mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel unweigerlich einhergehenden Arbeitsplatzverluste, insbesondere in fossil- sowie nuklearbasierten „Altindustrien“. Ebenso muss Vorsorge dafür getragen werden, dass die für den Transformationsprozess notwendigen beträchtlichen Aufwendungen sowie Kostensteigerungen die sozialen Ungleichheiten nicht weiter vertiefen – was eine substantielle Umverteilung von oben nach unten voraussetzen dürfte.

Ein so gewaltiger technologischer Wandel ist laut Jackson nicht verwirklichtbar: Zum einen aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, dass sich technologische Innovation nicht einfach „ad infinitum“ fortsetzen ließe. Zum anderen angesichts der – im Vergleich zur Dringlichkeit des Klimaproblems – viel zu großen Zeitspanne (wie auch der wohl kaum aufbringbaren finanziellen Mittel), die es brauchen würde, um die auf dem Stand der derzeitigen Technologien vorhandenen Effizienzpotenziale flächendeckend zur Anwendung zu bringen sowie darüber hinaus neue, bessere Energietechniken zu entwickeln, zur Marktreife gelangen zu lassen und ausreichende Produktionskapazitäten aufzubauen.

Es ist somit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht plausibel zu glauben, dass sich der ökologische Fußabdruck drastisch verkleinern ließe, ohne auch den ökonomischen Fußabdruck zu reduzieren. Die „Dritte Industrielle Revolution“ ist sicherlich ein notwendiger erster Schritt, aber offenbar keineswegs hinreichend zur Überwindung des „Wachstumsdilemmas“. Insofern dürfte kein Weg daran vorbeiführen, die Auseinandersetzung um gezielte Wachstumsrücknahme zu intensivieren.

www.kairoseuropa.de

Das Janusgesicht der Postwachstums- ökonomie



Dr. Joachim H. Spangenberg
Biologe, Ökologe, Volkswirt;
seit der Gründung 1999
Vizepräsident des Sustainable
Europe Research (SERI);
von 1992 bis 1999 Leiter
der Arbeitsgruppe
„Sustainable Societies“
am Wuppertal Institut

Zwei Drittel der Menschheit befindet sich derzeit in einem rasanten Übergang von der agrarischen Subsistenzwirtschaft in die Industriegesellschaft. Viele globale Nachhaltigkeitsprobleme hängen unmittelbar damit zusammen. Dennoch sind die Hoffnungen groß: „Mit einer wachsenden Wirtschaft scheinen viele der drängenden Probleme der Menschheit lösbar. Die Wirtschaft könnte aus den immensen Schulden, die die Staaten zur Rettung der Finanzvermögen derzeit machen, herauswachsen. Auf expandierenden Märkten können mehr Waren abgesetzt und zu deren Produktion neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Kampf gegen Armut und Hunger wäre vielleicht doch noch erfolgreich und die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO aus dem Jahr 2000 wären vielleicht zu erreichen“ (Altvater 2010). Das Problem ist: Die dafür notwendigen Wachstumsraten sind in der Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr zu erreichen. Zum Glück, denn sie würden eine ökologische Katastrophe mit sich bringen.

Die Alternative ist eine nachhaltige Entwicklung, die nach Definition der Brundtland-Kommission (WCED 1987) „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Sie enthält zwei Schlüsselkonzepte:

- das Konzept der Bedürfnisse, insbesondere der Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die die überwiegende Priorität haben sollten; und
- die Vorstellung von Beschränkungen, die der Stand der Technologie und sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.

Solche Grenzen sind jetzt erstmals umfassend konkretisiert und quantifiziert worden (Rockström 2009). Mit Blick auf Biodiversitätsverlust, globale Stickstoff- und Phosphornutzung sowie Treibhausgasemissionen sind wir bereits deutlich über den maximal zulässigen Grenzen, bei der Versauerung der Ozeane, bei Landnutzung und Süßwasserverbrauch nähern wir uns den Obergrenzen, der Ozonabbau geht weiter und für die Belastungen durch Aerosole und Chemikalien müssen noch Obergrenzen definiert werden.

Hinzu kommt die Erschöpfung der Ressourcen: Die Maximalförderung von Öl ist entweder schon überschritten, so dass das Produktionsniveau nur noch mit massiven Investitionen für eine begrenzte Zeit aufrecht erhalten werden kann, oder dies wird in den nächsten Jahren geschehen. Seit mehr als 20 Jahren werden Warnungen vor dieser Zuspitzung ignoriert. Das ist besonders bedenklich, wenn man berücksichtigt, dass eine „Ölentszugs-Kur“, der

Umbau der Produktionsgrundlagen der Gesellschaft, rund 20 Jahre dauert (Hirsch et al. 2005). Ullrich weist auf einen weiteren Denkfehler hin: „Man geht davon aus, dass die im fossilen Industrialismus eingeübte entfernungs- und warenintensive Lebensweise auf solarer Basis fortsetzbar sei. Das wird nicht gelingen, weil Öl eine einzigartige Energiequelle ist. Die Energiedichte, die Gewinnung und Speicherung, der Transport und die Umwandlung waren beim Öl unvergleichlich viel günstiger als sie es bei den entsprechenden solaren Techniken sind“ (Ullrich 2011). Gleichzeitig werden die Förderhöhepunkte für verschiedene Metalle bei weiter exponentiell steigendem Verbrauch zwischen 2024 und 2068 überschritten (bei einer hypothetischen Verdoppelung der Reserven durch Neufunde zwischen 2056 und 2111, Valero 2010), Phosphat und Wasser werden knapp. Das hilft zwar bei Einhaltung der Grenzen, bedroht aber die Ernteerträge zusätzlich zu Klimawandel und Bodenverlust. Die zukunftsfähige Gesellschaft wird also eine Niedrigenergiegesellschaft mit begrenztem Ressourcenverbrauch sein müssen.

Die heutige Industriegesellschaft ist von einer nachhaltigen Gesellschaft genauso weit entfernt wie diese von der Agrargesellschaft. Die Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung besteht deshalb nicht darin, einige technische Innovationen zu implementieren und mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Sie erfordert vielmehr eine grundlegende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Wachstumspolitik (Deregulierung, Privatisierung, Globalisierung) ist für eine solche Entwicklung kontraproduktiv und monetäres Wachstum weitgehend irrelevant. Worauf es ankommt, ist die Grenzen zu akzeptieren, die uns die Natur setzt, und die Gesellschaft so umzugestalten, dass in den Grenzen des Umwelt- raums (Material- und Energieflüsse, Landnutzung) ein gutes Leben für Alle möglich wird. Politik ist an den Grenzen des Umweltraums schwieriger zu gestalten, aber das ist die Erblast des Wachstumsparadigmas, dem sich eine Politik für das 21. Jahrhundert stellen muss.

Die Wachstumswirtschaft bewegt sich also auf einem Kurs zwischen Skylla und Charybdis, und die Steuerleute verlassen sich auf eine Karte, nach der nicht sein kann, was nicht sein darf. Die strukturelle Veränderung von Wirtschaft und gesellschaftlichen Institutionen hin

zu einer Konstellation, die nicht mehr auf Wachstum angewiesen ist, zielt darauf, den Kollaps zu vermeiden. Ziel ist es, den Ressourcenmangel nicht plötzlich zuschlagen zu lassen, sondern ihn schrittweise, als sich verschärfende Knappheit, einzuführen und so Anpassungsprozesse zu stimulieren, wo der Markt versagt. Idealtypisch wäre eine Kontingentierung aller der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen, mit einer festen, jährlich sinkenden Obergrenze (vgl. Spangenberg 2010).

Eine solche Anpassung wird unser Leben deutlich verändern. Der gegenwärtige Sozialstaat ist wachstumsabhängig, ebenso wie die Beschäftigung, solange Arbeitszeitverkürzung zum Tabu erklärt wird. Das gilt in unterschiedlicher Weise für beide, für öffentliche Sicherungssysteme, die aus Löhnen und Gehältern finanziert werden, und für private, aus Dividenden finanzierte Systeme. Bei öffentlichen Systemen sind die Voraussetzungen für eine hohe Altersrente, ein zentrales politisches Ziel in einer alternden Gesellschaft, Vollbeschäftigung sowie hohe Löhne und Gehälter. Ein privates Rentensystem erfordert dagegen möglichst hohe Gewinne und Dividenden als Voraussetzung solider Renten – auch, wenn das zu Lasten der Arbeitseinkommen geht.

Nach wie vor könnte in der Wirtschaft jede einzelne Firma ihrem Wachstumsdrang folgen, aber nur noch zu Lasten der Konkurrenz: für jeden Gewinner gäbe es Verlierer. Dies würde die Anzahl der Konkurse erhöhen, Arbeitsplatzverluste würden häufiger. Die Globalisierung der Produktion würde durch die explodierenden Transportkosten („peak oil“), wie schon 2008 begonnen, zurückgedrängt, „local sourcing“ ökonomisch attraktiver gemacht. Wird das Öl zur Mangelware, wird die Logistik von „just in time“ auf Transportminimierung umgestellt; Gewerbegebiete ohne Bahnanschluss würden verkümmern. Die Frachten würden massiv schrumpfen, das Transportgewerbe teilweise kollabieren. Weltwirtschaftlich gewöhnen Konzerne aus dem Süden mehr Einfluss. Das gesellschaftliche Arbeitsvolumen würde schrumpfen. Dies könnte nur über Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden, ohne vollen Lohnausgleich. Gleichzeitig würden die Konsumentenpreise steigen, gerade für bisherige Billiggüter, und das Einkaufen auf der „grünen Wiese“ würde für viele Menschen (zu) teuer.

Der Lebensstandard stiege längerfristig nicht mehr – wenn nicht bestehende Ungleichheiten durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen ausgeglichen würden. Gerechtigkeit ist für Nachhaltigkeit ebenso notwendig wie Umweltschutz. Geschieht dies nicht, können weiter steigende Ungleichgewichte nur über Sozialtransfers, die aus dem Steueraufkommen bezahlt werden müssen, ausgeglichen werden. Die Einnahmen des Staates in einer Postwachstumsökonomie wachsen nicht, solange die Steuersätze nicht erhöht werden. Strittig wird dann die Verteilung zwischen Arbeitnehmenden (Löhne), Kapitalbesitzenden (Gewinne) und Staat beziehungsweise Gesellschaft (Abgaben), denn eine Wertschöpfung, die nur noch durch Produktivitätszuwächse steigt, muss auf alle drei Gruppen verteilt werden. Soll die Wohlfahrt insgesamt bei deutlich reduziertem Ressourcenverbrauch zumindest so weit wie möglich erhalten bleiben, stellen sich die Fragen: Welche Beiträge soll der private Konsum, welche gesellschaftliche Organisationen, welche sollen öffentliche Dienstleistungen erbringen? Wie können die notwendigen erweiterten und verzahnten Sozialsysteme finanziert werden? Angesichts der Ineffizienz privater Güternutzung (so beträgt die durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer eines PKW in Deutschland rund eine halbe Stunde) wäre es sinnvoll, einen Teil der individuell genutzten „Dienstleistungserfüllungsmaschinen“ kollektiv zu nutzen, also in gesellschaftlicher oder staatlicher Regie. Das impliziert einen Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen wie im gemeinwirtschaftlichen Sektor und einen Anstieg der Staatsquote.

Auf der Ebene des privaten Konsums dominieren drei Bereiche den Ressourcenverbrauch, die in einer Postwachstumsgesellschaft deutlichen Umstellungen unterworfen wären: Bauen und Wohnen, Ernährung und Mobilität (Spangenberg, Lorek 2002). Sie erfordern unterschiedlich starke und verschieden formulierte und instrumentierte Strategien.

Bauen und Wohnen: Wohnen wird für Normalverdiener nur da möglich sein, wo Anschluss an den ÖPNV besteht, denn es wird kein Auto für die Fahrt zum Arbeitsplatz mehr geben. Eine Mobilitätsgarantie zu geben ist für Kommunen nur da leistbar, wo verdichtete Wohnbebauung besteht. Das Haus im Grünen wird wegen der Heiz- und Transportkosten un-

erschwinglich. Wohnförderung muss sich ausschließlich auf die Sanierung des Baubestandes konzentrieren, mit Lückenschließung in Ballungsräumen für Neubedarf.

Standards, Steuern und Fördermittel können die Zeit verkürzen, bis alle Häuser energetisch saniert sind (bei gegenwärtigem Mittelaufwand in ca. 200 Jahre). Gleichzeitig kann die Wohnfläche pro Kopf nicht wie bisher weiter steigen. Flächennutzungspläne, Stadtentwicklungspläne, etc. sollten diesen zukünftigen Entwicklungen heute schon berücksichtigen.

Ernährung: Die europäische Landwirtschaft emittiert 1,3 t CO₂ pro Kopf und Jahr, rund ein Drittel der Menge, die wir pro Kopf und Jahr in 2050 insgesamt emittieren dürfen. Ökologischer Landbau ist in allen Bereichen besser, besonders im Pflanzenbau, aber auch in der Tierhaltung (außer Kälberzucht), und reduziert Stickstoff-, Phosphor und Chemikalieneinsatz. Das aber senkt die Erträge. Es kann nicht weitergehen, dass über die Hälfte aller Agrarflächen weltweit für die Fleischproduktion genutzt wird. Welthunger ist ein Verteilungsproblem, tendiert aber dazu, ein Fleischproblem zu werden: nur vegetarisch ist es einfach, die Welt zu ernähren. Wir werden unseren Fleischanteil reduzieren und vollständig auf organische Landwirtschaft umstellen müssen. Tropische Güter, von Bananen bis Kaffee, werden nur noch begrenzt verfügbar sein.

Mobilität – Auto: Das deutsche CO₂-Ziel muss bei vier Tonnen pro-Kopf-Ausstoß im Jahr 2050 liegen, und bei zwei Tonnen im Jahr 2100. Die effizientesten Zweisitzer-PKW emittieren heute zwei Tonnen CO₂ auf 10.000 km, verbrauchen tonnenweise Material bei Bau und Unterhalt und töten und verletzen zehntausende Menschen in Europa. Sollen Elektroautos in gleicher Anzahl die jetzigen PKW ersetzen, so geht das kaum ohne Atomstrom. Experten schlagen deshalb als Ziel für die Anzahl der PKW vor, sie um einen Faktor zehn zu reduzieren. Private Autos werden damit Luxus, erschwinglich für wenige, und fast alle PKW werden gemeinsam genutzt. Wenn es aber nur noch vier Millionen Autos gibt, warum noch Brücken, Straßen, Tiefgaragen bauen? Wo ist der Bundeswegeplan für 90 Prozent weniger Autos? Welchen ÖPNV brauchen wir? Welche Alternativen gibt es zum dieselbetriebenen LKW-Verkehr?

Mobilität – Bahn: Nur die Bahn kann den Massentransport ressourcenarm bewerkstelligen. Dafür muss sie ausgebaut und entschleunigt werden. Eine Beschleunigung von 100 auf 150 km/h ergibt 20 Minuten Zeitgewinn/100 km, von 200 auf 250 km/h sechs, von 300 auf 350 km/h zwei Minuten. Da der Energieverbrauch mit dem Quadrat der Geschwindigkeit steigt, verbraucht ein voll besetzter ICE mit 350 km/h mehr Energie als die äquivalente Zahl von PKW. Proportional mit der Geschwindigkeit steigen zudem die Kosten für Unterbau, Fahrstrom, Zugmaterial, Lärmschutz und Sicherheit. Um den bisherigen Autoverkehr aufnehmen zu können, muss die Bahn massiv ausgebaut, Streckennetz und Wagenpark müssen mindestens verdreifacht werden (was ungefähr dem Stand von 1960 entspräche).

Mobilität – Flug: Flugverkehr belastet die Atmosphäre besonders, er ist der am schnellsten wachsende Verkehrssektor, und er wird mit Blick auf „peak oil“ teuer. Billigflieger werden Routen – und vielleicht den Betrieb – einstellen müssen, denn fliegen wird jeder nur wenige Male im Leben dürfen, sei es geschäftlich oder zur Erholung. Mallorca gibt's dann nur noch per Bahn und Fähre, wenn überhaupt.

Mobilität – Schiff: Die Binnenschifffahrt ist eine der umweltverträglichsten Transportmöglichkeiten, aber sie hat ihre Grenzen. Weitere Flüsse zu Transportkanälen auszubauen, würde Biodiversität, Süßwasser und Landschaft bedrohen und stünde zudem in Konkurrenz zum Bau von Klein- und Laufwasserkraftwerken. Weltweite Transporte per Containerschiff machen zwar nur wenige Prozent der Endkosten aus, verpesten aber die Luft über den Weltmeeren und tragen zur Meeresversauerung bei (Schiffsdiesel verbrennen Schweröl, einen Raffinerieabfall, sie sind schwimmende Sondermüllverbrennungsanlagen). Der europäische Standard für Schwefelkonzentration im Schiffsdiesel, der diesen Risiken vorbeugt, hat die Kosten vervierfacht. Geschieht das global, wie von der Weltschifffahrtsorganisation WMO beschlossen, reduziert das den Welthandel weiter.

Freizeit: Über diese drei Bereiche hinaus wird es Änderungen im Konsumverhalten geben müssen. Beispielsweise verbraucht das Internet heute so viel Energie wie der Flug- oder der

Schiffsverkehr, und ein Avatar im Spiel „Second Life“ so viel wie ein Brasilianer im ersten Leben. Solche Verschwendung wird bei Ressourcenmangel nicht mehr möglich oder erlaubt sein.

Fazit: Die Postwachstumsgesellschaft ist nicht das gelobte Land, und der Übergang dorthin wird schmerzhaft. Aber er ist das kleinere Übel, denn die Alternative ist nicht der Status quo, sondern der Kollaps, mit all seinen sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen.

www.seri.de

Quellen

- Altwater, E. (2010). Kann die Linke Wachstum wollen? Neues Deutschland. Berlin
- Hirsch, R.L., Bezdek, R., Wendling, R. (2005). Peaking of World Oil Production: Impacts, Mitigation, and Risk Management. US Department of Energy. Washington DC, DoE.
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin, F.S., Lambin, E.F., Lenton, T.M., Scheffer, M., Folke, C., Schellnhuber, H.J., Nykvist, B., de Wit, C.A., Hughes, T., van der Leeuw, S., Rohde, H., Sörlin, S., Snuder, P.K., Costanza, R., Svedin, U., Falkenmark, M., Karlberg, L., Corell, R.W., Fabry, V.J., Hansen, J., Walker, B., Liverman, D., Richardson, K., Crutzen, P., Foley, J.A. (2009). „A safe operating space for humanity.“ *Nature* 461(7263): 472-475
- Spangenberg, J.H., Lorek, S. (2002). „Environmentally sustainable household consumption: From aggregate environmental pressures to priority fields of action.“ *Ecological Economics* 43(2-3): 127-140
- Ullrich, O. (2011). „Leitbilder einer nachhaltigen Gesellschaft.“ *Forum Wissenschaft* 28(1): 63-66
- Valero, A., Valero, A. (2010). „Physical geonomics: Combining the exergy and Hubbert peak analysis for predicting mineral resources depletion.“ *Resources, Conservation and Recycling* 54(12): 1074-1083
- WCED (World Commission on Environment and Development) (1987). *Our Common Future* (The Brundtland Report). Oxford, Oxford University Press

Südperspektiven

Am Wachstum hängt, zum Wachstum drängt ...?

Beiträge von Partnern von „Brot für die Welt“ und Evangelischem Entwicklungsdienst (EED)

Indien: Wirtschaftswachstum um jeden Preis oder Aufbau einer post-fossilen Gesellschaft?



Dr. Nafisa Goga D'Souza
Geschäftsführerin
des Laya Resource Centre
Visakhapatnam in Andhra
Pradesh, Indien

Indien hat zwei Gesichter: Das eine zeigt ein stark wachsendes Bruttoinlandsprodukt. Autobahnen breiten sich aus, Wolkenkratzer und Einkaufszentren sprießen wie Pilze aus dem Boden. Die Industrialisierung läuft auf der Überholspur, und die Konsumkultur ist beim reichen Teil der Bevölkerung bereits aus dem Ruder gelaufen. Und auf der anderen Seite? Jeder vierte Mensch in Indien hungert, jede dritte Frau ist mangelernährt, jedes zweite Kind hat Untergewicht. Die indische Wirtschaft erreicht Wachstumsraten um die neun Prozent und zur gleichen Zeit hat die Armutskrise das Wirtschaftssystem fest im Griff.

Indiens gegenwärtiges Entwicklungsmodell basiert auf der Theorie des Trickle-Down-Effekts. Diese Theorie nimmt an, dass der Nutzen für die Armen in Indien umso größer ist, je höher die Wachstumsraten sind. Die Erfahrung widerspricht dem. So viel ist klar: Wachstum sichert keine Verteilung der Ressourcen, solange die marginalisierte Mehrheit der Bevölkerung nicht in den Mittelpunkt der Planungsprozesse gestellt wird.

Bei einem Entwicklungspfad im Sinne der indischen Bevölkerungsmehrheit würden die Entwicklungsziele so aussehen: Ernährungssicherheit während des ganzen Jahres, anständige Unterkünfte, eine für alle nutzbare Verkehrsinfrastruktur, Zugang zu guter Gesundheitsversorgung, zu guter Bildung und zu den einfachen Annehmlichkeiten, die es braucht, um in Würde zu überleben. Das einfache Überleben für alle ist möglich, selbst dann, wenn wir die Grenzen des Wachstums erkennen und einen post-fossilen Entwicklungspfad einschlagen. Die Vision einer derart veränderten Gesellschaft gibt uns Orientierung, anstehende Entwicklungsentscheidungen zum Wohle der Mehrheit

zu treffen, insbesondere wenn man bedenkt, dass ein großer Teil der Bevölkerung noch keinen Zugang zu Energie hat. 54 Prozent der indischen Haushalte verfügen nicht über Elektrizität, im krassen Gegensatz zu der aufsteigenden Elite mit ihrem aufwändigen Lebensstil und dem daraus resultierenden hohen CO₂-Fußabdruck. Die Schlüsselfrage ist also: Wie soll ein „Zukunftsfähiges Indien“ aussehen?

Für den Zugang zu Energie in den ländlichen Gemeinden haben Organisationen der Zivilgesellschaft vielfältige dezentrale und den örtlichen Möglichkeiten angepasste Strategien entwickelt. Laya, die Organisation, mit der ich in Andhra Pradesh arbeite, nutzt in einer abgelegenen, indigenen Siedlung gleich mehrere technische Möglichkeiten: Kleine und kostengünstige Wasserkraftanlagen produzieren Strom. Eine einfache Beleuchtung ist durch Solarlampen möglich. Effiziente Öfen kommen mit viel weniger Holz aus. Dies ist insbesondere für die Frauen eine Erleichterung in zweierlei Hinsicht: Erstens verringern die effizienten Öfen die Gesundheitsbelastung durch Luftschadstoffe und zweitens müssen die weiten Wege beim Sammeln von Feuerholz nicht mehr so häufig zurückgelegt werden. Einige Organisationen schaffen mit Biomasse Zugang zu erneuerbaren Energiequellen. Außerdem wird an Modellen für klimaschonende Landwirtschaft gearbeitet. Diese bewerben die Vorzüge der ökologischen Landwirtschaft gegenüber der konventionellen Großagrarwirtschaft mit ihren energieaufwändigen Düngemitteln und teuren Schädlingsbekämpfungsmitteln. Ein weiteres Beispiel sind Aufforstungsprojekte, die Bewohner von Waldgebieten anleiten, um Biodiversität und ökologische Nachhaltigkeit zu fördern. Wenn solche Initiativen in ganz Indien umgesetzt werden,





können sie einen kohlenstoffarmen Pfad für nachhaltige Entwicklung sichern.

Auf die Frage, wie ein zukunftsfähiges Indien aussehen kann, gibt es allerdings keine einfachen Antworten. Das gilt insbesondere in einem globalen Kontext, in dem die Länder des Nordens weit mehr als ihren gerechten Anteil an den fossilen Energieressourcen verbraucht haben. Die Klimakrise ist ja überhaupt erst durch einen ungleichen Prozess der Industrialisierung entstanden. Dieses Entwicklungsmodell hat die Welt nicht nur ökologisch in Gefahr gebracht, sondern auch die globale Ungerechtigkeit verschlimmert. Die Herausforderung für Indien besteht darin, ein neues Entwicklungsparadigma zu erfinden. Es geht darum, radikale Entscheidungen zugunsten einer erneuerbaren und dezentralen Energieversorgung zu treffen. Eine zukunftsfähige Entwicklung in Indien benötigt ökonomische Suffizienz, ökologische Verträglichkeit, gute Regierungsführung und Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

www.laya.org.in

Wachstumsopfer: Ein effizienter Lehmofen in Jharia (Indien) spart Brennmaterial. Doch der Ort soll einem Kohletagebau weichen.

Bangladesch: Was ist Wachstum und wem dient es?



Farida Akhter
Geschäftsführerin des Instituts für Politics and Advocacy UBINIG, Bangladesch; Mitglied verschiedener Netzwerke wie dem South Asia Network on Food, Ecology and Culture (SANFEC)

Entwicklung oder „Unnayan“ ist für unsere Entscheidungsträger in Bangladesch zu einem Synonym für Wachstum geworden. Regierungen werden daran gemessen, welche Wachstumsraten sie während ihrer Amtszeit erreicht haben. Eine jährliche Wachstumsrate von sechs Prozent wird als guter Indikator betrachtet, ungeachtet der Tatsache, dass die Armut weiter anwächst und die Ungleichheit in der Bevölkerung immer schneller zunimmt. Bangladesch gehört mit einem Bruttoinlandsprodukt von 652 US-Dollar (2009) pro Kopf zu den armen Ländern. 40 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

Obwohl die arme Bevölkerung nicht vom so genannten Wachstum profitiert, trägt sie doch zum Wirtschaftswachstum bei – durch Rücküberweisungen sowie durch die Herstellung von Exportgütern wie Konfektionsbekleidung und Strickwaren, die zwei Drittel der Exporterlöse ausmachen. Die allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung haben sich dadurch jedoch nicht verbessert. Noch immer haben weniger als die Hälfte der Haushalte Zugang zu Elektrizität, lediglich 40 Prozent der Straßen, die als Verbindung zu den Großstädten dienen, befinden sich in einem guten Zustand und gerade mal 37 Prozent der Bevölkerung auf dem Land haben Zugang zu ganzjährig befahrbaren Straßen. Obwohl es in Bangladesch nicht an Wasserwegen mangelt, trocknen die meisten Flüsse aufgrund mangelhafter Planungen aus. Dabei hätte der Ausbau von Wasserwegen Transportwege sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr oder für den Dienstleistungssektor erschließen können.

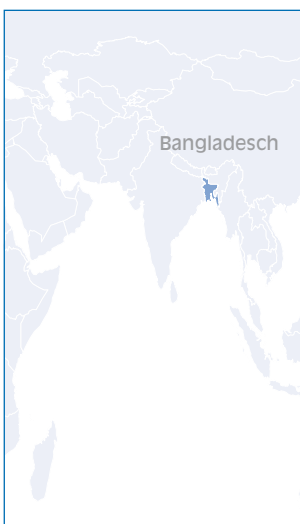
Wachstum bedeutet Verstädterung – Orte mit modernsten Einrichtungen, die sich an westlichen Metropolen orientieren. Die Hauptstadt Dhaka ist mit 15 Mio. Einwohnern die achtgrößte Stadt der Welt. Gleichzeitig ist sie eine der zehn am schlimmsten verschmutzten Städte weltweit und stellt eine Gefahr für Gesundheit und Umwelt dar. Reiche Familien in Dhaka besitzen mehr als zwei Privatfahrzeuge, während für den Großteil der unteren Mittelschicht und für die Armen keine angemessenen öffentlichen Transportmittel zur Verfügung

stehen. Es gehört zum normalen Arbeitsleben in Dhaka, für eine innerstädtische Strecke von drei bis fünf Kilometern, die in 15 bis 20 Minuten bewältigt werden könnten, lange Staus mit Tausenden von Autos, Bussen und anderen Transportmitteln in Kauf zu nehmen.

Das Wachstum im Bereich der Infrastruktur ist in der Hauptstadt am sichtbarsten. Gleichzeitig zwingt der Mangel an Arbeitsplätzen sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen auf dem Land die Bevölkerung zur Migration nach Dhaka. Staatliche Einrichtungen, etwa im Bereich der höheren Bildung und der Gesundheit, sind nur in Dhaka und anderen Großstädten zu finden. Nach der Übernahme des Bildungs- und Gesundheitswesens durch den profitorientierten Privatsektor sind Preise und Gebühren dort so stark angestiegen, dass die unteren Mittelschichten und arme Menschen praktisch keinen Zugang mehr dazu haben. Die Qualität der staatlichen Gesundheitsdienste auf dem Land lässt sehr zu wünschen übrig, da es an Ärztinnen und Ärzten, aber auch an Medikamenten mangelt. Sekundäre und tertiäre Gesundheitsdienste sind nur in Dhaka verfügbar. Um sich bei Herzproblemen oder Krebs in Dhaka behandeln zu lassen, müssen arme Menschen mehr als 1.000 Taka (ca. 10 Euro) an Reisekosten aufbringen und für die anstehenden Tests, Honorare und Medikamente weitere 30.000 bis 40.000 Taka (ca. 300 bis 400 Euro) bezahlen. Verschuldung und der Verkauf von Besitztümern wie Kühen, Ziegen oder sogar von Land nehmen aufgrund des unterentwickelten Gesundheitswesens zu.

Selbst bei gestiegenem Pro-Kopf-Einkommen bleiben chronische und akute Unterernährung unter der armen Bevölkerung weit verbreitet. Aufgrund des willkürlichen Einsatzes von Pestiziden, chemischen Düngern und importiertem Hybridsaatgut minderer Qualität für Gemüse und Getreide ist die Qualität der produzierten Lebensmittel ausgesprochen niedrig.

Obwohl die Landwirtschaft für mehr als 70 Prozent der Bevölkerung des Landes wichtigster Arbeitgeber und Haupteinkommensquelle ist, werden die Bedürfnisse von Bäuerinnen und Bauern bei der staatlichen Haus-





haltsplanung ignoriert. Sie erhalten keinerlei Unterstützung für die Lebensmittelproduktion. Stattdessen erlaubt die Regierung den Tabakanbau, weil dieser hohe Steuereinnahmen verspricht. Der Tabakanbau hat sich jedoch als schädlich für die Umwelt erwiesen, und er stellt eine Gefahr für die Gesundheit und die Ernährungssicherung dar. Dennoch werden nur sehr begrenzt Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass auf den Feldern anstelle von Nahrungsmitteln Tabak angebaut wird.

Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter bereits in allen Entwicklungsprogrammen verankert ist, sind Frauen am stärksten von der Situation betroffen – als Arme, als Arbeitskräfte sowie als soziale Gruppe. Von den Gesetzen, die Frauen vor Gewalt schützen sollen, können nur die privilegierten Schichten Gebrauch machen. Letztere können diese Gesetze im Gegenteil sogar dazu missbrauchen, die Gefährdung der Mehrzahl der Frauen weiter zu verschlimmern.

Die Frage bleibt also: Was ist Wachstum und wem dient es?

Staus gehören in Dhaka zum Alltag. Wie ist zukunfts-fähige Mobilität in einer Megacity möglich?

Burkina Faso: Für ein Wachstum, das auch die Armen erreicht



Pastor Etienne Bazié
Direktor des Entwicklungs-
büros der Evangelischen
Kirchen (ODE – Office de
Développement des Eglises
Evangéliques), Burkina Faso

Die letzten Umfragen zu den Lebensbedingungen der privaten Haushalte haben ergeben, dass 46,4 Prozent der burkinischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Um die Auswirkungen dieses Problems zu verringern, wurde in Burkina Faso seit 2000 ein strategischer Rahmenplan zur Armutsbekämpfung entwickelt. Dieser Rahmenplan wurde 2003 überarbeitet, wobei seine strategischen Prioritäten an die Millennium-Entwicklungsziele angeglichen wurden. Seine Wirkung scheint begrenzt zu sein. Will man den repräsentativen Studien Glauben schenken, so scheint Burkina Faso in den letzten Jahren tatsächlich wieder ein relativ stabiles Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erreicht zu haben. Dieses Wachstum hat allerdings nicht zu deutlich spürbaren Verbesserungen der Armutssituation geführt. Die Zahl der Armen stagniert, wenn sie nicht sogar ansteigt. Hier entsteht also ein Paradoxon: ein relativ stabiles Wirtschaftswachstum auf der einen und eine Stagnation, ja sogar ein Anstieg der Armut auf der anderen Seite. Das Wachstum in Burkina Faso hat demnach die arme Bevölkerung bislang nicht erreicht.

Die Lage der armen Bevölkerungsschichten

Die Wirkung des Wirtschaftswachstums ist für große Bevölkerungsgruppen hinsichtlich Einkommen und Zugang zu Bildung und Gesundheit nur sehr eingeschränkt spürbar. Insgesamt profitieren die Erwerbstätigen wenig, weder auf dem Land, noch in der Stadt. In den ländlichen Gebieten ist während der trockenen Jahreszeit ein starker Rückgang der Produktion festzustellen. Ein Bericht des Ministeriums für Jugend und Arbeit (2006) über die Lage auf dem Arbeitsmarkt besagt, dass 85 Prozent der Gesamtbeschäftigung auf den ländlichen Bereich fallen. Der Bericht zeigt, dass diese Beschäftigungsgruppe hauptsächlich für die eigene Grundversorgung einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgeht. Lediglich ein Viertel betreibt gewerblichen Anbau. Außerdem spielt in diesem Sektor grundsätzlich die Jahreszeit eine wichtige Rolle, bedingt durch die Regenzeit, die von Mai bis

Oktober dauert. Die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sind unterbeschäftigt, was zu niedrigen Jahreseinkommen aufgrund der geringen Produktivität führt. Deshalb ist eine Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft oftmals nicht geeignet, die Armut zu senken. Aufgrund von weit verbreiteten Vorurteilen haben schwache gesellschaftliche Gruppen (Frauen, Menschen mit Behinderung, Kinder, Analphabeten, usw.) mit großen Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeitsstellen zu kämpfen, obwohl jede Diskriminierung gesetzlich verboten ist. Wenn Wirtschaftswachstum bei den armen Schichten ankommen soll, setzt dies die Beteiligung eines großen Teils der arbeitsfähigen armen Bevölkerungsschichten am Arbeitsmarkt voraus.

Maßnahmen zum Vorteil armer Bevölkerungsschichten

Im letzten Jahrzehnt konnte eine bemerkenswerte Zunahme von Institutionen beobachtet werden, dank derer armen Bevölkerungsschichten der Zugang zu Mikrokrediten ermöglicht wurde, die ihnen helfen, ein Einkommen zu erwirtschaften. Von diesen Einrichtungen profitiert die Bevölkerung auch, weil dadurch Infrastruktur geschaffen werden kann, die einen besseren Zugang zu sozialen Basisdienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Trinkwasser gewährleistet. Allerdings zeigen diese Mikrofinanzierungen auch Schwächen. So sind die gewährten Kreditsummen oft zu niedrig, um wirklich ertragreiche Aktivitäten zu ermöglichen. Zudem konzentrieren sie sich auf das städtische Umfeld. Für etwa 40 Prozent der Mikrofinanz-Institutionen in Burkina Faso gehören arme Bevölkerungsschichten nicht zur bevorzugten Zielgruppe. Manche von ihnen können als Mikrofinanz-Institutionen für „Nichtarme“ bezeichnet werden, ihre Hauptzielgruppe ist der Mittelstand, darunter überwiegend Angestellte.

Wenn man die institutionellen Reformen auf staatlicher Seite analysiert, zeigen die vorgenommenen Veränderungen in Richtung einer verantwortungsvollen Regierungsführung. Die Behörden in Burkina Faso arbeiten verstärkt





daran, die Unterschiede der Entwicklung zwischen städtischen und ländlichen Lebensräumen zu verringern. Durch die Dezentralisierung wurden die Infrastrukturen für Bildung und Gesundheit geschaffen und somit der Zugang der Bevölkerung zu den sozialen Basisleistungen verbessert. Die Mängel der Dezentralisierung zeigen sich dennoch in vielfältiger Hinsicht: In der unangemessenen Verteilung der Finanzmittel auf Gemeindeebene; aufgrund zu geringer staatlicher Zuwendungen und/oder zu geringer Hilfsmittel, die auf lokaler Ebene mobilisiert werden können; in unzureichenden quantitativen und qualitativen personellen Kapazitäten in den Gemeinden und vom Staat ausgelagerten Diensten; einer bleiernen soziokulturellen Schwerfälligkeit, aufgrund eines hohen Anteils an Analphabeten bei den lokalen Volksvertretern, unreifen Politikern oder eines Mangels an lokalen Führungskräften, was häufig zu Krisen innerhalb der Kommunalräte geführt hat. Um die zahlreichen Probleme zu lösen, braucht man rigorose Zielorientierung und eine Ausrichtung der Investitionen zu

Gunsten der ländlichen Gesellschaft, die am meisten gefährdet und bedürftig ist.

Der Staat und seine Partner müssen einerseits mehr konsistente Mittel zu Gunsten der Mikrofinanz-Strukturen mobilisieren, die sich gezielt an arme Gruppen richten, und andererseits den Zugang der Armen im Allgemeinen und insbesondere der Frauen ohne dingliche Sicherheit fördern. Die Mikrofinanz-Institutionen müssen Produkte entwickeln, die dem Gewinn ihrer Mitglieder angepasst sind. Projekte auf Gebieten wie der Berufsausbildung, der Verbreiterung der Produktionsskala, dem Anbau außerhalb der Saison, mit Hilfe der Vermarktung, der Alphabetisierung, die die Armen mit Hilfe eines Gender-Ansatzes favorisieren, müssen gefördert werden. Der Staat und seine Partner müssen den Schwerpunkt ferner auf soziale und politische Aneignung der Dezentralisierung, Übertragung von Zuständigkeiten und Ressourcen sowie die Verstärkung der Kapazitäten der lokalen Akteure legen. Darüber hinaus sind agroforstliche Aktivitäten in der Sahelzone besonders zu fördern.

In mehreren afrikanischen Ländern ermöglichen Projektpartner von „Brot für die Welt“ und EED mit Kleinkrediten wirtschaftliche Entwicklung, die die Armen erreicht.

Kenia: Wie kann Wachstum Armut lindern?



Dr. Agnes Abuom
Gründerin und Direktorin der kenianischen Forschungs- und Beratungsagentur TAABCO; Mitglied im Exekutivausschuss des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK)

Der Begriff Wirtschaftswachstum wird meist mit dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes gleichgesetzt. Würde man nur das Bruttoinlandsprodukt als Prüfmarke für Fortschritt nutzen, müsste man annehmen, dass jede Steigerung des Bruttoinlandsproduktes das allgemeine Wohlergehen verbessert. Das Maß, inwieweit Personen und verschiedene Bevölkerungsgruppen Anteil am Wohlstand eines Landes haben, ist ein anderer Indikator für ökonomisches und soziales Wohlergehen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf dient als grobe Einschätzung des Anteils, den jeder Einzelne an der Marktwirtschaft hat. Doch in der Realität ist der Anteil mancher Menschen an der Wirtschaft größer als der von anderen. Ausmaß und Veränderungen der Ungleichheit bei Einkommensverteilung und Konsum sowie die Verbreitung von Armut können mit dem Bruttoinlandsprodukt nicht abgebildet werden.

Die vorherrschende Orientierung auf das Bruttoinlandsprodukt wird deshalb inzwischen weltweit von vielen Akteuren hinterfragt und angefochten. In der Zivilgesellschaft ebenso wie auf politischer Ebene, in zahlreichen Wirtschaftsinstituten und der Wissenschaft. Die Frage, wie das Bruttoinlandsprodukt interpretiert und genutzt werden soll, speist zahlreiche Debatten auch im Rahmen von mächtigen wirtschaftlichen Institutionen wie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der EU oder der Weltbank. Somit scheint es nicht mehr plausibel, weiterhin an Wachstum als gesellschaftlichem Ziel per se und am Bruttoinlandsprodukt als Hauptbezugspunkt für Wirtschaftspolitik festzuhalten. Zahlreiche Alternativindikatoren wurden bereits vorgeschlagen.

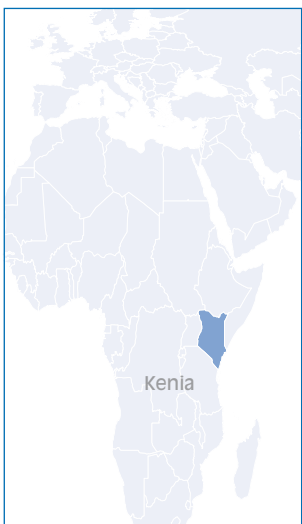
Mit dem Millenniumentwicklungsziel, den Anteil der Bevölkerung zu halbieren, die mit weniger als einem Dollar am Tag lebt, fand das Konzept des „Pro-poor growth“ (armutslinderndes Wachstum) zunehmend Beachtung. Pro-poor growth meint vereinfacht gesagt ein Wirtschaftswachstum, das in höherem Maße die Armen einschließt und weniger die Reichen. Für Kenia – wie für die meisten Länder in Sub-Sahara Afrika – kommt der landwirtschaft-

lichen Entwicklung dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie hat eine besondere Bedeutung für die Erreichung der Millenniumentwicklungsziele Eins (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) und Sieben (Ökologische Nachhaltigkeit).

In Kenia ist die Landwirtschaft das Rückgrat der Wirtschaft. 26 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden in der Landwirtschaft erwirtschaftet und 60 Prozent der Exporterlöse stammen aus diesem Bereich. Durch Verflechtungen mit Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor trägt die Landwirtschaft indirekt weitere 27 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. 60 Prozent der Arbeitsplätze in Kenia sind in der Landwirtschaft. Drei Viertel der Arbeitskräfte in diesem Bereich sind Frauen. Die Mehrheit (80 Prozent) der armen Bevölkerung in Kenia lebt auf dem Land und hat ihre Existenzgrundlage insbesondere in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Mit einer Ernährungsunsicherheit bei 51 Prozent der Bevölkerung ist die Landwirtschaft in Kenia zentral für die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutslinderung. Somit ist eine verstärkte Investition in die Landwirtschaft in Kenia ein Motor für armutslinderndes Wachstum.

Wachstum mit Verteilungsgerechtigkeit ist gut für die Armen in Kenia – ein gangbarer Weg. Verbesserte Einkommensverteilung würde die Verbindung von Wachstum und Armutslinderung stärken. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Armen produzieren, der Armut entkommen und zur Mehrung des nationalen Wohlstands beitragen können. Voraussetzungen dafür sind beispielsweise verbesserte Marktzugänge, eine höhere Alphabetisierungsrate und eine bessere Gesundheitsversorgung für die Armen.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass jede Kenianerin und jeder Kenianer eine Rolle bei der Überwindung von Armut spielt. Dies ist nicht nur Aufgabe der Regierung. Was jede und jeder einzelne von ihnen bei der Arbeit tut, ob angestellt oder selbstständig, hat eine Auswirkung auf das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes.



Das Maß menschlicher Entwicklung: Bhutan und das Bruttosozialglück

Botschafter a.D. Harald N. Nestroy, Geschäftsführer „Pro Bhutan e.V.“, www.probhutan.com

Bhutan, nie kolonisiertes Königreich im Himalaya, etwas kleiner als die Schweiz, hat rund 700.000 Einwohner. Die Zahl der vor allem aus Nepal stammenden Immigranten und Gastarbeiter ohne bhutanische Staatsangehörigkeit wird auf 400.000 geschätzt. Dieses Land ist Heimat eines ungewöhnlichen „Exportschlagers“: Bald nach seiner Krönung 1974 verblüffte der vierte König von Bhutan, Jigme Singye Wangchuk (im Amt bis 2006) mit einer neuen Maxime für die Entwicklung seines Landes, das damals noch eher mittelalterlich anmutete und von der Weltwirtschaft isoliert war. Der König postulierte den Vorrang der Vermehrung des „Bruttosozialglücks“ für die Gesamtheit seiner Untertanen vor der Vermehrung des „Bruttosozialprodukts“. Auch sonst sticht dieser Monarch hervor: Er führte das Land in die parlamentarische konstitutionelle Monarchie, dankte mit 52 Jahren zugunsten seines Sohnes ab und setzte durch, dass künftige Könige vom Parlament abgewählt werden können und wie jeder Beamte mit 65 Jahren in den Ruhestand treten müssen.

Das aus den ersten demokratischen Wahlen im März 2008 hervorgegangene Parlament verabschiedete im Juni 2008 als erste Amtshandlung eine Verfassung. In Artikel 9 ist die Steigerung des „Bruttosozialglücks“ als Staatsauftrag verankert. Danach ist die zentrale Aufgabe des Staates, diejenigen Bedingungen zu fördern, die das Streben nach „Bruttosozialglück“ ermöglichen – jedoch nicht, den Bürgern und Bürgerinnen zu verordnen, was Glück ist und wie sie glücklich zu sein hätten. In reale Politik übersetzt bedeutet dies: einerseits Förderung von Erhalt und Wachsen der persönlichen Zufriedenheit und Gelassenheit, Geborgenheit in der Familie, Spiritualität, Religion, von kultureller Identität und gesunder Umwelt. Andererseits Maßnahmen, die den materiellen Wohlstand mehren. Letzteres durchaus über eine Steigerung des „Bruttosozialprodukts“ zur Entwicklung des Landes. Dies ist aber nicht Selbst- oder Hauptzweck, es dient vor allen nicht dem Fetisch Wachstum, dem steigenden Konsum um jeden Preis wie in den westlichen Wirtschaftsmodellen, die auch den meisten Entwicklungsländern übergestülpt werden. Der Kern des bhutanischen Konzepts ist vielmehr das Gleichgewicht von nicht-ökonomischen und ökonomischen Zielen der Entwicklung unter Vorrang des „Bruttosozialglücks“.

Das geschieht über die sogenannten „vier Säulen“: Nachhaltige und gerechte sozio-ökonomische Entwicklung; Erhaltung der Umwelt; Bewahrung und Förderung der Kultur; gute Regierungsführung (good governance). Letzterer wird größte Bedeutung beigemessen, denn ohne sie können die anderen Ziele des Bruttosozialglücks nicht realisiert werden. Um die notwendigen Indikatoren für das Erreichen dieses Staatsziels zu definieren, wurde das Volk in einer Fragebogenaktion zu den neun wichtigsten Teilgebieten befragt, die für die individuelle Lebenszufriedenheit von Bedeutung sind: 1) seelisches Wohlbefinden, 2) eigene Gesundheit, 3) eigene Bildung, 4) Verhältnis Arbeitszeit zu Freizeit, 5) kulturelle Eingebundenheit und Bedeutung der Tradition, 6) Bewertung der Regierungsarbeit, 7) Gemeinschafts- und Familienleben, 8) Bewertung der Umweltsituation, 9) Lebensstandard und Einkommen. Die statistischen Indikatoren sollen evidenzbegründete Politikentscheidungen ermöglichen. Zur Umsetzung hat Premierminister Thinley eine Art Super-Ministerium eingesetzt, die „Bruttosozialglück-Kommission“. Sie überprüft alle Gesetzesvorhaben und die Maßnahmen der Ministerien auf ihre Vereinbarkeit mit der Maxime.

König Jigme war seinerzeit klar, dass die Modernisierung seines Landes unvermeidlich ist. Sie sollte aber nicht allein über die westlichen Entwicklungsmodelle der Mehrung des materiellen Wohlstands um jeden Preis angestrebt werden, sondern nur über eine Verknüpfung zweier Säulen: einerseits des spirituellen Lebens auf der Basis der religiösen Tradition und der Kultur, andererseits eines gemäßigten, angepassten wirtschaftlichen Wachstums mit Anhebung des Lebensstandards. Die Mehrung des Bruttosozialprodukts hat dabei eine wichtige, aber dienende Rolle zu spielen.

www.grossnationalhappiness.com
www.gnhc.gov.bt

Dass grünes Wirtschaftswachstum kein Allheilmittel ist, beschreibt die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (S. 106):

„Vor der Gefahr, von Rebound- und Wachstumseffekten überholt zu werden, ist auch das Konzept einer ökologischen Industriepolitik nicht gefeit. Es setzt darauf, (...) dass über massive Investitionen in Effizienzmärkte und eine erneuerbare Energie- und Stoffwirtschaft auch neue Wachstumschancen winken. Das macht einzelwirtschaftlich Sinn, wie heute schon an erfolgreichen Windkraft- und Solarunternehmen ablesbar ist und wird noch zutreffender, wenn die ökologisch motivierte Nachfrage auch auf andere Märkte übergreift. (...)“

Die erhoffte Verringerung der Ressourcenströme wird aber nur eintreten, wenn fünf Bedingungen gegeben sind, die sich für das gegenwärtige Wachstumsdenken schwer erfüllen lassen:

1. Öko-Technologien wie Pflanzentreibstoffe oder ultraleichte Werkstoffe dürfen nicht Probleme von einem Medium auf ein anderes verschieben, also die Biodiversität beschädigen oder einen erhöhten Metallbedarf erfordern.
2. Öko-Innovationen dürfen nicht mehr Ressourcenflüsse auslösen, als sie einsparen, etwa indem die alten Motoren und Maschinen zu rasch ausgemustert werden und damit ein sprunghafter Neubedarf an Ressourcen entsteht.
3. Jenseits von ökoorientierten Neuerungen dürfen Innovationen wie sensorgesteuerte Haushaltsgeräte oder sparsame Beleuchtungskörper nicht bei Verbrauchern eine Nachfrage nach zusätzlichen Produkten schaffen und durch den Mengeneffekt die Einsparung aufheben.
4. Wenn Technologien wie emissionsarme Kraftwerke oder elektronisch gesteuerte Antriebe Einsparungen generieren, die dann in wenig ökologische Wachstumsbranchen investiert werden, ist kaum etwas gewonnen.
5. Wenn die Einführung von Solarkraftwerken und Hybridautos nicht begleitet wird von einem Rückbau an fossilen und verbrauchsintensiven Wirtschaftsstrukturen, kommt es nur zu einer Aufblähung der Wirtschaft. Es gibt dann eine Differenzierung des Produktangebots um zusätzliche ökologische Varianten, was aber eine ressourcenleichte Wirtschaft nicht näher bringt.“

Der Deutsche Bundestag und das Glück

Ein Interview mit Daniela Kolbe, Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, die der EED gemeinsam mit „Brot für die Welt“ und dem BUND herausgegeben hat, heißt es, zumindest für die Industrieländer seien die Zeiten vorbei, in denen Wirtschaftswachstum ein besseres Leben verhielt. Ist diese Kommission der erste Schritt der deutschen Politik in die Post-Wachstumsgesellschaft?

Ich denke nicht, dass die Kommission mehrheitlich eine Gesellschaft ohne Wachstum anstrebt. Wir wollen aber, dass die Politik zur Kenntnis nimmt, dass quantitatives Wachstum nicht automatisch zu einem qualitativ besseren Leben für die Menschen führt. Vielmehr müssen wir andere Aspekte deutlich stärker in den Fokus nehmen: Nachhaltigkeit, unseren Umgang mit der Natur, Verteilung von Einkommen und Reichtum sowie Zugang zu Bildung, um nur einige wenige zu nennen.

Wirtschaftswachstum ist das eine, den Wohlstand gerecht verteilen das andere. Offensichtlich ist es in den letzten Jahren trotz eines teils erheblichen Wirtschaftswachstums nicht gelungen, die Armut in Deutschland zu beseitigen. Im Gegenteil: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, Kinderarmut nimmt in erschreckendem Ausmaß zu. Was heißt das aus Ihrer Sicht für eine Gesellschaft, für die Wachstum in Zukunft nicht mehr so wichtig ist?

Ich stimme Ihnen zu. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auseinander. Die Frage, die sich anschließt, ist doch: Ist nicht das Auseinandergehen von Arm und Reich mit dafür verantwortlich, dass immer mehr Menschen trotz Wirtschaftswachstums den Eindruck haben, dass dieses Wachstum auf ihr Leben keinen positiven Einfluss hat? Diesem Thema müssen wir uns stellen und Maßnahmen ergreifen, die dem Auseinanderdriften von Arm und Reich entgegenwirken. Denn Wachstum führt nicht automatisch zu Wohlstand für alle. Und darum müssen wir uns ebenso dringend der Frage widmen, wie unsere Sozialsysteme zukunftsfest werden und nicht wie derzeit sehr stark auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind. Solche Fragen gehören zur Sicherung von Wohlstand ebenso wie eine florierende Wirtschaft.

Nun ist Deutschland keine Insel. Verzichten wir hier auf Wirtschaftswachstum, würden vermutlich viele Produzenten in anderen Teilen der Welt ihre Absatzmärkte verlieren. Andererseits könnte man daraus Hoffnung schöpfen, etwa mit Blick auf unmenschliche Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern oder auf ein Ende der deutschen Exportpolitik, die in vielen Ländern Armut verschärft, indem sie einheimische Produzenten vom Markt drängt. Inwieweit glauben Sie, wird es der Kommission gelingen, diese globale Dimension in den Blick zu nehmen?

Noch einmal: Wir arbeiten nicht auf eine Gesellschaft ohne Wachstum hin, aber wir wollen qualitatives Wachstum, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schont und zu mehr Lebensqualität führt. Und diese Frage können wir in der Tat

Gesucht: Die neue Maßeinheit für eine gelingende Gesellschaft

Die Stiglitz-Kommission

Im Februar 2008 beauftragte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy den Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz eine Kommission zu bilden, die drei Aufgaben hatte: Die Grenzen des Bruttonationaleinkommens als statistisches Maß für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu identifizieren, zusätzliche Indikatoren zur Messung sozialen Fortschritts vorzuschlagen und die Machbarkeit alternativer Messinstrumente zu untersuchen.

Zu den Erkenntnissen gehört die Notwendigkeit eines Perspektivwechsels: Weg von der ökonomischen Produktion hin zu menschlichem Wohlergehen. Dabei ist menschliches Wohlergehen multidimensional, neben Einkommen spielen Gesundheit, Bildung, Umwelt, die soziale und politische Ordnung eine Rolle. Nicht-marktbezogene Aktivitäten sollten stärker berücksichtigt werden. Einkommen und Konsum der Haushalte, so das Ergebnis der Stiglitz-Kommission, sollten stärker in den Blick genommen werden als die Produktionsausgaben einer Volkswirtschaft, die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen dürfe nicht vernachlässigt werden. www.stiglitz-sen-fitoussi.fr

Die EU-Kommission: GDP and beyond

Reicht das Bruttonationaleinkommen als Maßstab für Wohlstand oder benötigen wir mehr? Diese Frage stellte sich die EU-Kommission und die Antwort lautete: Wir benötigen mehr.

Fünf Vorschläge enthält eine 2009 veröffentlichte Mitteilung der Kommission, wie die Messung des Wohlstandes durch den Indikator Bruttonationaleinkommen künftig erweitert werden sollte. Erstens soll ein umfassender Umweltindex (wie Klimawandel, Artenvielfalt, Ressourcenverbrauch) sowie ein Index für Lebensqualität und Wohlergehen erstellt werden. Zweitens sollen die Daten in „Beinahe-Echtzeit“ zur Verfügung stehen, um politische Entscheidungen besser auf aktuelle Entwicklungen abstimmen zu können. Drittens sollte eine genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten erfolgen. Viertens sollte ein europäischer Anzeiger für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet werden und schließlich sollen fünftens ökologische und soziale Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einbezogen werden. Damit soll erreicht werden, Indikatoren bereitzustellen, die wirklich das leisten können, was die Menschen von ihnen erwarten, die also den Fortschritt bei der nachhaltigen Verwirklichung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ziele messen. www.beyond-gdp.eu

nur global beantworten: Wir haben nur eine Erde und diese hat nun mal nur begrenzte Ressourcen. Gleichzeitig haben Schwellen- und Entwicklungsländer ein sehr berechtigtes Interesse daran, wirtschaftlich zu wachsen, um den eigenen Bevölkerungen bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. Wenn aber schon jetzt der globale ökologische Fußabdruck größer ist, als es die Regenerationsfähigkeit unseres Planeten erlaubt, wir also schon jetzt von der Substanz leben, dann müssen wir unseren Ressourcen- und Naturverbrauch senken. Wachstum und Ressourcenverbrauch müssen wir also absolut voneinander entkoppeln.

Wen meinen Sie in diesem Zusammenhang mit „wir“ – „uns“ im Norden oder „die“ in den Schwellen- und Entwicklungsländern?

„Wir“ sind die in den frühindustrialisierten Staaten. Bei uns gab es in der Vergangenheit Wachstum, das zu großem materiellen Wohlstand geführt hat. Zu sagen, diese Chance dürfen die Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht haben, fände ich absurd und menschenverachtend. Wir haben aber ein Interesse daran, dass sie andere Wachstumspfade nehmen, als wir das in der Vergangenheit getan haben und tun konnten. Dafür müssen diese anderen, saubereren Wachstumspfade vorhanden sein und wir – im Norden – können dafür durch unsere eigene Entwicklung Impulse setzen und diese technischen Möglichkeiten entwickeln und als Vorreiter auch selber anwenden.

Entkoppelung ist eines der Zauberwörter in der Debatte, also mehr Wirtschaftswachstum bei niedrigerem Umweltverbrauch. Viele Stimmen in Kirchen, bei Nichtregierungsorganisationen und aus der Wissenschaft sind da skeptisch. Sie fordern Suffizienz, also tatsächlich einen Verzicht auf materiellen Konsum. Diese Forderung ist jedoch nicht sonderlich populär. Glauben Sie, dass ausgerechnet die Politik den Menschen klar machen kann, dass zumindest ein bisschen Verzicht angesagt ist?

Schwierig. Auch wenn unser Land vergleichsweise reich ist, ist der Lebensstandard doch sehr unterschiedlich verteilt. So sind heute allein in Deutschland über 12 Millionen Menschen von Armut bedroht. Ihnen können wir nicht noch mehr Verzicht abverlangen. Meiner persönlichen Meinung nach ist ein solcher Appell auch nicht in erster Linie die Aufgabe von Politik. Politik kann aber indirekt Preise bestimmen und über Gesetze Rahmenbedingungen vorgeben. Veränderungen in persönlichen Lebensstilen kann Politik aber nur sehr indirekt über Anreizsysteme und gesellschaftliche Debatten herbeiführen. Ob der Aufruf zum generellen Konsumverzicht das Mittel der Wahl der Enquete-Kommission sein sollte – da bin ich anderer Auffassung.

Was ist denn das Mittel der Wahl der Kommission?

Ich sehe zwei Probleme beim generellen Konsumverzicht: Zum einen greift man in das Leben von Menschen ein und wirkt belehrend. Das ist nicht die Aufgabe von Politik. Zum anderen trifft die Aufforderung, den Gürtel enger zu schnallen, Menschen sehr unterschiedlich. Das finde ich bei Menschen, die eh schon wenig haben, sozial nicht vertretbar. Es ist eine Frage der politischen Steuerung, also etwa des Steuersystems, der Investitions- und Strukturpolitik, des Ordnungsrechts oder von Anreizmaßnahmen für privates Handeln. In der Kommission werden wir ab 2012 darüber sprechen, welche Politikinstrumente wir zur Verfügung haben und welche wir nutzen wollen.

Theorie und Praxis ...

... **Öl:** Im Februar 2011 hat die OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder) ihre Prognose über das Wachstum der weltweiten Ölnachfrage für das laufende Jahr angehoben. Man geht nun von einem täglichen Bedarf von 87,7 Millionen Barrel Erdöl aus. Das sind 1,4 Millionen Barrel mehr als 2010, und schon da war die Ölnachfrage um 1,8 Millionen Barrel höher als 2009. Das zu erwartende Weltwirtschaftswachstum von 3,9 Prozent ist die Grundlage der Prognosen, in 2010 sollen es 4,5 Prozent gewesen sein. Das ist ein klarer Widerspruch zu der Annahme, Wirtschaftswachstum sei vom Energieverbrauch abzukoppeln. Wer nun auf China und seinen Wachstumshunger als Verantwortlichen verweisen möchte: Ein Drittel der chinesischen Emissionen gehen auf das Konto von Produkten, die exportiert werden.

... **Fliegen:** Was schätzen Sie, in welchem Jahr bisher am meisten geflogen wurde? Antwort: 2010. Vulkanasche aus Island, wirtschaftliche Unsicherheit, öffentliche Diskussionen um Umweltzerstörung, Klimawandel oder Schneechaos im Dezember konnten daran nichts ändern. Noch nie sind so viele Menschen von deutschen Flughäfen aus in die Luft gegangen – laut Statistischem Bundesamt 167 Millionen Passagiere auf den 26 großen Flughäfen.

... **Fleisch:** Sie verzehren im Jahr rund 88 Kilogramm Fleisch, sagt das Statistische Bundesamt. In Deutschland wurden im Jahr 2010 acht Millionen Tonnen Fleisch für 81,7 Millionen Deutsche produziert. Macht knapp 100 Kilogramm pro Kopf, ein neuer deutscher Rekord. Die Differenz zu den 88 Kilogramm wurde zu Dumpingpreisen exportiert. Im Vergleich: 1980 konsumierte der/die durchschnittliche Deutsche 30 Kilogramm Fleisch und Wurst pro Jahr. War er oder sie hungriger, weniger zufrieden, litt unter Mangelernährung? Es darf bezweifelt werden. Die gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Kommission sagt in ihrer Studie zwar nichts über die Relation zwischen (Fleisch)Konsum und menschlichem Wohlbefinden, wohl aber etwas zu dessen Auswirkungen auf die Umwelt: Mit der Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern verursacht die Landwirtschaft 12,8 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU. Eingerechnet sind das im Pansen entstehende Methan, das die Wiederkäuer mehrmals in der Minute von sich geben; Treibhausgase, die bei der Produktion von Mineraldüngern und Pestiziden für den Anbau von Futterpflanzen entstehen; Kohlendioxid, das durch Waldrodungen für den Anbau von Soja als Futtermittel in Brasilien freigesetzt wird. Wer mal etwas anderes versuchen möchte, findet bei der Initiative „Halbzeitvegetarier“ (www.halbzeitvegetarier.de) Anregungen: Menschen tun sich in Tandems zusammen und reduzieren gemeinsam ihren Fleisch- beziehungsweise Fischkonsum.

Was dürfen wir Bürgerinnen und Bürger von dieser Kommission erwarten?

Realistischerweise kann man erwarten, dass Politik umsteuert und sich selbst einen neuen Nordstern verpasst, denn bisher war sie zu sehr am Bruttoinlandsprodukt orientiert und hat es als Wohlstandsindikator missverstanden. Ich erwarte mir konkrete Politikansätze, wie wir zu nachhaltigem Wachstum kommen. Aus meiner Sicht sind wir an einer Epochenwende angekommen, die Zeit fossilen Wirtschaftens ist ein Auslaufmodell und möglicherweise befinden wir uns an einem Punkt, an dem wir gesellschaftlichen Fortschritt anfangen, in einer anderen Art zu definieren.

Eine letzte Frage: Wie kommt es, dass unter den 17 berufenen Sachverständigen der Kommission nicht eine einzige Frau ist?

Die Kommission besteht aus insgesamt 34 Mitgliedern, 17 Mitgliedern des Bundestages, darunter mehrheitlich Frauen, und 17 externen Sachverständigen. Und in der Tat befinden sich darunter keine Frauen. Das liegt daran, dass die fünf Fraktionen jeweils für sich Sachverständige benennen konnten. Fünf Fraktionen haben jeweils aber nur Männer berufen. Das wurde und wird zu Recht kritisiert. Für die Zukunft brauchen wir auch bei einer solchen souveränen Benennung durch die Fraktionen einen Abstimmungsmodus, damit das nicht noch einmal passiert.

Die Fragen stellte Julia Steffen, Bildungsreferentin „Zukunftsfähiges Deutschland“ (EED)

www.bundestag.de > Der Bundestag > Ausschüsse > Weitere Gremien > Enquete-Kommissionen

Telefon: 030 227 37372, enquete.wachstum@bundestag.de

Weniger konsumieren tut nicht weh?! Millenniumsziele für Reiche

Der srilankesische Professor Mohan Munasinghe, der 2007 als Vizepräsident des Weltklimarates zu den Trägern des Friedensnobelpreises gehörte, fordert Millenniumsziele für Reiche (MCGs – Millennium Consumption Goals). Diese könnten die Millenniumsziele der UNO (MDGs – Millennium Development Goals), die vorwiegend die armen Staaten zur Armutsbekämpfung verpflichten, ergänzen: „Statt die Reichen als ein Problem zu sehen, sollten sie überzeugt werden, zur Lösung beizutragen.“ Bei 1,4 Milliarden Menschen, den reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung, die über 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen und 75 Prozent der Emissionen verursachen – und damit 60-mal mehr als die ärmsten 20 Prozent – ein mindestens rechnerisch reizvoller Gedanke. Den Vorstoß, den Munasinghe in die Vorbereitung der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012 in Brasilien (auch Rio+20 genannt) eingebracht hat, definiert eine bisher in dieser Form selten benannte Gruppe, jenseits von Ländern und Kontinenten: die Reichen, „die sowohl in entwickelten Ländern wie Entwicklungsländern leben... So wird die Gefahr einer Blockade wegen nationaler Eigeninteressen reduziert.“ Obwohl Munasinghe auch die Notwendigkeit eines Wertewandels beschreibt, liegt sein Fokus auf der Marktmacht der Konsumierenden: „Indem man das Verhalten einer großen Anzahl von Haushalten beeinflusst, schafft man das Potential für schnellere Resultate, verglichen mit dem top-down politischen Prozesse und großen, langfristigen industriellen Investitionen. Außerdem mobilisiert, stärkt und verknüpft man so nachhaltige Konsumenten und Produzenten in einem Kreislauf, der schnell um sich greifen könnte.“

Es ist anzunehmen, dass die meisten Menschen in Deutschland zu den Reichen gehören, die Munasinghe vor Augen hat, wenn er eine Änderung der Konsummuster fordert (etwa Energiesparlampen nutzen, Wäsche bei niedrigerer Temperatur waschen, weniger Fleisch essen oder ein kraftstoffsparendes Auto fahren), um so „geschäftliche Innovationen in Produktion und Kauf von kohlenstoffarmen Angeboten zu stimulieren und Politiker zu ermuntern, radikale Schritte in Richtung einer kohlenstoffärmeren Welt einzuleiten“. Wir Konsumierenden sollen also durch unser Kaufverhalten und Politik dazu bringen, uns zu folgen.

www.millenniumconsumptiongoals.org

Wie kann man Fortschritt messen?

Allein mit dem **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** geht es nicht. Kosten für chronische Krankheiten steigern das BIP ebenso wie Sondermülldeponien oder Kriminalitätsfolgekosten. Auch die Beseitigung von Unfällen und Katastrophen steigern das BIP. Außerdem sagt das BIP nichts über „Leistungen ohne Preis“ wie Hausarbeit, Betreuung und Pflege und auch nichts über die Verteilung des Wohlstandes aus.

Ein erster Korrekturversuch war das Maßsystem für ökonomischen Wohlstand (**Measure of Economic Welfare – MEW**). Es zog vom BIP die für den Wohlstand bedeutungslosen oder schädlichen Bereiche ab und ergänzte vernachlässigte Bereiche. Der Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand (**Index of Sustainable Economic Welfare – ISEW**) berücksichtigt zusätzlich soziale Ungleichheit und den Schwund ökologischer Ressourcen. Weiterentwickelt zu einem „echten Fortschrittsindikator“ (**Genuine Progress Indicator – GPI**) wurden weitere soziale Faktoren wie Kriminalität, Scheidungen und Verschuldung mit eingerechnet.

Der **Nationale Wohlfahrtsindex (NWI)** verrechnet das BIP mit insgesamt 21 für wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung relevanten Bereichen. Berücksichtigt werden etwa die Einkommensverteilung, der Wert von Hausarbeit und ehrenamtlicher Arbeit sowie Investitionen in Gesundheit und Bildung. Abgezogen werden Kosten für Verkehrsunfälle, Kriminalität, alkoholassoziierte Krankheiten sowie verschiedene Umweltschäden.

Die Vereinten Nationen erheben den Index menschlicher Entwicklung (**Human Development Index – HDI**). Dabei wird das BIP pro Kopf mit Lebenserwartung und Bildungsniveau verrechnet. Der HDI bildet Fortschritt zwar weit besser ab als das BIP. Doch auch beim HDI fehlen wichtige Aspekte wie ökologische Verträglichkeit oder politische Freiheit. Die Vereinten Nationen entwickeln den HDI weiter und diskutieren zum Beispiel die Verrechnung mit dem ökologischen Fußabdruck.

Weiter geht da bereits der **Happy Planet Index (HPI)**, entwickelt von einem britischen „think-and-do-tank“ new economics foundation (nef). Er verrechnet glückliche Lebensjahre (Lebenszufriedenheit und Lebenserwartung) mit dem ökologischen Fußabdruck. Der HPI spielt politisch keine große Rolle und hat auch seine Schwächen, da er etwa politischen und sozialen Fortschritt nicht gut abbildet. Er verdeutlicht aber sehr gut, dass es darauf ankommt, mit möglichst wenig Umweltverbrauch möglichst viel Wohlstand im Sinne von Wohlbefinden zu erzeugen. Den ersten Platz belegt dabei Costa Rica. Deutschland landet auf Platz 51.

Ethisches Investment: Geht Geld vermehren auch anders?

Wer nach ethischen Kriterien Geld anlegt, schaut nicht nur auf die Renditeaussichten, das Risiko und die Verfügbarkeit, sondern möchte, dass bei der Anlage auch die eigenen Werte eine Rolle spielen. Dafür gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Ich kann eine Auswahl treffen und parallel zum ethischen Konsum bestimmte Anlageprodukte (Aktien, Anleihen, Sparbriefe, Investmentfonds, Lebensversicherungen, Riester-Renten-Policen) meiden und andere bevorzugen. Oder ich kann meine Macht als Geldgeber nutzen, um Einfluss zu nehmen und meinen Werten Geltung zu verschaffen. Letzteres wird Engagement oder aktives Aktionärstum genannt und funktioniert umso besser, je größer das Kapital ist, das ich in die Waagschale werfen kann. Darum ist Engagement auch eher für institutionelle Anleger oder Zusammenschlüsse kleinerer Anleger geeignet.

Ethisches Investment im engeren Sinn heißt also, mit meinem Geld die Vorhaben zu finanzieren, die meinen Wertvorstellungen entsprechen. Dabei kann ich zwei Ansätze verfolgen, den absoluten und den relativen. Beim absoluten Ansatz werden ganze Branchen wie die Tabak- oder die Rüstungsindustrie und die Anleihen bestimmter Staaten (in denen zum Beispiel die Todesstrafe gilt) außen vor gelassen und/oder es wird eine positive Auswahl getroffen und gezielt investiert, etwa in erneuerbare Energien oder in Staatsanleihen eines Landes, dessen Politik ich für unterstützenswert halte. Beim relativen Ansatz kommen grundsätzlich alle Wertpapieremittenten in Betracht, aber es werden nur diejenigen ausgewählt, die nach mir wichtigen Kriterien beurteilt am besten abschneiden. So viel zum Ethischen.

Nun zum Investment: Geld investieren heißt, es nicht gegenwarts-, sondern zukunftsorientiert auszugeben. Ich verzichte jetzt auf die Nutzung meines Geldes in der Erwartung, später Gewinne oder Einnahmen damit zu erzielen. Weil die Zukunft unsicher ist, muss die Chance eines Gewinns höher sein als die Chance eines Verlusts, um mich zum Konsumverzicht und zur Investition meines Geldes zu bewegen. Da

das für alle Anleger gilt, muss die Häufigkeit des Gewinns stets größer sein als die Häufigkeit des Verlusts. Das ist nur dann der Fall, wenn die Summe aller Gewinne größer ist als die Summe aller Verluste. Ein positiver Gewinnsaldo setzt eine wachsende Wirtschaft und ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt voraus. Hans Christoph Binswanger hat in seinem Buch „Die Wachstumsspirale“¹ auf überzeugende Weise gezeigt, dass unser auf Investition und Kredit beruhendes Geld- und Wirtschaftssystem aus diesem Grund einem Wachstumszwang unterliegt. Auch ethisch motivierte Geldanlagen sind wie alle anderen Investments Teil dieses Systems.

Aber gerade weil sie systemimmanent sind, haben sie das Potential, das System von innen heraus zu lenken. Ethisches Investment setzt da an, wo der Effekt am größten ist: an den Finanzmärkten nämlich, da, wo das Kapital zirkuliert und gehandelt wird. Ab einer bestimmten Größenordnung vermag es dort ganz konkret die Rekapitalisierungskosten von unethisch handelnden Unternehmen, Ländern und Organisationen zu erhöhen, also dort wirksam zu werden, wo es am meisten wehtut. Auf die Weise kann etwa der ökologisch wünschenswerte Strukturwandel als eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung mit ganz anderer Wirkung gefördert werden als nur durch Forderungen von außen.

Eine nicht zu unterschätzende Wirkung entfaltet das ethische Investment aber auch in den Köpfen der Anleger, indem es ein unreflektiertes und oftmals ungebremstes Streben nach Rendite durch ethische Zielsetzungen in Schach hält. Problematisch ist nämlich weniger die Tatsache, dass Investoren überhaupt Gewinne erwarten, als die Höhe der Gewinnerwartung. Dieses Streben nach Gewinnmaximierung steht hinter dem Wachstumsdrang, den Binswanger neben dem Wachstumszwang als weiteren Motor der von ihm als hochproblematisch angesehenen Wachstumsspirale ausgemacht hat. Hier kann durch Ethisches Investment angesetzt werden, um die Erwartungen zu dämpfen und damit zumindest den Wachstumsdrang zu zügeln.



Dr. Karin Bassler
Referentin für Finanzmarkt-
ordnung und Ethische Geld-
anlagen bei „Brot für die Welt“

¹ Hans Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses Marburg 2006

Mit Emissionen handeln: Licht und Schatten



Richard Brand
Entwicklungspolitischer
Referent für Klima und Energie
beim Evangelischen
Entwicklungsdienst (EED)

Wirtschaft ist energieabhängig. Solange wirtschaftliche Aktivität auf fossilen Energiequellen basiert, hängt die Frage, welche wirtschaftlichen Entwicklungen möglich sind, davon ab, wie viel Treibhausgase emittiert werden können. Hier setzt der Handel mit Emissionsrechten an.

I: Der EU-Emissionshandel

Die Europäische Union hat als erste große Wirtschaftsregion ein marktwirtschaftliches Instrument des Emissionshandels, das sogenannte europäische Emission Trading System (ETS) eingeführt. Das ETS ist das wichtigste Klimaschutzinstrument der Europäischen Union. Es verbindet die Festlegung einer erlaubten Emissionsmenge (englisch: cap) mit dem Instrument des Handels von Emissionszertifikaten (trade) zwischen den beteiligten Unternehmen. Es wird daher vom Prinzip des Cap&Trade gesprochen.

Nachdem ein Cap verbindlich festgelegt ist, wird diese Emissionsmenge auf die betroffenen Sektoren, also auf die Teilnehmer des ETS (derzeit vor allem Energieversorgung, Industrie) aufgeteilt. Die Grundidee ist, weniger Emissionsberechtigungen auszugeben, als die Unternehmen benötigen, um damit eine Knappheitssituation und einen Preis für CO₂ zu schaffen. Die Unternehmen können ihre Deckungslücke ausgleichen, indem sie Emissionszertifikate kaufen und/oder technische Minderungsmaßnahmen durchführen. Sollten eigene Maßnahmen teurer als der aktuelle CO₂-Marktpreis sein, werden Zertifikate gekauft. Unternehmen, die effizient wirtschaften, können durch den Verkauf nicht genutzter Zertifikate zusätzliche Einnahmen erzielen. Volkswirtschaftlich werden die geforderten Emissionsminderungen dort erzielt, wo mit geringsten Vermeidungskosten die höchsten Reduktionen erzielt werden. In der ökonomischen Theorie gilt der Emissionshandel als effizienter als fiskalische (CO₂-Steuer) oder ordnungsrechtliche Ansätze (Grenzwerte, Verbote). Ob dies tatsächlich in der Praxis gilt, hängt davon ab, wie die Rahmenbedingungen gestaltet werden.

Das ETS trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Das Gesamtbudget (Cap) wurde auf 2190,8 Mio.

Tonnen (Mt) CO₂ pro Jahr festgelegt. Da die Obergrenze sehr hoch angesetzt wurde und einzelne Länder mehr Zertifikate ausgegeben hatten, als eigentlich benötigt wurden, kam es zunächst zu einem starken Preisverfall. Da die ausgegebenen Zertifikate den Unternehmen überwiegend kostenlos zugeteilt wurden, war die Anreiz- und Lenkungswirkung des ETS zunächst gering. Die Unternehmen realisierten vielmehr „Windfall Profits“. Konkret wurde beispielsweise den großen Energieversorgungsunternehmen vorgeworfen, dass sie zukünftig angenommene Preise für CO₂-Zertifikate schon als tatsächliche Kosten an den Endverbraucher überwälzten, obwohl sie ihre Zertifikate in der ersten Phase kostenlos erhalten hatten.

Die zweite Phase (2008-2012) ist zeitlich identisch mit der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls, das die Reduktion von Treibhausgasen für die Industrieländer verbindlich regelt. Die EU hat zugesagt, ihre Emissionen in diesem Zeitraum um acht Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu verringern. Deutschland hat sich im Rahmen der EU-Lastenteilung verpflichtet, im gleichen Zeitraum insgesamt 21 Prozent weniger klimaschädliche Gase zu produzieren. Ein Teil der Zertifikate wird versteigert. Die Erlöse von ca. 400 Millionen Euro pro Jahr fließen in die Klimaschutzinitiative der Bundesregierung, mit der im In- und Ausland Klimaschutzprojekte gefördert werden.

In der dritten Handelsperiode (2013-2020) soll allmählich ein höherer Anteil versteigert werden. Für energieintensive Wirtschaftszweige gelten zunächst noch Ausnahmeregelungen, die später auslaufen sollen. Die EU hat die Obergrenze bei 2039 Mt für das Jahr 2013 festgelegt, die dann jährlich kontinuierlich sinken soll. Ab 2012 wird der Flugverkehr in den Emissionshandel integriert. Chemische Industrie, die Aluminiumindustrie und später möglichst auch Schiffsverkehr sollen folgen.

Die Kritik bezieht sich vor allem auf die kostenlose Zuteilung der Zertifikate und die zu hoch angesetzten Obergrenzen. Außerdem können regionale Emissionshandelssysteme dazu führen, dass der Treibhausgasausstoß teilweise in andere Regionen verlagert wird, in denen die Umweltschutzbestimmungen geringer sind.

II: Emissionshandel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Das Kyoto-Protokoll erlaubt als „Flexible Mechanismen“ neben dem Emissionshandel auch projektbezogene Instrumente. In Staaten, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert, aber keine eigenen Minderungsverpflichtungen haben, können im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) Minderungsprojekte realisiert werden. Industrieländer oder private Akteure aus Industrieländern können, statt die Emissionen im eigenen Land zu mindern, Projekte in Drittstaaten durchführen oder finanzieren. Für dabei realisierte CO₂-Einsparungen werden Minderungszertifikate (Certified Emission Reductions – CER) ausgestellt, die auf die Verpflichtungen im europäischen Emissionshandel anrechenbar sind. Der CDM ist ein Null-Summen-Spiel, jede in einem solchen Projekt eingesparte Tonne in Entwicklungsländern wird auf die Reduktionsbeiträge der Industrieländer angerechnet, die dies finanziert haben. Die CDM-Emissionszertifikate erhöhen die Gesamtmenge der zur Verfügung stehenden Zertifikate im ETS.

Zur Begründung des CDM wird auf Effizienz verwiesen. Der klimapolitische und ökonomische Ansatz lautet: In Entwicklungs- und Schwellenländern wird Energie häufig ineffizient eingesetzt, es bestehen hohe Einsparpotenziale. Mit den gleichen finanziellen Mitteln kann ein größerer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden im Vergleich zu Industrieländern oder in hocheffizient arbeitenden Sektoren. Gleichzeitig trägt der CDM zum Technologie- und Finanztransfer bei und soll nachhaltige Entwicklungsprozesse fördern. So weit die Theorie.

In der Realität zeigt sich allerdings, dass der CDM-Mechanismus zahlreiche Schwachstellen aufweist. Der Beitrag zum globalen Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung ist bei vielen Projekten zweifelhaft. Ein Kriterium des CDM, die Zusätzlichkeit, wird häufig ignoriert. Zusätzlichkeit erfordert den Nachweis, dass das Projekt ohne die CDM-Gelder nicht stattgefunden hätte, da es wirtschaftlich nicht rentabel war. Die Aufnahme in den CDM bedeutet, dass global die Emissionen sogar steigen, denn der Käufer der Zertifikate verrin-

Emissionen ausgleichen mit Klima-Kollekte

Klima-Kollekte ist ein kirchlicher Kompensationsfonds, über den unvermeidbar anfallende Emissionen von Treibhausgasen ausgeglichen werden können. Der Fonds wird von den Gesellschaftern „Brot für die Welt“, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD), Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST Heidelberg) und Nordelbisches Missionszentrum (NMZ) getragen.

Nach dem Vermeiden und Reduzieren von Treibhausgasemissionen ist das Kompensieren die dritte Strategie, wie Organisationen, aber auch jede und jeder Einzelne, zum Schutz des Klimas beitragen können. Denn nicht alle Aktivitäten, die mit dem Ausstoß von Treibhausgasen verbunden sind, können – zumal kurzfristig – vollständig eingestellt werden.

Die Menge an Emissionen können unter www.klima-kollekte.de mit Hilfe des Online-Emissionsrechners in den Bereichen Mobilität, Strom- und Heizenergieverbrauch und für Veranstaltungen errechnet werden. Der Ausgleich der CO₂-Emissionen geschieht durch Klimaschutzprojekte der beteiligten kirchlichen Organisationen oder ihrer Partner

in Entwicklungsländern und Osteuropa.

Die Klimaschutzprojekte des Fonds entsprechen höchsten Standards. Größere Projekte in den Ländern des Südens werden nach dem strengen, international anerkannten „Gold-Standard“-Verfahren zertifiziert. Kleinstprojekte in Osteuropa und Entwicklungsländern werden in enger Anlehnung an diesen Standard durchgeführt.



Telefon 0228 / 81 01 23 31

info@klima-kollekte.de

gert seine Anstrengungen im eigenen Land. Aus einem Null-Summen-Ansatz wird somit global eine Erhöhung der Emissionen. Studien gehen zudem davon aus, dass etwa 20 Prozent der CDM-Projekte dem Kriterium der Zusätzlichkeit nicht entsprechen.

Auch der positive Beitrag zu einer nachhaltigen und armutsorientierten Entwicklung durch den CDM ist eingeschränkt. Da die meisten Projekte industrielle Großprojekte sind und nur ein Bruchteil im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz angesiedelt ist, sind die direkten Wirkungen auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung eher gering. In zahlreichen Fällen haben Großprojekte durch Vertreibungen der Bevölkerung und den Verlust der Landnutzung die sozialen Verhältnisse sogar verschlechtert. Es gibt in den betroffenen Ländern Proteste gegen CDM-Projekte.

Mit der Entwicklung des Gold-Standards durch Nichtregierungsorganisationen wurde ein Kriterienraster entwickelt, das die soziale und ökologische Integrität der Projekte deutlich erhöht. Der Gold-Standard wird beim CDM und im freiwilligen Kompensationshandel angewendet. Kriterien sind Zusätzlichkeit, Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz, nachhaltige Entwicklung sowie Partizipation der lokalen Bevölkerung. Damit wird sichergestellt, dass Kompensationsprojekte tatsächlich zu einer Reduktion von Treibhausgasen führen und tatsächlich die nachhaltige Entwicklung fördern. Zahlreiche Partner des EED, v.a. in Indien, entwickeln Projekte nach dem Gold-Standard. Der EED unterstützt diese Initiativen im Rahmen der internationalen Kooperation und durch den kirchlichen Kompensationsfonds „Klima-Kollekte“.

Umkehr zu einer Ethik des Genug



Oberkirchenrätin
Dr. Ruth Gütter
Referentin für Afrika
und Entwicklungspolitik
der Evangelischen Kirche
in Deutschland (EKD)

In den letzten dreißig Jahren kam der Widerstand gegen die Sünde der Gier und ungezügelter Wirtschaftswachstum vor allem aus den Reihen der Basisgruppen, die sich in den Kirchen in Deutschland, aber auch in der weltweiten Ökumene, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung einsetzten. Sie prangerten die lebenszerstörerischen Folgen eines nur auf Profit und Wachstum ausgerichteten Wirtschaftens für die Schöpfung und die Menschen an. Basisgruppen und kirchliche Werke führten zahlreiche Kampagnen zu den Ursachen von Hunger und Ungerechtigkeit und der Zerstörung der Schöpfung durch. Mit ihren Mahnungen und ihrem Ruf zur Umkehr fanden diese Akteure in den 80er und 90er Jahren zunehmend Gehör auf Kirchentagen und auch in den Gemeinden.

Besonders der Klimawandel und seine besorgniserregenden Auswirkungen, die immer mehr in allen Teilen der Welt spürbar werden, haben in den letzten zehn Jahren die Kirchen aufgerüttelt. Der aktuelle atomare GAU in Japan hat ebenfalls eine tiefe Erschütterung eines Glaubens an die Beherrschbarkeit von Technologien bewirkt, die für den Energiehunger von wachstumsorientierten Wirtschaftssystemen als unverzichtbar galten. Während Wachstumskritik bis vor wenigen Jahren noch Sache der kritischen Randgruppen war, ist diese nun im Zentrum der Kirchen angekommen. Nicht nur die EKD, sondern auch zahlreiche evangelische Landeskirchen und katholische Bistümer fordern angesichts von Klimawandel und Finanzkrise radikale und weitreichende Schritte der Umkehr in Gesellschaft und Kirche, die eine Abkehr vom Paradigma des Wachstums einschließt¹. In der EKD-Denkschrift zum Klimawandel von 2009 heißt es: „Wir bekennen, dass die Kirche als Teil der Gesellschaft in die Lebens- und Wirtschaftsweise verweben ist, die den Klimawandel mit verursacht hat und deshalb zu konkreten Schritten der Umkehr gerufen ist“². Die politische Schlussfolgerung

dieses Bekenntnisses lautet deshalb: „Das Wachstum, das in der Form der Wachstumsrate des realen, also preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes (BIP) zum vorherrschenden Ziel der Politik und der Wirtschaft geworden ist, ist als Leitziel einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Gesellschaft nicht geeignet“³. Zu ähnlichen Schlüssen kommen andere Verlautbarungen unterschiedlicher kirchlicher und ökumenischer Akteure und Gruppen. Es ist bemerkenswert, in welcher inhaltlichen Einmütigkeit und in welcher eindringlichen Sprache die verschiedenen Sozialgestalten der Kirchen in den vergangenen Jahren Stellung bezogen haben⁴.

Biblische Grundlagen

Das Bekenntnis zu Gott als dem Schöpfer allen Lebens und zur Schöpfungsverantwortung des Menschen sieht den Menschen als Gegenüber Gottes, der seinem Schöpfer gegenüber verantwortlich handeln soll und dem heilsame Grenzen gesetzt sind. Er trägt Verantwortung für das Bebauen und das Bewahren der Schöpfung (1. Mose 3,16). Das Staunen über die Schöpfung führt zu einer Haltung der Dankbarkeit, der Demut und der Achtung allen Lebens. Ein rücksichtsloses Streben nach grenzenlosem Wachstum ist mit einem solchen christlichen Menschen- und Weltbild nicht vereinbar, weil sich darin der Mensch selbst zum Gott macht, der für sich keine Grenzen akzeptiert.

Die Bibel beschreibt in vielen Geschichten die Versuchung des Menschen, sich in seiner Gier auf Kosten anderer zu bereichern. Um dem entgegenzutreten, gibt es die Gebote Gottes, wie das 10. Gebot „Du sollst nicht begehren, was deinem Nächsten gehört“ (2. Mose 20). Im Alten Testament wie auch im Neuen Testament findet sich vielmehr der Aufruf zum solidarischen Teilen und zur besonderen Parteinahme für die Armen. Besonders interessant im Hinblick auf ein zerstörerisches Wachstumsstreben sind hier die gesetzlichen alttestamentlichen Regelungen zum Sabbatjahr (2. Mose 23,10f), zum regelmäßigen Schuldenerlass (5. Mose 15) und zum Jubeljahr (3. Mose 25), bei denen die Besitzverhältnisse in regelmäßigen Abständen neu geregelt und korrigiert werden sollen.

Damit sollen zu große ökonomische Ungleichheiten und die Akkumulation von Reichtümern verhindert werden.

Jesus nimmt mit seiner ersten öffentlichen Predigt in Lukas 4,18-19 diese Vision auf, indem er den Armen und den Unterdrückten Befreiung zusagt und das Erlassjahr des Herrn ausruft. Er warnt in der Bergpredigt vor der Macht des „Mammon“, die sich nicht nur für die Armen, sondern auch für die Reichen lebenszerstörerisch auswirkt. Denn die Herrschaft der Gier führt nicht nur dazu, dass Menschen Gottes Schöpfung ausbeuten und ihren Mitmenschen das Notwendige zum Leben rauben, sondern dass sie auch ihre eigene Bestimmung – biblisch gesprochen ihre Seele – verlieren: „Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt und nimmt doch Schaden an seiner Seele“ (Lukas 9,25). Machtstreben und Gier sind also Mächte, die nicht nur das Zusammenleben der Menschen zerstören, sondern auch ihre eigene Würde und Bestimmung beschädigen.

Christen glauben daran, dass Christus gekommen ist, um die Welt aus dieser Macht zu befreien. Das hilft ihnen, ihre Fehler und Grenzen einzugestehen und neu anzufangen. Sie leben aus der Hoffnung und der Vision, dass ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden möglich ist, weil es ein Leben ist, wie Gott es für seine Erde bestimmt hat.

Ethik des Genug

Dieser Glaube, wenn er denn ernst genommen wird, hat Konsequenzen. So fordern die verschiedenen kirchlichen Stellungnahmen angesichts des Klimawandels zu einer umfassenden Umkehr im Denken und Handeln auf. Sie treten ein für eine „Ethik des Genug“⁵, die sich zum Beispiel in einem einfacheren, sozial und ökologisch verträglicheren Lebensstil, einem sparsamen Umgang mit Energie oder einem anderen Mobilitätsverhalten zeigt. Dabei geht es nicht primär um Verzicht, sondern vielmehr um

einen Gewinn an Lebensqualität, der darin besteht, sich von Verschwendung zu befreien. Es geht auch darum zu erkennen, dass Solidarität und Nächstenliebe nicht eine Einschränkung, sondern eine Bereicherung des Lebens darstellen. Eine „Ethik des Genug“ könnte so zu einer befreienden Vision für die Armen und die Reichen werden. Es geht darum, dass alle – auch die Armen – genug zum Leben haben. Und es geht darum, dass die Reichen es genug sein lassen können. Beides ist eine große Herausforderung. In der EKD-Denkschrift heißt es dazu: „Nur scheinbar geht es um Verzicht. Dem, der es sich an Gottes Gaben genug sein lässt, der sich nicht im Streben nach immer mehr verausgabt, wird ein neues und reicheres Leben verheißen“⁶. Der Prophet Jesaja sagt es so: „Brich dem Hungrigen dein Brot (...) Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte und deine Heilung wird schnell voranschreiten“ (Jesaja 58, 7-8).

1 In einer ökumenischen „Klimaplattform“ haben sich seit 2008 bisher 23 evangelische Landeskirchen, katholische Bistümer und kirchliche Werke zusammengeschlossen: www.klima-der-gerechtigkeit.de

2 EKD: Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, 2009, S. 20

3 ebd., S. 115

4 vgl. Verlautbarungen der EKD, der Klimaplattform, des Plädoyers für eine ökumenische Zukunft, den „Budapest Call“ der ÖRK-Konsultation 2010

5 s. Umkehr zum Leben, S.156

6 ebd., S. 156



Umkehr zum Leben
Rat der Evangelischen Kirche
in Deutschland

Ökumenische Impulse zur Diskussion über Wachstum



Pfarrer Dr. Konrad Raiser
Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) von 1993 bis 2003

In der ökumenischen Bewegung war und ist die Diskussion über wirtschaftliches Wachstum ein zentraler Teil des Ringens um ein gemeinsames Verständnis menschlicher Entwicklung. Während der Ersten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen herrschte auch in der ökumenischen Diskussion die Meinung vor, dass es mit koordinierter Planung, materieller Hilfe und dem Transfer von Technologie gelingen könne, in den Entwicklungsländern ein Wachstum wirtschaftlicher Produktivität anzuregen und so eine selbst tragende Entwicklung zu befördern. So heißt es im Bericht der Genfer Konferenz für Kirche und Gesellschaft 1966: „Die Kirchen sollten das wirtschaftliche Wachstum begrüßen; denn es hilft, die Menschen aus unnötiger Armut und wirtschaftlicher Unsicherheit zu befreien.“ Allerdings sollte Wirtschaftswachstum nicht unkritisch gesehen werden. Denn „eine Konzentration auf materiellen Fortschritt – in Nationen oder Familien – lässt die Menschen leicht die wahren Werte und Ziele des Lebens vergessen“.

Die vorrangige Konzentration auf Wirtschaftswachstum wurde bei der ökumenischen Konferenz zu Entwicklungsfragen in Montreux 1970 von dem indischen Ökonomen Samuel Parmar kritisch hinterfragt. Nach seiner Überzeugung lasse sich das Ziel einer selbst tragenden Entwicklung nur erreichen, wenn der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit Priorität eingeräumt werde. „Ich möchte sie als das übergreifende Ziel der Entwicklung herausstellen, dem die beiden anderen genannten wichtigen Ziele, nämlich Wirtschaftswachstum und Eigenständigkeit untergeordnet werden müssen.“ Eine hohe Wachstumsrate allein, so wichtig sie für die von Massenarmut und Bevölkerungsdruck betroffenen Länder ist, garantiert noch keine eigenständige Entwicklung; sie kann auch zur Ausbeutung der Vielen durch Wenige führen, wie die geschichtlichen Erfahrungen in den Industrienationen zeigen. Die von Parmar vertretene Unterordnung des Wirtschaftswachstums unter das Ziel der sozialen Gerechtigkeit wurde danach zum leitenden Maßstab für die weitere ökumenische Diskussion.

Wichtig wurde in den 70er Jahren die durch den Bericht des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ angeregte Diskussion über „sustainability“, d.h. die (Über-)Lebensfähigkeit menschlicher Gesellschaften angesichts der Belastung und drohenden Zerstörung des Ökosystems. Eine erste Auswertung findet sich im Bericht der Sektion VI der Vollversammlung in Nairobi, wo es heißt: „In den letzten Jahren ist das Entwicklungskonzept durch die Debatte über die Grenzen des Wachstums ernstlich in Frage gestellt worden. Während heute noch Uneinigkeit darüber herrscht, wann genau unsere natürlichen Ressourcen erschöpft sein werden und ob diese Gefahr unmittelbar bevorsteht, ist man sich darüber klar geworden, dass eine kleine, im Überfluss lebende Minderheit übertriebenen Gebrauch von den Ressourcen dieser Welt macht. Es hat sich ferner gezeigt, dass dem ‚Wachstum‘ im System der freien Marktwirtschaft ausbeuterische Tendenzen anhaften und Ressourcen ungleichmäßig verteilt werden.“ Der Akzent müsse heute auf der Verwirklichung einer ‚lebensfähigen Gesellschaft‘ liegen, „in der der einzelne die Gewissheit haben kann, dass die Qualität des Lebens aufrechterhalten oder verbessert werden kann... Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben“.

Einen neuen Akzent bekam die Diskussion bei der Vollversammlung des ÖRK in Canberra 1991. Auf dem Hintergrund einer erneuerten Schöpfungstheologie entwickelte die Vollversammlung Grundlinien einer ‚ökologischen Wirtschaftsethik‘. Sie forderte eine kritische Überprüfung ökonomischer Grundsätze und betonte: „Wir haben den Fehler gemacht, nicht zwischen Wachstum und Entwicklung zu unterscheiden. Viele einzelne und Gruppen, die sich für eine ‚nachhaltige‘ [sustainable] Entwicklung einsetzen, haben letztlich doch nichts anderes getan als ‚Wachstum‘ zu fördern. Wachstum um des Wachstums willen – also eine unbegrenzte Erweiterung des Vorhandenen – ist die Strategie der Krebszelle. Wachstum um des Wachstums willen ist grenzenlose, unkontrollierte Wucherung ohne jede Rücksicht auf das zugrunde liegende System. Das kann nur zu

Zerstörung und Tod führen. Sinnvolle Entwicklung hingegen – wie die Strategie des Embryos – gewährleistet, dass die richtigen Dinge im rechten Maß zur rechten Zeit und im richtigen Verhältnis zueinander an den rechten Ort kommen... Was ‚gerecht‘ und ‚richtig‘ ist, hängt dann ab von den gesellschaftlichen, biologischen und materiellen Beziehungen zwischen Mensch und Erde. Sinnvolle Entwicklung – im Gegensatz zu unreflektierter Entwicklung – geht auf das Ökosystem ein.“

Zwei Jahre später ging eine Konsultation im Ökumenischen Institut Bossey der Frage nach, ob es ein ökologisch verantwortbares [sustainable] Wachstum geben könne, oder ob diese Vorstellung ein Widerspruch in sich selbst sei. Die Konsultation forderte ein neues Entwicklungsmodell auf Grund der ‚axiomatischen Einsicht‘, „dass unbegrenztes quantitatives Wachstum innerhalb eines begrenzten und endlichen Systems eine Unmöglichkeit darstellt. Gleichwohl bleibt eine ökologisch angepasste [sustainable] Entwicklung möglich. Es erfordert in einigen Teilen der Welt ein fortgesetztes quantitatives Wachstum im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und anderer lebenswichtiger Güter. Doch für den größten Teil der Welt geht es darum, dass ein rein quantitatives Wachstum durch ein qualitatives Wachstum ersetzt wird.“

Ähnlich argumentiert das Studiendokument des ÖRK zum Thema „Der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft“ (1992). Es betont, dass für viele Regionen der Welt wirtschaftliches Wachstum absolut notwendig sei, um ein menschenwürdiges Leben zu sichern. „Tatsächlich kann die Produktion von Gütern ein Segen sein, wie das Wort Güter ja auch schon suggeriert. Aber immer mehr Güter zu fordern und zu besitzen bedeutet nicht, dass wir damit Leben und volle Genüge erreichen, weder in der biblischen Bedeutung, noch im säkularen Sinne des Wortes ... Viele Menschen scheinen das Gefühl dafür verloren zu haben, wann es genug ist ... Es gibt sowohl materielle als auch spirituelle Grenzen des Wirtschaftswachstums.“

Eine gute und bis heute gültige Zusammenfassung der ökumenischen Debatte über Wachstum und Entwicklung findet sich in der Stellungnahme des ÖRK, die beim Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen 1995 vorgetragen wurde. Sie fordert einen grundlegenden Paradigmenwechsel im Blick auf die

Rolle des Wirtschaftswachstums. Vor allem kritisiert sie die Tendenz, offene Märkte und wirtschaftliches Wachstum als Heilmittel für nahezu alle gesellschaftlichen Missstände anzusehen: „Wenn behauptet wird, wirtschaftliches Wachstum sei absolut erforderlich zur Überwindung von Armut, warum ist diese Wirkung ausgeblieben während der Jahrzehnte mit einer wachstumsorientierten Entwicklungsstrategie? Warum wird nicht ernsthaft überlegt, ob eine Politik, die auf Verminderung der Armut, eine langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen und den Schutz und die Wiederbelebung der Umwelt ausgerichtet ist, zu nachhaltiger [sustainable] menschlicher Entwicklung führt? Dieser Ansatz steht im Widerspruch zur vorherrschenden Denkweise, die bei den wirtschaftlichen Prozessen ansetzt und – entgegen breiter empirischer Evidenz – darauf vertraut, dass die Vorteile ‚nach unten‘ für alle Schichten der Gesellschaft durchsickern werden.“

Eine Runde Visionen spinnen

Ein Blick in die Postwachstumsgesellschaft



Prof. Dr. Angelika Zahrt
Ehrevorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); von 1990 bis 1998 stellv. Vorsitzende, von 1998 bis 2007 Vorsitzende des BUND; 2006 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, 2009 des Deutschen Umweltpreises; Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung



Priv.-Doz. Dr. Irmel Seidl
Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidg. Forschungsanstalt WSL, Birmensdorf; Lehre zu Ökologischer Ökonomik an der Universität Zürich und der ETH Zürich

Bäume wachsen nicht in den Himmel. Ein unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt gibt es nicht. Und wenn wirtschaftliches Wachstum in den Ländern des Südens nötig ist, um Armut zu beseitigen und Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Verkehr aufzubauen, dann braucht dies Energie und Ressourcen und verursacht Emissionen. Deshalb müssen die Industrieländer ihren Verbrauch massiv reduzieren und dies wird – bei allem nötigen und positiven technischen Fortschritt – mit einem Abschied vom westlichen Entwicklungsmodell verbunden sein. Ein Abschied vom gesellschaftlichen Leitbild des „schneller, weiter, mehr“.

Das sagt sich leicht, das schreibt sich leicht, aber es ist eine schwierige Aufgabe. Denn die Strukturen und Institutionen unserer Gesellschaft und Wirtschaft sind so gestaltet, dass sie nur funktionieren, wenn es Wachstum gibt. Das Gesundheitswesen braucht mehr Geld und die Pflegeversicherung, die Aktionäre wollen mehr Dividende und die Arbeitnehmer mehr Lohn, der Staat mehr Steuereinnahmen und die Konsumenten mehr Konsum. Wenn wir uns aus dieser Wachstumsabhängigkeit lösen wollen (und müssen), brauchen wir vielfältige Veränderungen in Strukturen und Institutionen, in Technik und Kultur, in unserem Denken und Zusammenleben. Damit wir auch ohne Wachstum gut leben können.

Ein zentrales Motiv für Wirtschaftswachstum ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Da bisher die Arbeitsproduktivität durch den technischen Fortschritt im Schnitt um 2 Prozent wächst, ist ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent nötig, um allein das bisherige Beschäftigungsniveau zu halten. Wenn es jetzt kein Wirtschaftswachstum oder eine Verringerung des Bruttoinlandsprodukts gibt, würde dies zwar voraussichtlich eine ökologische Entlastung bedeuten (durch geringeren Energieverbrauch und weniger CO₂-Ausstoß), aber gleichzeitig zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen. Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, gibt es zwei

Ansatzpunkte: die Verringerung der Arbeitsproduktivität und die Verringerung der Arbeitszeit.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird zumeist unhinterfragt als positiv angesehen. Sie erhöht die Chancen im globalen Wettbewerb, sie ist ein Argument für Lohnerhöhungen. Aber Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet auch dichtere Taktzeiten, Intensivierung der Arbeit, höheres Tempo, Zusammenlegung von Stellen mit der Folge, dass berufsbedingter Stress und danach stressbedingte Krankheiten zunehmen. Burn-out ist auf dem Weg zur Volkskrankheit. Die Krankenkassen melden erhöhte Kosten – die Senkung der Unternehmenskosten führt zu erhöhten Kosten für die Allgemeinheit.

Deshalb kann eine Verringerung der Arbeitsproduktivität – so ungewohnt das zunächst klingen mag – durchaus ein Ziel von Gewerkschaften und Politik sein. Ein politisches Instrument hierfür ist die ökologische Steuerreform, mit der die Anstrengungen zur Erhöhung der Produktivität umgelenkt werden von der bisher im Mittelpunkt stehenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Erhöhung der Produktivität von Energie und Ressourcen. Dafür muss die Steuerlast anders verteilt werden, der Einsatz von Arbeit entlastet, der Verbrauch von Energie und Ressourcen dagegen belastet werden. Damit würde auch das Argument einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit bei verringerter Arbeitsproduktivität nicht mehr tragen, da die erhöhte Energieproduktivität ihrerseits die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen würde. Gleichzeitig müssten die gewerkschaftlichen Bestrebungen dahin gehen, in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dies würde den Anreiz zu Arbeitsplatzverlagerungen verringern. Firmen, die von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen profitieren, müssen öffentlich damit konfrontiert werden, der Absatz ihrer Produkte und ihre Finanzierungsmöglichkeiten sollten darunter leiden und sie zur Änderung der Arbeitsbedingungen auch in anderen Ländern bewegen.

Der zweite Ansatzpunkt ist eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit, um ein verringertes Arbeitsvolumen auf mehr Menschen aufzuteilen. Die Arbeitszeitverringerung war einmal zentrales Ziel der Gewerkschaften, mit der Einführung des arbeitsfreien Samstags über die 40-Stunden-Woche bis zur 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren. Danach war die Gewerkschaftspolitik primär auf Lohnsteigerungen ausgerichtet. Es gibt keine anthropologische Grundkonstante, die nahelegt, dass eine geringere Arbeitszeit den Menschen nicht bekäme. Im Gegenteil, immer mehr Menschen wünschen sich eine ausgeglichene Bilanz von Arbeit und Leben (work-life-balance) in unterschiedlichen individuellen Ausgestaltungen. Sie möchten mehr Zeit für Familie und Freizeit, für ehrenamtliches Engagement, für eigene handwerkliche und gärtnerische Tätigkeiten, für ein Stück Selbstversorgung und Freiheit von Konsumgütern.

In einer Postwachstumsgesellschaft sind beide Strategien umgesetzt: Die Verringerung der Arbeitsproduktivität und damit der Arbeitsintensität führt zu einem angenehmeren und stressfreieren Arbeitsklima und verschiedene Formen der Arbeitszeitverringerung führen zu einer erhöhten Zahl von Beschäftigten. Da die geringere Arbeitszeit auch mit einem niedrigeren Einkommen verbunden sein wird – wovon die unteren Einkommensgruppen ausgenommen werden – hat die Selbstversorgung eine neue Bedeutung gewonnen, sowohl als finanzielle Entlastung, vor allem aber als sinnvolle Betätigung. Dies wird durch die Vermittlung handwerklichen und hauswirtschaftlichen Könnens in verschiedenen Bildungsinstitutionen unterstützt. Das Bildungssystem hat auch zum Ziel, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Initiative und zum Mitmachen in gemeinschaftlichen Projekten und zur politischen Partizipation zu fördern. Mehr Zeit für eine gesündere Lebensführung, für gesunde Ernährung und mehr Bewegung, weniger Stress und größere Ausgeglichenheit durch unterschiedliche Tätigkeitsbereiche führen zu niedrigeren Gesundheitskosten. Das Mehr an Zeit wird auch genutzt werden für Pflegedienste, da ein allein auf professionelle Dienste ausgerichtetes Pflegesystem weder finanzierbar ist noch wünschenswert erscheint.

Der Konsum materieller Güter wird an Bedeutung verlieren, Statusgüter wie große Autos oder die neueste Mode werden nicht mehr wichtig sein. Dies auch deshalb, weil die Ein-

kommensunterschiede sich verringert haben. Der soziale Ausgleich wurde durch eine Veränderung von Einkommenssteuer und Vermögenssteuer und über größere Chancengleichheit durch ein vielfältiges, allen zugängliches Bildungssystem erhöht. Neben den privaten Gütern haben die Gemeingüter an Gewicht gewonnen. Die öffentlich zugänglichen Güter, wie Sport- und Kultureinrichtungen, Häuser der Eigenarbeit und Stadtgärten, sind attraktiv und werden intensiv genutzt.

Soweit ein Blick in die Postwachstumsgesellschaft. Alle diese – und viele andere Veränderungen, beispielsweise im Finanzmarkt, bei Unternehmensverfassungen, in der Steuerpolitik – können zu einer wachstumsbefriedeten Wirtschaft und Gesellschaft führen, die die Ansprüche an Energie und Ressourcen massiv verringert und gleichzeitig die Ansprüche an ein kreatives, selbstbestimmtes Leben, mit vielfältigen Aktivitäten und sozialen Beziehungen erhöhen und einlösen kann.

www.postwachstum.de



Irmi Seidl/Angelika Zahrt
Postwachstumsgesellschaft
Metropolis Verlag

El Buen Vivir: „Gutes Leben“ als Chance für einen anderen Entwicklungsweg



Alberto Acosta
Ecuadorianischer Wirtschafts-
wissenschaftler; Professor
und Forscher an der FLACSO;
ehem. Minister für Energie
und Bergbau; ehem. Präsident
der Verfassungsgebenden
Versammlung

Das „Gute Leben“ – sumak kawsay oder suma qamaña – ist weder eine eigene Schöpfung noch ein Novum der politischen Prozesse in den Andenstaaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das Gute Leben ist Teil einer langen Suche nach Lebensalternativen, geschmiedet im Feuer der sozialen, besonders aber der indigenen Kämpfe.

Das Gute Leben offenbart schonungslos die Fehler und Grenzen verschiedener Theorien der so genannten „Entwicklung“. Mehr noch, die Akzeptanz dieser Idee im Diskurs verstärkte darüber hinaus die Kritik an einem Konzept von Entwicklung, das zum Selbstzweck geworden ist und das Leben eines Großteils der Menschheit bestimmt, wobei es diesem jedoch aberwitzigerweise nicht vergönnt ist, die so ersehnte Entwicklung zu erreichen.

Die Frage, die an diesem Punkt gestellt werden muss, ist, ob es möglich und realistisch ist, eine andere soziale Ordnung innerhalb des Kapitalismus anzustreben. Und die Antwort darauf ist einfach: Nein, auf keinen Fall.

Das Gute Leben aus Sicht der indigenen Philosophie

Um zu verstehen, was mit dem Guten Leben gemeint ist, das nicht schlichtweg mit „westlichem Wohlstand“ gleichgesetzt werden darf, müssen wir uns zunächst wieder mit der Kosmvision der indigenen Völker und Nationen vertraut machen.

In der indigenen Kosmvision gibt es kein Konzept von Entwicklung im Sinne eines linearen Prozesses mit einem bestimmten Zustand des Vorher und des Nachher. Auch die Idee eines zu überwindenden Zustands von Unterentwicklung findet sich dort nicht. Und noch

weniger die Vorstellung von einem (schlechten) Entwicklungszustand, der dadurch erreicht wird, dass soziale Beziehungen und die Harmonie mit der Natur zerstört werden. Es gibt nicht – wie in der westlichen Gedankenwelt – diese Dichotomie, die einen Großteil der zurzeit ablaufenden Prozesse erklärt und voneinander abgrenzt. Für indigene Völker existiert nicht das herkömmliche Konzept von einer Armut, die mit einem Mangel an materiellen Gütern einhergeht, ebenso wenig wie von einem Reichtum, der auf einer Anhäufung von Gütern beruht.

Aus Sicht der indigenen Kosmvision ist der soziale Fortschritt eine Kategorie, die sich in einem ständigen Kreislauf des Erschaffens und der Reproduktion befindet und bei der es um das Leben selbst geht.

Das Gute Leben im Rahmen der globalen Debatte

Als ein „work in progress“-Vorschlag stellt das Gute Leben das westliche Konzept des Wohlstands in Frage und als Vorschlag zum Kampf widersetzt es sich allen Formen des Imperialismus. Das Konzept des Guten Lebens findet seinen Ursprung natürlich nicht allein in der indigenen Welt, sondern auch in einigen universalen philosophischen Ansätzen, seien sie nun aristotelisch, marxistisch, ökologisch, feministisch, genossenschaftlich, humanistisch, ...

Die Welt begreift, wenn auch nur langsam, dass der vorherrschende Lebensstil auf Dauer nicht weltweit gelebt werden kann. Daher bietet sich das Gute Leben darüber hinaus als Plattform an, um dringende Fragen zu den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels auf globaler Ebene zu diskutieren. Das endlose materielle Wachstum könnte in einem kollektiven Suizid der Menschheit enden, wie es verschiedenste Entwicklungen nahe zu legen scheinen: die starke Erwärmung der Atmosphäre, die Zerstörung der Ozonschicht, der Verlust an Süßwasserquellen, der Einbruch der Biodiversität im Bereich der Nutz- und Wildpflanzen, die Vernichtung fruchtbarer Böden oder die beschleunigte Zerstörung der Lebensräume lokaler Gemeinschaften.

„Die Idee des sumak kawsay oder suma qamaña: Sie wird an der sozialen Peripherie am Rand der Welt geboren und enthält nicht die betrügerischen Elemente der konventionellen Entwicklung. [...] die Idee entspringt dem Vokabular von ehemals völlig marginalisierten Völkern, die von jeglicher Wertschätzung ausgeschlossen waren und deren Sprache als minderwertig, unkultiviert und unbrauchbar für den Ausdruck abstrakter Gedanken galt, sprich: als primitiv. Ihr Vokabular findet nun Eingang in zwei Verfassungen.“

José María Tortosa (2009)

Aus globaler Perspektive betrachtet, hat die (irrig) Konzeption eines Wachstums auf Grundlage unerschöpflicher Ressourcen und eines Marktes, der jegliche Produktion aufnehmen kann, weder zur Entwicklung geführt, noch wird sie das künftig tun und schon gar nicht führt sie zu einem Guten Leben.

Die mechanistische und endlose Anhäufung von Gütern, die sich auf einen anthropozentristischen Utilitarismus gegenüber der Natur stützt, hat keine Zukunft. Die Grenzen dieses Lebensstils, der auf der ideologischen Sichtweise des klassischen Entwicklungsbegriffs basiert, nehmen immer deutlichere und beunruhigendere Züge an.

Das Menschliche wird (oder sollte) in einer Gemeinschaft mit anderen Menschen umgesetzt (werden), ohne den Anspruch zu haben, die Natur zu beherrschen: Denn die Menschheit befindet sich nicht außerhalb der Natur, sie ist Teil eben dieser.

Gutes Leben ja, Dolce Vita nein

Ein grundlegender Gedanke besteht darin, dass ein bequemer Lebensstil für eine reduzierte Personengruppe in keiner Weise akzeptabel ist, wenn der Rest, die Mehrheit, leiden muss, um die Sonderrechte dieses privilegierten und unterdrückerischen Bevölkerungsteils aufrecht zu erhalten. Das ist die Realität des derzeit herrschenden Entwicklungsparadigmas, eine Realität, die integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems ist.

Diese Sicht auf das Leben erfordert daher als Ausgangspunkt eine umfassende Umverteilung jener Dinge, die bislang nur in den Händen Weniger angehäuft sind. Diejenigen, die nichts oder nur wenig besitzen, müssen mit den grundlegendsten Dingen ausgestattet werden, die ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Wir sollten stets bedenken, dass es um ein Zusammenleben geht – ohne Elend, ohne Diskriminierung, mit den grundlegendsten Dingen und ohne diese als letztendliches Ziel zu haben. Das Fehlen von Elend impliziert als grundlegendes Ziel einer neuen Gesellschaft die Abwesenheit eines Überflusses, der für dieses Elend verantwortlich ist.

Um das zu erreichen, bedarf es neuer Konsumweisen, die auf die Erfüllung elementarer Bedürfnisse ausgerichtet sind. Das Ziel sollte also nicht einfach eine stets wachsende und

endlose Produktion an materiellen Gütern sein, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen – im harmonischen Zusammenleben mit der Natur. Das Gute Leben geht aber ohne Zweifel über die bloße Bedürfnisbefriedigung und den Zugang zu materiellen Gütern und Dienstleistungen hinaus.

Der Aufbau einer anderen Gesellschaft führt deswegen zu einer umfassenderen Freiheit für alle Bewohner und Bewohnerinnen dieses Planeten, auf der Grundlage wachsender Gleichheit und gestärkter Grundrechte. Ein Ziel, das innerhalb des kapitalistischen Systems nicht zu erreichen ist.

Die Aufgabe, der wir uns stellen müssen – ohne uns von Ernüchterungen abschrecken zu lassen – ist die, bereits auf dem Weg Alternativen zu erschaffen, die zu einer substantiellen Verbesserung der Lebensbedingungen der besagten marginalisierten Mehrheiten führen, so dass diese Mehrheiten die Verantwortung für die Gestaltung ihres Schicksals in die eigene Hand nehmen können. Dazu gehört schließlich die kollektive Erarbeitung eines gemeinsamen Erwartungshorizonts durch alle sozialen Gruppierungen, die die historische Transzendenz des Guten Lebens als im Aufbau begriffenen Vorschlag für sich angenommen haben.



Alberto Acosta
Auf der Suche nach dem
verlorenen Paradies

Wie man das Richtige zum Gedeihen bringt und dennoch vom Wachstumsdogma Abschied nehmen kann



Dr. Reinhard Loske
 Senator für Umwelt, Bau,
 Verkehr und Europa der Freien
 Hansestadt Bremen; von 1998
 bis 2001 Mitglied des Deutschen
 Bundestages; ehem. stellv.
 Fraktionsvorsitzender von
 Bündnis 90/Die Grünen; von
 1992 bis 1998 Wissenschaftler
 am Wuppertal Institut für
 Klima, Umwelt und Energie

Momentan wird allerorten von grünem Wachstum geschwärmt, wahlweise von ökologischer Industriepolitik oder dem „Green New Deal“, der uns Innovationen, Effizienzgewinne, Wettbewerbsfähigkeit und neue Jobs beschere, wenn wir es nur richtig anstellen. Daran ist viel Wahres. Wer beispielsweise in diesem Jahr die Hannover-Messe besuchte, der fand unter dem Leitmotto „Smart Efficiency“ eine unglaubliche Palette an technischen Neuerungen, die dem Ziel einer verbesserten Energie- und Ressourceneffizienz und letztlich der Umweltentlastung dienen. Das, was lange in der Nische weilte und dort von Tüftlern, Pionieren und Weltverbesserern vorangetrieben wurde, ist nun im Zentrum der industriellen Entwicklung angekommen: Der Mainstream wird grün. Mit erneuerbaren Energien, nachhaltiger Chemie, Elektromobilität und Effizienztechniken aller Art lässt sich heute richtig gutes Geld verdienen, wobei auffällt, dass die große Industrie, die lange zauderte, auf den Zug aufgesprungen ist und das Tempo nunmehr gar verschärft.

Vor allem in den Entwicklungsländern, in denen viele Infrastrukturentwicklungen ja erst am Anfang stehen, etwa bei Energie, Verkehr, Wasser und Abfall, ist es sehr wichtig, dass von Beginn an solche Technologien zur Anwendung kommen. Nur so kann vermieden werden, dass sie die gleichen energie- und ressourcenintensiven Umwege nehmen, wie die Industriestaaten es im Zuge ihrer Entwicklung getan haben. Die Industriestaaten haben die historische und moralische Verpflichtung, für eine zügige Diffusion solcher Techniken in die Entwicklungsländer hinein zu sorgen, denn von selbst passiert das keineswegs, weil Patente, Lizenzen und Finanzknappheiten dem entgegenstehen. Ohne finanzielle Unterstützung wird es also nicht gehen. In den bevölkerungsreichen und ökonomisch aufstrebenden Staaten wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika sind klare ordnungspolitische Rahmensetzungen notwendig, um den Einsatz der besten verfügbaren Technologien zum Standard zu machen.

Also alles im grünen Bereich? Ist die Menschheit nach Dekaden der ökologischen Ignoranz

nun leichtfüßig und ohne Schmerzen auf den Pfad der nachhaltigen Entwicklung eingeschwenkt? Es wäre schön, aber es ist nicht so. Bei aller Freude über technische Innovationen, die potenziell umweltentlastend wirken und auch gebraucht werden, bleibt doch ein Phänomen, das die Ökonomen den Rebound-Effekt nennen, das mir aber mit der Geschichte vom Wettlauf zwischen Hase und Igel besser beschrieben zu sein scheint: Was durch technische Effizienzfortschritte gewonnen wird, wird durch Wachstumseffekte wieder aufgezehrt. Ja, wir haben bessere Autos, aber immer mehr davon, effizientere Elektrogeräte, aber immer mehr elektrische Anwendungen, weniger Raumwärmebedarf pro Quadratmeter Wohnfläche, aber immer mehr Fläche pro Kopf. Im Ergebnis bleibt der Ressourcenverbrauch trotz technischen Fortschritts hoch, in den Industriestaaten um einen Faktor fünf bis zehn zu hoch, um zukunftsfähig und auf den Rest der Welt übertragbar zu sein.

Ausschließlich auf Technik und grünes Wachstum setzende Strategien greifen deshalb eindeutig zu kurz. Richtig ist, dass der Kapitalismus ein lernfähiges und dynamisches System ist, das seine Innovationskraft auch auf „grüne“ Ziele richten kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, also die Preisrelationen und die gesetzlichen Bestimmungen. Richtig ist aber auch, dass der Kapitalismus im wahrsten Sinne des Wortes „maßlos“ ist und einen Mechanismus wie sozialen Ausgleich aus sich selbst heraus nicht kennt. Bei der Suche nach dem „rechten Maß“ und einem „fairen Ausgleich“ helfen Wachstumsfrömmigkeit und Technikoptimismus überhaupt nicht weiter. Für eine wirkliche Kultur der Nachhaltigkeit sind solche Kategorien aber ganz und gar unverzichtbar.

Ich plädiere deshalb dafür, Theorie und Praxis der Nachhaltigkeit nicht auf Technik zu begrenzen. Ebenso wichtig und langfristig vielleicht sogar wichtiger sind soziale und kulturelle Innovationen. In meinem Buch „Abschied vom Wachstumszwang – Konturen einer Politik der Mäßigung“ habe ich eine ganze Reihe solcher Innovationen beschrieben.

Was wir brauchen, ist:

- eine neue Form der Wohlstandsmessung, die menschliche Entwicklung in ihrer Ganzheitlichkeit abbildet;
- eine Abkehr von allgegenwärtigen Kommerzialisierungstendenzen unseres Alltags, etwa ein Zurückdrängen von Kinderwerbung und Börsenberichterstattung;
- eine Wertschätzung für alle Formen der Tätigkeit, von der Eigenarbeit über die gesellschaftlich notwendige Arbeit bis zur Erwerbsarbeit;
- eine Neuausrichtung von Unternehmen, deren Drang zur Gewinnerwirtschaftung in Qualitätsziele und gesellschaftliche Ziele einzubetten ist;
- eine Steuerpolitik, die Maßlosigkeit nach oben und Bodenlosigkeit nach unten ausschließt;
- eine Förderung sozialer Innovationen, die auf gemeinschaftliche Nutzungsformen (z.B. Car Sharing, gemeinschaftliche Wohn- und Siedlungsformen), Langlebigkeit (z.B. Bauteile-

börsen) und Übergangsnutzungen vorhandener Gebäude und Flächen setzen (z.B. Urban Gardening);

- einen Schutz öffentlicher Güter vor Kommerzialisierungsinteressen;
- eine Förderung regionaler Wirtschaftsweisen, etwa im Bereich der Land- und Nahrungsmittelwirtschaft, der Einzelhandels- und Verkehrsentwicklung oder des Bauens mit regionalen Baustoffen;
- eine Rückbindung der Geldwirtschaft an die Realwirtschaft, eine Begrenzung spekulativer Transaktionen und eine Indienstnahme der Banken für die nachhaltige Entwicklung.

Zusammengefasst: Es geht darum, das zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele Notwendige zum Gedeihen zu bringen. Eine pauschale Wachstums- und Technikorientierung ist in diesem Prozess nicht notwendig. Sie verstellt eher den Blick darauf, dass die große Transformation, vor der wir stehen, vor allem ein Kulturwandel ist, in dem Technik zwar eine Rolle spielt, aber bestimmt nicht alles ist.



Richard Loske
Abschied vom
Wachstumszwang
Basiliken-Press

Wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung schließen sich aus

Angesichts aktueller und absehbarer ökonomischer Eskalationen macht sich Verzweiflung breit. Neben dem Klimawandel verschaffen sich eine als „Peak Oil“ bezeichnete Ressourcenverknappung, das Chaos der globalen Finanzwelt und nun obendrein Fukushima Aufmerksamkeit. Aber abgesehen von punktuellen und homöopathischen Zugeständnissen an eine ökonomische Mäßigung wird starrsinnig an jener Wachstumsbeschleunigungsrhetorik festgehalten, deren Ursprünge bis in die Frühphase neuzeitlicher Fortschrittsgläubigkeit zurückreichen. Damals, als materielle Expansionsgrenzen bestenfalls theoretisch möglich erschienen, waren wirtschafts- und naturwissenschaftliche Bestrebungen von einer Steigerungslogik besetzt, die mit Schlüsselkategorien wie Wohlstand, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden assoziiert wurde. Mit der Verzahnung von Wachstum und technischem Fortschritt schien eine Beseitigung aller Knappheiten, die den Vollzug des modernen Selbstverwirklichungsgebots behindern könnten, nur eine Frage der Zeit zu sein. Das Mittelarsenal der individuellen Glücks-

suche fortwährend qualitativ zu steigern und über quantitative Zuwächse einer immer größeren Anzahl von Erdbewohnern zugänglich zu machen, ließ den verheißungsvollen Fluchtpunkt einer satten, zufriedenen und befriedeten Menschheit näher rücken.

Leicht hätte da der erste Club of Rome-Bericht nebst einer durch ihn ausgelösten Umweltdiskussion und -bewegung zum Show-Stopper werden können, wäre nicht rechtzeitig die rettende Idee des „qualitativen“ Wachstums kreiert worden. Dieses Konzept einer auf technischen Innovationen beruhenden Vereinbarkeit von Umweltschutz und permanenter ökonomischer Expansion erfreut sich seither enormer Resonanz. Ganz im Sinne eines „Genuss-ohne-Reue“-Versprechens soll demnach die nach oben offene Steigerungsspirale materieller Selbstverwirklichung und nachholender Entwicklung unangetastet bleiben: Nicht etwa eine Reflexion maßlos gewordener Konsum- und Mobilitätsansprüche, sondern die stoffliche Entkopplung des Wachstums mittels erhöhter Ressourcenproduktivität, geschlossener Stoff-



apl. Prof. Dr. Niko Paech
Vertreter des Lehrstuhls für
Produktion und Umwelt (PUM)
an der Carl von Ossietzky
Universität Oldenburg;
Vorsitzender der Vereinigung
für Ökologische Ökonomie
(VÖÖ); Mitglied im wissen-
schaftlichen Beirat von Attac

kreisläufe und regenerativer Energien soll für den Schutz irdischer Grundlagen zuständig gemacht werden. Wenngleich bestärkt durch kaum noch überschaubare Innovationswellen, erleidet dieser radikalisierte Fortschrittsmythos – unendlicher Spaß ohne ökologische Reue! – dennoch Schiffbruch. Denn sowohl aus empirischer als auch theoretischer Sicht entpuppt sich die expansive Drei-Säulen-Logik, welche vorgibt, es zugleich dem Sozialen, dem Ökonomischen und obendrein der Umwelt recht zu machen, als heillose Schimäre.

Wirtschaftswachstum ist keine Option für das 21. Jahrhundert: Vier Gründe

Konsumgesellschaften verlieren die ökonomische Basis für Wachstum

Die auf permanenter Konsum- und Mobilitätssteigerung basierende Ökonomie moderner Industriestaaten stützt sich grob vereinfacht auf eine Ausgaben- und Einnahmenseite. Erstere umfasst den Aufwand an notwendigen Inputs, bei denen es sich um fossile Energieträger – in erster Linie Rohöl – und andere Ressourcen handelt. Mittlerweile vollzieht sich in etlichen ehemaligen Entwicklungsländern eine „Konsumrevolution“ (Myers/Kent 2005). Die Entstehung einer globalen Mittelschicht, erweitert um mehr als 1,1 Milliarden „neue Konsumenten“, treibt durch eine zusätzlich induzierte Güternachfrage die Rohstoffpreise nach oben. Während vor kurzem noch von „Peak Oil“ die Rede war, dürfte sich das damit bezeichnete Phänomen längst zum „Peak Everything“ (Heinberg 2007) ausgeweitet haben. Entscheidend ist dabei nicht die absolute Reduktion der Fördermengen, sondern die infolge des Nachfragewachstums entfachte Preisdynamik, welche zur Erosion der ökonomischen Basis weiteren Wachstums beiträgt.

Die Einnahmenseite des nördlichen Wohlstandsmodells beruhte bislang auf einer als uneinholbar betrachteten internationalen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Bereich wissens- und technologieintensiver Exportgüter. Dieser Innovationsvorsprung schmilzt inzwischen dahin. Die vorgenannten Aufsteigerstaaten – allen voran China und Indien – sind durch Investitionen in Bildung, in moderne Infrastrukturen und nicht zuletzt durch die globale Mobilität ihrer „neuen Konsumenten“

zusehends in der Lage, jene Märkte zu erobern, die zuvor als Domäne der technologisch überlegenen Industrieländer galten. Absehbar werden die Transferökonomien in der Lage sein, den bisherigen Wohlstandsgewinnern sämtliche komparativen Kostenvorteile streitig zu machen.

Wachstum stiftet ab einem gewissen Einkommensniveau kein weiteres „Glück“

Die seit Neuestem auch in den Wirtschaftswissenschaften viel beachtete „Glücksforschung“ führt zur Einsicht, dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an Glück stiftet. Eine theoretische Begründung dieses Befundes, der sich für alle modernen Konsumgesellschaften empirisch verifizieren lässt¹, lieferte bereits Hirsch (1980). Demnach ist der Konsumnutzen vieler Güter symbolischer oder demonstrativer Art, beruht also auf sozialem Prestige, Distinktion oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Derartige „positionale Güter“ sind von einem Wettbewerb geprägt um die Position innerhalb einer expliziten oder impliziten sozialen Hierarchie. Somit sind Gewinne für einzelne nur durch die Verluste von anderen möglich.

Folglich ist ein immer höherer Konsumaufwand vonnöten, um ein bestimmtes, keineswegs steigerbares Glücksempfinden zu behaupten: Mit jedem Wachstumsschub können bestimmte Konsumenten ihren Status verbessern. Insoweit dies zwangsläufig zulasten der relativen Position anderer geschieht, wird weiteres Wachstum benötigt, um deren gesteigerte Konsumnachfrage zu finanzieren. Diese Rückkoppelung – Wachstum erzeugt die Notwendigkeit neuen Wachstums – hat weitere Wirkungen, insoweit die Lebenszufriedenheit auch auf zwischenmenschlichen Beziehungen, der Integrität des sozialen Umfeldes, Erfolg und Anerkennung auf Basis eigener Fähigkeiten, Gesundheit, Sicherheit und einer als intakt empfundenen Umwelt gründet. Eine Glück stiftende Ausschöpfung derartiger Potenziale erfordert kein Geld, sondern Zeit. Andererseits bedeutet die Finanzierung eines immer höheren materiellen Lebensstandards eine Maximierung der Erwerbsarbeit. Folglich verbleibt weniger Zeit für bislang in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten, wie die Kindererziehung, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die

1 vgl. z.B. Layard (2005)

nun ebenfalls in Konsumakte beziehungsweise Dienstleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was abermals den Bedarf an monetär entgelteter Arbeit erhöht.

Insoweit die Auswahl an Konsumoptionen geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat, verschärft sich dieser Konflikt. Denn damit Konsumaktivitäten überhaupt Nutzen stiften können, muss ihnen ein Minimum an Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Verwendungskonkurrenz um die nicht vermehrbare Ressource Zeit verschärft sich, insbesondere, wenn sie sich auf eine immer größere Anzahl von Konsumobjekten verteilt. Jedem einzelnen davon wird ein zusehends geringeres Quantum an Aufmerksamkeit zuteil. Damit wird die minimal erforderliche Zeit zum Ausschöpfen konsumtiver Optionen zum Engpassfaktor.

Die ökologische Entkopplung ökonomischen Wachstums scheitert systematisch

Die Fiktion einer auf ökologischer Effizienz und Konsistenz beruhenden Entkopplung ökonomischer, in Geld gemessener Wertschöpfung von Schädigungen des Naturkapitals entbehrt zusehends jeder empirischen und theoretischen Grundlage. Besonders anschaulich wird dies anhand des Klimawandels. Trotz enormer technischer Fortschritte sowohl zur Steigerung der Energieeffizienz als auch zur Nutzung regenerativer Energiequellen nimmt die globale CO₂-Belastung rasant zu. Dies belegt u.a. eine Studie des „Global Carbon Projects“ (Raupach et al. 2007). Hier zeigt sich, dass sowohl die Abnahme der Emissionsintensität einer Primärenergieeinheit (ökologische Konsistenz), als auch die Abnahme des Primärenergiebedarfs pro Wertschöpfungseinheit (ökologische Effizienz) ins Stocken geraten sind. Anstelle einer Entkopplung ist vielmehr eine Re-Materialisierung zu beobachten. Aber selbst während vorangegangener Phasen, in denen ein Entkopplungseffekt feststellbar war, hat dieser nicht annähernd den dramatischen Anstieg der CO₂-Emissionen verhindern können.

„Reboundeffekte“ – dieser Sammelbegriff umfasst jene Phänomene, die zum Fehlschlagen oder zur Wirkungslosigkeit von Entkopplungsmaßnahmen führen – sind kein Zufall². Innerhalb eines Systems, dessen einzige Entwicklungsrichtung in der Expansion von Möglichkeiten liegt, wird selbst die Kritik an dieser Stei-

gerungslogik letztlich derselben unterworfen, also in die Notwendigkeit weiteren Wachstums transformiert. Demnach entspräche die Energiewende einem Wachstum an Biogasanlagen, Photovoltaikerelementen, Windkraftanlagen, Passivhäusern, Energiesparbirnen, Hybridautos. Solange aber diese Maßnahmen erstens additiv sind und zweitens ihrerseits nie gänzlich ohne Energieinput (eingedenk der meist unterschätzten „indirekten“ Energie) auskommen, droht ein Dilemma. Wenn die zur Entkopplung notwendigen neuen Objekte die bisherigen, weniger nachhaltigen Artefakte nicht ersetzen, resultiert letztlich doch materielles Wachstum. Kommt es hingegen zur Erneuerung des Bestandes, folgt wiederum ein Wachstum an materiellen Entsorgungsfällen. Auswege aus diesem Selektionsdilemma setzen einen Bruch mit dem Wachstumsdogma voraus.

Die soziale Logik der Wachstumsorientierung ist hochgradig ambivalent

Armutsbekämpfung mittels ökonomischen Wachstums ist eng mit den behaupteten Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung verwoben. Nun schließt das Haupttheorem der realen Außenwirtschaftstheorie, wonach Freihandel der Autarkielösung überlegen sei, gemäß des Stolper/Samuelson-Theorems (1941) explizit ein, dass damit Verluste für bestimmte Branchen einhergehen. Solange diese durch Zuwächse der prosperierenden Branchen übertroffen werden, können die Gewinner die Verlierer kompensieren und dennoch einen Einkommenszuwachs erzielen. Aber wer stellt sicher, dass dieser Transfer überhaupt stattfindet und die Handelsgewinne nicht vollständig der Besserstellung einer Elite vorbehalten bleiben, womit sich die Situation der ärmsten Bevölkerungsteile im Vergleich zur Autarkielösung sogar verschlechtern kann? Es spricht für sich, dass ausgerechnet Samuelson zu einem Doppelschlag gegen die von ihm selbst begründete „reine“ Lehre ausholt, indem er erstens darlegt, dass unter den Bedingungen der Globalisierung schon die Erzielung von Nettogewinnen durch Freihandel scheitern kann, und zweitens bezweifelt, dass dort, wo dies immerhin noch eintritt, eine Kompensation der unvermeidlichen Verlierer des Freihandels stattfindet.

Hinzu kommt ein struktureller Effekt, denn die verlockende Chance auf Zuwächse an materiellem Reichtum, den ein konsumtiver und

zugleich auf spezialisierter Erwerbsarbeit beruhender Lebensstil verheißt, wird mit einer beträchtlichen sozialen Fallhöhe erkaufte. Sen (1982) hat anhand des Verlaufs vergangener Hungersnöte dargelegt, dass Individuen, die ihre Fähigkeit zur (wenigstens partiellen) Selbstversorgung zugunsten einer monetär entgoltenen Erwerbsarbeit aufgeben, selbst dann in bedrohliche Not geraten können, wenn in der betreffenden Region genug Güter vorhanden sind, um alle Bewohner zu versorgen. Geldbasierte Fremdversorgung impliziert, dass der Anspruch („entitlement“) auf Güter allein von der Kaufkraft des monetären Einkommens abhängt. Sowohl Preiserhöhungen als auch Einkommensenkungen können die Kaufkraft unter eine Grenze senken, die Sen als „starvation set“ bezeichnet: Das Maximum an Gütern, welches sich ein Konsument auf Basis seines Geldeinkommens und des aktuellen Preisniveaus leisten kann, reicht nicht zur Existenzsicherung. Die Wiederkehr derartiger Szenarien erweist sich eingedenk der unausweichlichen Verwendungskonkurrenz zwischen (Bio-)Energie und Nahrungsmitteln, deren Preise hierdurch steigen können, als äußerst wahrscheinlich. Demgegenüber gewährleisten partiell auf Eigenarbeit und lokalen Austauschbeziehungen beruhende Versorgungsmuster zwar einen bescheideneren Güterwohlstand, sind aber von globalisierten und deshalb „ferngesteuerten“ Wertschöpfungsketten unabhängig, sie verringern also die soziale Fallhöhe.

Die Postwachstumsökonomie als einzige Alternative

Die Antithese zu einer auf Wachstum, Geld- und Fremdversorgung basierenden Existenzform entspräche einer tendenziellen Wiedererlangung dessen, was Gronemeyer (1988) als „Daseinsmächtigkeit“ bezeichnet. Gemeint ist das sich ergänzende Zusammenspiel zweier Eigenschaften: Eine genügsame Anpassung von Ansprüchen (Suffizienz) an die Möglichkeiten, welche sich aus eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten oder den nahe gelegenen, nicht vermehrbaren Optionen und Ressourcen speisen (Subsistenz), also das „Zuhandene zum Hinreichenden“ werden zu lassen. Dies sind die beiden wichtigsten der insgesamt fünf Handlungsfelder, auf denen sich der Übergang in die Postwachstumsökonomie vollziehen kann.

a) Suffizienz: Wer an materieller Optionenvielfalt zu ersticken droht, verzichtet nicht, sondern befreit sich von Überflüssigem. Sich klug jenes Ballastes zu entledigen, der viel Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen kostet, aber nur minimalen Nutzen stiftet, bedeutet zugleich mehr Unabhängigkeit vom volatilen Marktgeschehen, von Geld und Erwerbsarbeit, also auch Stressfreiheit. Im Zeitalter der Reizüberflutung wird Suffizienz zum Selbstschutz.

b) Subsistenz: Nicht nur um strukturelle Wachstumstreiber zu mildern, sondern auch um der Stärkung ökonomischer Souveränität willen sollte, wo immer es möglich ist, die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion punktuell verringert werden. Eine Neujustierung der Kombination zwischen Selbst- und Fremdversorgung heißt ebenfalls nicht zwangsläufig Konsumverzicht, sondern die Fremdversorgung erstens graduell und zweitens punktuell aufzuheben. Zwischen den Extrema der Subsistenz und des Konsums von Produkten, die globalisierten Wertschöpfungsketten entstammen, existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade. Wer lediglich 20 Stunden dem Gelderwerb nachgeht, kann die andere Hälfte seiner Kreativität entkommerzialisieren und Aktivitäten widmen, zum Beispiel einem Handwerk, der Kindererziehung, der Nachbarschaftshilfe, der Mitwirkung im Gemeinschaftsgarten, der Pflege und Reparatur von Konsumgütern, dem Gemeinwesen. Derartige Formen einer urbanen Subsistenz befähigen dazu, sich der schicksalhaften Abhängigkeit von Geld- und Fremdversorgung zu entziehen³.

c) Regionalwirtschaft: Zwischen den extremen Versorgungsformen der reinen Subsistenz und dem Konsum auf Basis globaler Arbeitsteilung lassen sich regionalwirtschaftliche Ansätze verorten. Deren Stärke ließe sich mit Hilfe von Regionalwährungssystemen⁴, die Kaufkraft an die Region binden und damit von globalen Abhängigkeiten befreien, ausschöpfen. Auf diese Weise würden zwar weiterhin moderate Spezialisierungsvorteile genutzt, jedoch im Sinne einer „De-Globalisierung“ (Bello 2005).

d) Stoffliche Nullsummenspiele als neuer Produktionsmodus: Infolge der oben genannten Strategien könnte die geldbasierte

und arbeitsteilige Industrie um die Hälfte zurückgebaut werden. Die verbleibenden Strukturen wären überdies so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern eher eine untergeordnete Rolle spielt. Im Vordergrund stünde der Erhalt, die Aufwertung vorhandener Güterbestände und Infrastrukturen durch Renovation, Konversion, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. Durch Reparaturdienstleistungen würden defekte Güter seltener ausrangiert; durch Renovationsstrategien des Typs „Umbau statt Neubau“ würde aus vorhandenen Gütern weiterer Nutzen extrahiert, in dem diese funktional und ästhetisch an gegenwärtige Bedürfnisse angepasst würden und somit möglichst lange im Kreislauf einer sinnvollen Verwendung verblieben. Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Reduktion der Neuproduktion beitragen. Wenn es gelänge, die durchschnittliche Nutzungsdauer mancher Konsumgüter kraft obiger Maßnahmen zu verdoppeln, könnte deren Output halbiert werden, ohne die Verfügbarkeit der Konsumfunktionen zu schmälern. Infolge reduzierter Neuanschaffungen würde weniger Einkommen, also auch weniger Arbeitszeit benötigt. Dies wiederum hieße, dass Zeit verfügbar wird, durch Eigenarbeit Leistungen zu erbringen, die vormals finanziert werden mussten, was weitere finanzielle Entlastungen impliziert. Damit schließt sich ein Kreis zum Schritt b), denn Subsistenz verhilft nicht nur zu mehr Autonomie, sondern spart Geld. Obendrein kann sie in produktiven, insbesondere handwerklichen Beiträgen bestehen, durch die Industrieprodukte im obigen Sinne selbsttätig instandgehalten und repariert werden. Das oft zu vernehmende Argument, dass eine Halbierung der Erwerbsarbeit und folglich der Produktion den materiellen Wohlstand halbiert, ist also nicht haltbar. An die Stelle materieller Ressourcen, die bislang zur Neuproduktion eingesetzt wurden, treten drei dekommodifizierte Ressourcen: (1) Eigene handwerkliche Fähigkeiten zur Eigenproduktion und Nutzungsdauerverlängerung, (2) Zeit, die dazu nötig ist und (3) soziale Interaktionen zwecks Gemeinschaftsnutzung.

e) **Institutionelle Innovationen:** Insoweit die Postwachstumsökonomie das Resultat

eines schrittweisen Rückbaus industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme und Infrastrukturen darstellt, könnte diese Transformation durch diverse Rahmenbedingungen unterstützt werden: Boden-, Geld- und Finanzmarktreformen würden systemimmanente Wachstumszwänge mildern. Regionalwährungen könnten mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung versehen werden. Veränderte Unternehmensformen könnten die Gewinndynamik dämpfen. Der Subventionsdschun- gel könnte durchforstet werden, um gleichermaßen ökologische Schäden und die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme für Infrastrukturen wären sinnvoll. Insbesondere Industrieparkanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen wären zu entsiegeln und zu renaturieren. Ansonsten können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologie zu reduzieren. Weiterhin ließen sich Rebound-Effekte eindämmen, wenn der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff durch individuelle CO₂-Bilanzen konkretisiert würde. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. zwei bis vier Tonnen), das übertragbar sein könnte. Unternehmen wären zu verpflichten, alle Produkte mit dem CO₂-Footprint entlang des gesamten Lebenszyklus zu kennzeichnen.

Literatur

- Bello, W. (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg
- Gronemeyer, M. (1988): Die Macht der Bedürfnisse, Reinbek
- Heinberg, R. (2007): Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island.
- Hirsch, F. (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft, Frankfurt a. M.
- Myers, N./Kent, J. (2005): Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern und der Einfluss ihres Wohlstands auf die Umwelt, in: Natur und Kultur, 6/1, 3-22
- Paech, N. (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg
- Paech, N. (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfsÖ) 45/158-159, 10-19
- Paech, N. (2009): Wachstum light? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär 13, 84-93
- Paech, B./Paech, N. (2011): Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität – Stadt und Postwachstumsökonomie, in: Politische Ökologie 29/124, 54-60
- Raupach, M. R./Marland, G./Ciais, P./Quere, C. L./Canadell, G. C./Klepper, G./Field, C. B. (2007): Global and Regional Drivers of Accelerating CO₂ Emissions, in: Proceedings of The National Academy of Sciences of the USA, 10288-10293
- Sen, A. (1982): Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation, Oxford
- Stolper, W. F./Samuelson, P. A. (1941): Protection and Real Wages, in: Review of Economic Studies, 9, 58-73

Eine Wirtschaft, die genug für alle bietet, mit der Natur vereinbar ist und niemanden ausbeutet. Warum soll das denn nicht gehen? So manches erschwert den Wandel: Ideenlosigkeit, Gewohnheit, Unvernunft, Bequemlichkeit, Ängstlichkeit, kurzfristige Interessen, Egoismus. Die Herausforderungen sind in der Tat enorm. Es sind große Hebel, die in den Köpfen und der Politik bewegt werden müssen.

Der Blick auf schon heute vorhandene Möglichkeiten macht Mut. Es gibt viele Menschen, die Wirtschaft mit Solidarität und Kooperation verbinden und Alternativen zum Wachstumszwang vorleben. Solche Optionen selbstorganisierter, solidarischer Ökonomie ersetzen keine allgemeinen Regelungen für eine lebensdienliche Wirtschaft. Doch die Suche nach zukunftsfähigen Lebensstilen lässt sich von der Suche nach politischen Lösungen für die ganze Gesellschaft nicht trennen: **Das Private ist politisch.**

Die folgenden Anregungen wurden von Johannes Küstner (Brot für die Welt) zusammengestellt, kommentiert und redaktionell betreut.



„Ich habe vor 10 Jahren angefangen, beim Umsonstladen mitzumachen, weil ich die Idee sinnvoll fand. Im Laufe der Jahre habe ich dann noch die Selbstverwaltung des Umsonstladens schätzen gelernt. Bei uns machen sehr unterschiedliche Menschen mit, die gemeinsam Entscheidungen treffen. Mein Verhältnis zu meinem Eigentum hat sich geändert. Ich gebe Dinge, die ich nicht mehr gebrauche, wieder frei, statt sie bei mir zu horten.“

Volker Laas, 42, Hamburg

Umsonst-Laden

Die Idee des Umsonst-Ladens ist einfach: Viele Menschen haben Dinge, die sie nicht mehr gebrauchen können oder wollen. Andere wiederum suchen vielleicht genau diese Dinge. Ein Umsonst-Laden ermöglicht, dass funktionsfähige Gegenstände weiter genutzt werden können. Solange wir keine ökologisch und sozial tragfähige Kreislaufwirtschaft haben, lindern Initiativen wie Umsonst-Läden die Schäden der Wegwerfgesellschaft.

www.umsonstladen.de



„Ich mache beim Tauschring mit, weil ich dort anderen Menschen mit meinen Fähigkeiten helfen kann. Wenn ich auf anderen Gebieten Hilfe brauche, finde ich dort Leute, die mir helfen. Es ist ein soziales Miteinander und Austauschen von Tätigkeiten, die kein Geld kosten. Ich habe dort viele nette Leute kennen gelernt. Außerdem gibt es viele Dinge, die man gemeinsam tun kann: Gesellschaftsspiele spielen, Unternehmungen machen und gemeinsam feiern.“

Ursula Förster, 54, Wennigsen

Tauschring

In Tauschringen werden meist Dienstleistungen auf Grundlage eines Zeitkontos und ohne Geldeinsatz getauscht. Backen, Putzen, Reparieren, Gärtnern, Vorlesen – jeder kann seine Fähigkeiten einbringen und dafür etwas in Anspruch nehmen, das er selbst nicht so gut kann. In vielen Tauschringen werden auch Stammtische und Feste organisiert. Nachbarschaftshilfe bringt Menschen in Kontakt und schafft Gemeinschaft.

www.tauschring.de



„Ich mache beim Regiogeld mit, weil mir die Entwicklung der Fläming-region am Herzen liegt. Menschen, Unternehmen, Initiativen lernen sich kennen und die regionale Vernetzung wird stärker. Der Steintaler intensiviert regionales Denken und Handeln. Für mich ist die Nutzung des Steintalers eine hochwirksame Möglichkeit, zum Blühen der Region beizutragen.“

Dorothee Bornath, 45, Wiesenburg

Regiogeld

Regiogeld ergänzt den Euro um ein regionales Zahlungsmittel. Es fördert regionale Unternehmen und stimuliert regionale Wirtschaftskreisläufe. Wirtschaftliches Handeln rückt so wieder näher an die Lebensrealität der Beteiligten. Als eines von vielen Werkzeugen der Regionalentwicklung kann es zur „Renaissance der Regionen“ beitragen. So wachsen nicht Anonymität und Transportwege, sondern zukunftsfähige, regionale Wirtschaftskreisläufe.

www.regiogeld.de



„Geld für einen guten Zweck spenden ist das eine. Aber viele Menschen wollen gar keine Almosen, sondern brauchen eine finanzielle Starthilfe oder Zwischenfinanzierung für ihr Unternehmen. Ich finde es wichtig, Geld für Unternehmer bereitzustellen, die wegen fehlender Kreditwürdigkeit sonst keins bekämen. Deshalb habe ich einen Teil meines Ersparnis bei Oikocredit angelegt.“

Karl-Martin Eichhorn, 42, Duisburg

Mit Geld Sinn machen

Immer mehr Menschen sagen sich: „Mein Geld kann mehr als Rendite!“ Sie begnügen sich mit etwas niedrigeren Zinsen und bringen ihr Geld zu einer Bank, die damit sozial und ökologisch sinnvolle Projekte finanziert. Atom- oder Kohlekraftwerke, Waffenproduktion oder Kinderhandel sind tabu. GLS-Bank Umweltbank, EthikBank, KD-Bank – es gibt zunehmend Geldinstitute, die nachweislich mit anvertrautem Geld sinnvoll wirtschaften. Auch die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit oder ethische Investmentfonds bieten Möglichkeiten, Geld für eine lebensdienliche Wirtschaft einzusetzen.

www.ethische-geld-anlage.de



„Nicht nur als Frau besitzt man oft zu viele Kleidungsstücke und sehnt sich dennoch nach Neuem. Da kein Secondhandshop in greifbarer Nähe war, suchte ich nach einer Alternative und organisierte einen Tausch-Flohmarkt im Grünen. Das hat Spaß gemacht und war sehr praktisch. Ohne Geld auszugeben haben wir nicht mehr benötigte Sachen gegen „neue“ Kleidungsstücke von anderen getauscht.“

Elisa Klumb, 25, Bamberg

Tausch-Flohmarkt

Eigentlich ist der Kleiderschrank gut bestückt. Doch so viele Sachen trägt man gar nicht mehr. Wohin damit? Kleider spenden ist eine Option, die – wenn die Kleider ihre Reise z. B. in afrikanische Länder antreten – Vor- und Nachteile hat. Doch eine nachhaltige Lösung ist das nicht. Eigentlich ist es das Ziel mit allen Produkten so zu wirtschaften, dass Kreisläufe, am besten auf der Basis langlebiger Produkte, entstehen. Wer Veränderung in seinem Kleiderschrank braucht, findet in einem Tausch-Flohmarkt eine Lösung ohne ökologischen und finanziellen Aufwand zu „neuer“ Kleidung zu kommen.



„Einnischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.“ Dieses Motto von Heinrich Böll galt für mich schon in vierzehn Jahren Entwicklungspolitischer Tätigkeit im Ausland. Seit 2009 bin ich in Stuttgart im Widerstand gegen das Wahnsinnsprojekt S21, bei dem wirtschaftliche Interessen über das Allgemeinwohl gestellt werden. In dieser intelligenten und kreativen Protestbewegung treffe ich auf viele spannende und interessante Menschen, die politische und demokratische Entscheidungsprozesse mitgestalten wollen. Die Dynamik dieser Bewegung fasziniert mich immer wieder aufs Neue und ich schöpfe aus meinem Engagement für die Alternative K21 und den vielen lebendigen sozialen Begegnungen viel Energie.“

Erika Hauff Cramer, 61, Stuttgart

Zerstörerische Projekte verhindern

Wenn die Zahl von Großkraftwerken und Tierfabriken oder die Spuren bei Autobahnen und Flughäfen wachsen wollen, dann ist Protest gefragt. Projekte, die den Wandel zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft für Jahrzehnte erschweren, müssen verhindert werden. Engagierte Bürgerinnen und Bürger legen Widerspruch in Planfeststellungsverfahren ein, schreiben Leserbriefe, sammeln Unterschriften und beteiligen sich an Demonstrationen. Vielerorts erfolgreich. Mehrere zerstörerische Projekte konnten auf diese Weise schon verhindert werden. Die zunehmende kritische Aufmerksamkeit der Bevölkerung führt außerdem dazu, dass bei künftigen Projekten die Bürger schon früher in Planungsfragen einbezogen werden.

www.buergerinitiative.de



„Solidarische Landwirtschaft heißt für mich, Risiko und Verantwortung mit den Bauern zu teilen und sie damit nicht alleine zu lassen. Auf diese Weise mache ich eine Landwirtschaft möglich, die ihre eigenen Bedürfnisse und die der Verbraucher befriedigt und nicht die eines ‚Marktes‘. Außerdem weiß ich jetzt, wer meine Lebensmittel produziert und unter welchen Bedingungen. Die Lebensmittel verlieren ihren Preis und erhalten ihren Wert zurück. Das schmeckt viel besser.“

Wolfgang Stränz, 62, Hamburg

Solidarische Landwirtschaft

Landwirtschaft funktioniert auch regional, ökologisch und ohne Marktzwänge. Auf Englisch heißt die Idee Community Supported Agriculture (CSA): Eine Verbrauchergruppe übernimmt die Betriebskosten eines Landwirtes zum Beispiel für ein Jahr im Voraus. Durch die Vorfinanzierung kann ohne Druck auf Kosten und Natur gewirtschaftet werden. Kosten für Vermarktung gibt es nicht. Auch keinen Verlust von Erzeugnissen, die nicht Supermarktnormgrößen entsprechen. Die Mitglieder der regionalen Verbrauchergemeinschaft beziehen die Erzeugnisse nach ihrem Bedarf, ohne sie einzeln zu kaufen. Dabei lernt man saisonal zu kochen und kann die Erfahrung machen, dass regionale Selbstversorgung in Bio-Qualität gut bezahlbar möglich ist.

www.buschberghof.de



„Als Kirchengemeinde versuchen wir, die Diskussion von gesellschaftlich relevanten Fragen wie Welthunger, Wirtschaftswachstum oder die Situation religiöser Minderheiten über Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu fördern. Außerdem versuchen wir, Kontakt zu halten zu christlichen Gemeinden in der Zweidrittel-Welt, tauschen Briefe, Mails und Bilder aus, informieren uns übereinander und beten füreinander im Gottesdienst. Uns ist wichtig, Lebenserfahrungen nicht nur aus zweiter Hand über die Medien zu bekommen.“

Gunter Schmitt, 44, Ludwigshafen

Zukunftsfähigkeit diskutieren

Die Debatte über Wirtschaftswachstum ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Kirchen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen veranstalten Kongresse und Tagungen, um die Debatte voranzubringen. Diese Diskussionen sind wichtig. Sie schaffen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines Kurswechsels und können uns Lösungen näher bringen.

www.denkwerkzukunft.de



„Ich mag es, in meiner Stadt mit dem Fahrrad ohne Lärm, bequem, sicher, relativ zügig und preiswert ans Ziel zu kommen. Bei uns gab es bis vor kurzem immer noch mehrere einfache Sackgassen. Deshalb habe ich eine Liste passender Sackgassen mit der Bitte an meine Stadtverwaltung geschickt, diese Straßen für den Radverkehr freizugeben und so Umwege abzukürzen. Da die Stadt nun nach und nach Sackgassenschilder mit einem „Freivermerk“ versieht, wird auch für manchen Autofahrer der Umstieg auf das Fahrrad attraktiver. Natürlich freut es mich als Vater, meinen Kindern zeigen zu können, welche Wirkung die Briefe hatten.“
Lennart Lüders, 59, Minden

Politik mitgestalten

In Stadt, Gemeinde oder Kreis gibt es Möglichkeiten, Planungsprozesse so mitzugestalten, dass auf Entwicklung statt auf Wachstum gesetzt wird. Manchmal genügt dabei die Information, um einfache Verbesserungen umzusetzen. Um strategische Weichenstellungen wird bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen, Stadtentwicklungskonzepten und Verkehrsentwicklungsplänen gerungen. Auch dabei beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger. Sie rufen bei ihren Ratsmitgliedern an und fragen nach; stellen fest, dass Fraktionen Akteneinsichtsrecht haben; lesen die Gemeindeordnung und merken, dass ihr Anliegen behandelt werden muss. Für wichtige Einzelentscheidungen gibt es in den meisten Bundesländern auch Möglichkeiten direkter Demokratie. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Grundidee: Menschen sollen über wichtige Sachfragen in fairen Abstimmungen direkt entscheiden können.

www.mehr-demokratie.de



„Für meine beruflichen Tätigkeiten benötige ich ab und zu ein Auto. Deshalb teile ich mir ein Auto mit einem Freund. Unser Auto fährt mit einem umweltschonenden Gasantrieb. Für alle möglichen Reisen benutze ich aber weiterhin das Rad oder den ÖPNV. Dieser Mobilitätsmix erhält meine Mobilität, spart Kosten und schont die Umwelt langfristig.“
Michael Rabisch, 40, Leipzig

Auto teilen

Viele Menschen besitzen „Stehzeuge“. Jeder Unternehmer würde das vermeiden: eine teure Maschine, die die meiste Zeit nicht genutzt wird. Aber man kann Autos auch teilen. Gemeinsame Nutzung kann man privat organisieren oder bei den zunehmend attraktiven kommerziellen Anbietern wahrnehmen. Der große Vorteil: der Besitz eines „Stehzeugs“ ist für Viele nicht mehr nötig. So wächst nicht die schlechte Luft, sondern der Platz in den Städten und die Reserve im Portmonnaie.

www.tamyca.de
www.nachbarschaftsauto.de
www.carsharing.de



„Ich fühle mich wohl, wenn ich mit anderen Menschen zusammenlebe. Mit einem der drei Mitbewohner in meiner Wohngemeinschaft ergibt sich immer ein nettes Gespräch. Ideen, Rat und Lebenshilfe gibt es gratis. Natürlich profitiert man auch ganz praktisch voneinander: eine Mitbewohnerin ist handwerklich begabt, ein anderer kennt sich mit technischen Dingen aus. So kann man sich gegenseitig helfen. Ein netter Nebeneffekt: die geräumige Wohnung in Frankfurt ist für uns alle erschwinglich.“
Julia Scharbatke, 29, Frankfurt a.M.

Gemeinschaftliches Wohnen

Die Pro-Kopf-Wohnfläche und der damit verbundene Energieverbrauch sind in den letzten Jahrzehnten kräftig gewachsen. Das liegt zu einem großen Teil an der steigenden Zahl an Single-Haushalten. Sozial und ökologisch sinnvoll kann diesem Wachstumstrend mit gemeinschaftlichen Wohnformen begegnet werden. Diese sind schon lange nicht mehr auf die berüchtigte Studenten-WG beschränkt. Auch für ältere Menschen bieten alternative Wohnformen die Chance, ein aktiver Teil der Gesellschaft zu bleiben. In intergenerationalen Wohnprojekten unterstützen sich Jung und Alt gegenseitig und schaffen so ein gesundes Lebensumfeld.

www.fgw-ev.de



„Ich habe mich nach meinem Studium bewusst auf eine Halbtagsstelle beworben. Bei zu vielen meiner Freunde habe ich beobachten müssen, wie der Übertritt vom Studium ins Berufsleben ihr Leben vollständig veränderte – es blieb kaum mehr Zeit für Freunde, Familie, Partnerschaft. Auch gesellschaftliches Engagement und sportliche Aktivitäten waren kaum mehr möglich. Klar bedeutet eine halbe Stelle auch halben Lohn – aber der lohnt sich, da man die Zeit hat, ihn sinnvoll zu nutzen.“
Julia Roos, 27, Erfurt

Kurze Vollzeit

Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist das vielversprechendste Instrument, um bezahlte Arbeit für möglichst viele Menschen zu ermöglichen. Hohe Arbeitslosigkeit als Motiv für Wirtschaftswachstum kann so überwunden werden. Mehr als die Hälfte der abhängig Beschäftigten in Deutschland wünschen sich eine kürzere Arbeitszeit. Diese würde der Gesundheit zu Gute kommen und mehr Zeit für Freunde und Familie lassen.

Weiterführende Hinweise

Ökumenische Einkaufsplattform für Produkte und Dienstleistungen:
www.zukunft-einkaufen.de

Information zu Wirtschaft und Wachstum

- www.postwachstumsoekonomie.org
- www.unternehmensgruen.org
- www.foes.de
- www.commonsblog.wordpress.com
- www.energywatchgroup.org
- www.decroissance-bern.ch

Anregungen für achtsames Leben

- Kampagne der Evang. Kirche Mitteldeutschlands:
www.klimawandel-lebenswandel.de
- Netzwerk für zukunftsfähige Lebensweise:
www.anders-besser-leben.de
- Tipps für klimaverträgliche Lebensstile:
www.climate-couching.com
- Persönlicher Blog mit Tipps und Infos:
www.klimaschutz-selbstversuch.de

Literatur

- Binswanger, H.C.: Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft
- Brot für die Welt (Hg.): Dekarbonisierung und Grenzen des Wachstums
- Daly, H.: Wirtschaft jenseits von Wachstum
- Diefenbacher, H./Zieschank, R.: Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt – Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt
- Fromm, E.: Vom Haben zum Sein. Wege und Irrwege der Selbsterfahrung
- Illich, I.: Selbstbegrenzung
- Jackson, T.: Wohlstand ohne Wachstum
- Loske, R.: Abschied vom Wachstumszwang – Konturen einer Politik der Mäßigung
- Meadows et al.: Die Grenzen des Wachstums – Das 30-Jahre-Update: Signal zum Kurswechsel
- Rätz, W./Egan-Krieger, T.v. et al.: Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben
- Seidl, I./Zahrnt, A. (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft
- Südwind, EED, Brot für die Welt (Hg.): Die Wirtschaft braucht neue Maßstäbe. Plädoyer für eine Neuorientierung
- Wackernagel, M./Beyers, B.: Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen

Filme

- **Homage to Catalonia II** (Doku, 62 Min., online, Englisch):
www.homenatgeacatalunyaii.org
- **The Story of Stuff** (Animation, 21 Min., online, Englisch): www.storyofstuff.com
- **Jenseits des Wachstums – der unmögliche Hamster** (Animation, 1 Min., online):
www.youtube.com
- **The End of Poverty** (Doku, 104 Min., DVD, Englisch): www.theendofpoverty.com
- **Menschen – Träume – Taten** (Doku, 88 Min., DVD, Deutsch):
www.menschen-traeume-taten.de

Kampagnen unterstützen

- Die Kampagne für eine Postwachstumsökonomie gibt es noch nicht. Aber es gibt viele Einzelkampagnen, die darauf abzielen, die sozialen und ökologischen Schäden zu vermeiden, die unsere Wachstumsökonomie hervorbringt:
- **Campact** organisiert zu mehreren Kampagnenthemen Petitionen und Appelle im Internet und phantasievolle, öffentliche Aktionen:
www.campact.de
 - Die **Kampagne für Saubere Kleidung** (Clean Clothes Campaign) setzt sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie ein:
www.saubere-kleidung.de
 - **Niemand is(s)t für sich allein** ist die Kampagne für Ernährungssicherheit von „Brot für die Welt“, die gerechte Spielregeln im Welt(agrar)handel fordert und Konsumveränderungen anregt:
www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung
 - **Meine Landwirtschaft** setzt sich dafür ein, dass die Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ökologisch und gerecht ausgerichtet wird:
www.meine-landwirtschaft.de
 - **SuperMarktMacht** setzt sich für soziale und ökologische Mindeststandards entlang der gesamten Produktionskette im Lebensmittelhandel ein, will den Missbrauch von Einkaufsmacht begrenzen und fordert Transparenz: www.supermarktmacht.de
 - **makeITfair** setzt sich für soziales und ökologisches Wirtschaften in der Elektronikindustrie ein: www.makeitfair.org



In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“
 Zum Thema: Wirtschaft und Wachstum u.a.:
 Seite: 91-114, 194-196, 157-183, 216-249, 276-303, 430, 439
www.zukunftsfahiges-deutschland.de

Umfangreiche Materialien, Anregungen und Unterstützungen zur Arbeit mit der Studie finden Sie unter:
www.brot-fuer-die-welt.de/zukunft
www.eed.de/zukunft



Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.

Ulrich-von-Hassell-Str. 76
53123 Bonn
Telefon: 0228 - 8101 - 0
www.eed.de



Brot für die Welt

Staffenbergstr. 76
70184 Stuttgart
Telefon: 0711 - 2159 - 0
www.brot-fuer-die-welt.de

Mitglied der
actalliance